Ideologen gegen Kinder S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 3 – 18. Januar 2014

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Mit Gewalt und Radau den Rechtsstaat eingeschüchtert: Polizei erhielt die Order, sich zurückzuziehen

Bild: pa

Verraten und verkauft

Kapitulation gegenüber Linksextremisten ist Absage an den Rechtsstaat

Bürger werden von Linksextremisten, aber auch von der Finanzindustrie ausgenutzt, doch Schutz vom Staat erhalten die ihn finanzierenden Steuerzahler kaum.

Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hat klargestellt, dass die Hansestadt das Linksextremisten-Zentrum „Rote Flora“ vom bisherigen Eigentümer für einen Millionenbetrag aus Steuermitteln erwerben und auf keinen Fall räumen wolle. Dies ist nicht allein ein grandioser Sieg für die linken Besetzer (siehe S. 5), es ist auch ein Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Steuerzahler.

Sollte sich ein steuerzahlender, ansonsten gesetzestreuer und friedlicher Bürger herausnehmen, das Haus eines anderen zu besetzen, keine Miete zu zahlen und anrückende Polizeibeamten mit Schlägen und Wurfgeschossen zu attackieren, so würde ihm mit der ganzen Härte des Gesetzes begegnet. Pfeift er hingegen auf die staatliche Ordnung und schart eine Horde gewalttätiger linker Genossen um sich, so ist ihm größte Nachsicht sicher.

Das ist die Botschaft, die aus der Hamburger Entscheidung spricht. Und sie ist verheerend, denn sie nagt an den Grundfesten des bürgerlichen Rechtsstaats.

Begünstigung von Minderheiten zulasten der Mehrheit

Dieser ruht auf der Loyalität der breiten Masse seiner Bürger. Bürger, die den Staat als den ihren betrachten, ihren Beitrag leisten und die Gesetze befolgen, die für ein gedeihliches Zusammenleben unerlässlich sind. Diese Bürger müssen sich verraten und verkauft vorkommen, wenn sie erleben, dass ausgerechnet jene, die den Staat verachten, auf die Gesetze pfeifen und nicht daran denken, ihren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, auf Kosten der Mehrheit mit Privilegien bedacht werden.

Um nicht zu kurz zu greifen: Jene Bürgerverachtung findet sich nicht bloß in den Nestern von Extremisten. Sie ist selbst dort zu Hause, wo man sie äußerlich gar nicht erkennt: etwa in den Chefetagen einer parasitären Finanzindustrie, die ohne Hemmungen das Geld der Steuerzahler als Verfügungsmasse globaler Hasardspiele verzockt, wobei auch hier die Politik hilfreich zur Seite steht. Hier wie dort ist es am Ende immer der gemeine Bürger, der die Zeche zahlt und dafür auch noch verhöhnt wird.

Die Frage ist, wie lange sich dieser folgsame Bürger das Spiel gefallen lässt. Untergangspropheten wetten darauf, dass es mit der Genügsamkeit zu Ende gehen werde, wenn es den Steuerzahlern existenziell an den Kragen gehe. Wer aber darauf regelrecht hofft, sollte sich anhand der Geschichte vergegenwärtigen, dass aus solchen Situationen selten Gutes entsprungen ist.

In jedem Falle ist es ein dekadentes Spiel mit dem Feuer, dass eine Politik treibt, die zu Gunsten von Minderheiten-Begünstigung die legitimen Rechte und Interessen der staatstragenden Masse in den Wind schlägt. Der renommierte Historiker Arnulf Baring appellierte schon vor Jahren an die Bürger, „auf die Barrikaden“ zu gehen. Es ist kaum auszumalen was geschieht, wenn dieser Ruf einst erhört wird. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verdrängung

Im Kern sind sich alle europäischen Politiker einig, dass Zuwanderung eine Bereicherung und die Beschränkung der Freizügigkeit von EU-Bürgern kein geeignetes Mittel gegen Arbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedsstaaten sei. Ein Blick auf die Erwerbs- und die Arbeitslosenquote in Deutschland zeigt indes, dass diese Argumentation auf tönernen Füßen ruht. Einerseits standen hierzulande noch nie so viele Menschen in Lohn und Brot wie im vergangenen Jahr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatten 2013 knapp 42 Millionen Menschen mit Wohnsitz in Deutschland einen Arbeitsplatz. Andererseits jedoch stieg die Zahl der Arbeitslosen zugleich auf etwa drei Millionen an. Der Grund: Viele Deutsche hätten mangels eines „passenden Profils“ nichts von Beschäftigungszuwachs. Das meint zumindest die Bundesagentur für Arbeit. Profitieren würden vor allem qualifizierte Zuwanderer aus Osteuropa und den Euro-Krisenländern.

Damit wird deutlich, dass die Zuwanderer keine Lücke füllen, sondern tatsächlich die Deutschen von ihrem eigenen Arbeitsmarkt verdrängen. Wenn mangelnde Eignung der einheimischen Bewerber der Grund dafür ist, dass sie nicht genommen werden, muss ihre Qualifikation verbessert werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die zu lösen ist, bevor ausländische Arbeitnehmer ins Land geholt werden. Vor allem ist die Politik gefragt, die Rahmenbedingungen für eine Qualifizierungsoffensive zu schaffen, die schon in der Schule beginnen muss. Hier sollte sie ansetzen, statt pausenlos über den Fachkräftemangel zu lamentieren sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit und Zuwanderung als Allheilmittel zu preisen.

»Heute Gurlitt, morgen du?«

Münchener Kunsthändler entmündigt — Freistaat ist ein Problem los

Das Amtsgericht München hat für den Kunstsammler Cornelius Gurlitt die „vorläufige Betreuung“ angeordnet. Laut Gerichtspräsident Gerhard Zierl ist ein erfahrener Betreuer für den 81-Jährigen bestellt worden, der für ihn die Rechtsgeschäfte erledigt. Gurlitt befinde sich in einem Krankenhaus, in das er „vorsichtshalber“ gebracht worden sei, nachdem er einen Arzttermin versäumt und auf das Klingeln der Polizei nicht geantwortet habe, teilte ein Gerichtssprecher mit. Die Betreuungsanordnung sei auf Veranlassung der Ärzte erfolgt, „damit er in der Klinik bleibt“. Die Maßnahme sei aus gesundheitlichen Gründen und ausschließlich im Sinne des Betroffenen erfolgt. Dieser Betreuer erledigt für Gurlitt alle Rechtsgeschäfte und verfügt auch über sein Vermögen. Mit dieser faktischen Entmündigung hat Gurlitt keine

Erinnerung an den Fall Gustl Mollath

Möglichkeit, die von ihm verlangte vollständige Rückgabe seiner beschlagnahmten Kunstsammlung durchzusetzen.

Der Vorgang weckt Erinnerungen an den Fall des Justizopfers Gustl Mollath, der jahrelang zu Unrecht in der Psychiatrie verbringen musste. Dessen Anwalt Gerhard Strate hält den Umgang mit Gurlitt für „höchst ungewöhnlich“. Der Gerichtsbeschluss sei „eine Botschaft, die kein Vertrauen erweckt“. Vielmehr gebe das Verfahren „zu jedem Misstrauen Anlass“, so Strate gegenüber dem Onlineportal „tz.de“. Mit diesem Misstrauen steht Strate nicht allein. Im Internet und den sozialen Netzwerken hagelt es Kritik an der bayerischen Justiz. Der Verdacht: Der Freistaat hat Gurlitt auf diese Weise kaltgestellt, um sich ohne langen Rechtsstreit seine Kunstschätze aneignen zu können. Und ein Kommentator bringt die Besorgnis um den Rechtsstaat auf den Punkt: „Gestern Mollath, heute Gurlitt, morgen du?“ *J.H.*

(siehe Seite 5)

NSU-Zeuge hat Angst

Doch wen fürchtet der Polizist, Verdächtige sind schließlich tot?

Er gehe ins Ausland, wenn ein mit seiner Hilfe erstelltes Phantombild veröffentlicht werde. Es sind nicht nur Aussagen wie diese, die den Polizisten Martin A. zu einem ganz besonderen Zeugen im Münchner NSU-Prozess machen. Als Überlebender des Heilbronner Polizistenmordes vom April 2007 gilt der Beamte als der einzige, der einen aus nächster Nähe verübten mutmaßlichen NSU-Mordanschlag überlebt hat. Während seine Kollegin Michèle Kiesewetter mit einem Kopfschuss regelrecht hingerichtet wurde, überlebte Martin A. schwerverletzt.

Wie aus seinem Umfeld bekannt wurde, hat der Polizei-Kommissar Angst, Aussagen zu den Geschehnissen auf der Heilbronner Theresienwiese zu machen. Angesichts der erlittenen schweren Verletzung mag dies zunächst einmal verständlich sein, trotzdem drängt sich eine

Täterbeschreibungen ohne Ähnlichkeiten

Frage auf: Vor wessen Rache fürchtet sich der Polizist so sehr, dass er am liebsten nicht in München in den Zeugenstand treten würde? Die beiden mutmaßlichen Täter – Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos – sind schließlich seit dem 4. November 2011 tot, der Rest der NSU-Gruppierung steht vor Gericht.

Zudem weisen weder das Phantombild, das mit Hilfe von Martin A. erstellt wurde noch die über ein Dutzend anderen Täterbeschreibungen Ähnlichkeit mit den beiden NSU-Mitgliedern Böhnhardt und Mundlos auf. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg ging in der Vergangenheit zudem davon aus, dass an der Tatausführung sogar zwischen vier bis sechs Personen beteiligt gewesen sein müssen. Damit ist der Mord an der Polizistin Kiesewetter nicht nur der rätselhafteste Tat, die dem NSU-Trio zugeschrieben wird, in dem Fall steckt auch das Potenzial, die offizielle Darstellung zum gesamten NSU-Komplex infrage zu stellen. *N.H.*

(siehe Seite 4)

MELDUNGEN

EU: Kaum Kritik an Erdogan

Brüssel – Obwohl der türkische Ministerpräsident Tayyip Recep Erdogan im Rahmen der Korruptionsaffäre verstärkt gegen die Ermittler statt gegen die Täter vorgeht, hält sich die EU bisher mit Kritik an ihrem Beitrittskandidaten zurück. „Diese Schritte untergraben die laufenden Ermittlungen im Korruptionsskandal“, merkte bisher nur ein Sprecher der EU-Kommission an, nachdem Erdogan 15 Polizeichefs entlassen hatte. Die Arbeit von Richtern und Polizisten, die den Fall unvoreingenommen untersuchen wollen, sei gefährdet, so Brüssel. Zur geplanten Justizreform, die der Regierung mehr Einfluss bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten geben soll, schwieg Brüssel bis jetzt. *Bel*

Viele Millionäre im US-Kongress

Washington – Laut einer Studie des „Center for Responsive Politics“ sind mindestens 268 der 534 Mitglieder im US-Kongress Millionäre. Die Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit sich Washington von der Lebenswirklichkeit der meisten US-Amerikaner entfernt habe. So würden die Abgeordneten immer reicher, während die Reallöhne für die Bevölkerung stagnierten. Da die Mitglieder des Kongresses über wichtige Themen wie Energieversorgung, Finanzreform oder Datenschutz zu entscheiden haben, bedarf es auch der Klärung, inwieweit der Umstand, dass sie selbst in Aktien entsprechender Unternehmen investiert haben, ihre Objektivität trübt. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Der Osten steht gut da

Das Jahr 2013 scheint für die östlichen Bundesländer gut gelaufen zu sein. Zwar liegen dem Bundesfinanzministerium noch nicht alle Zahlen für Dezember vor, doch bis Ende November schrieben bereits alle sechs Länder im Osten des Landes schwarze Zahlen. Da der Dezember hohe Steuereinnahmen beschert, dürfte die Lage sich auf Jahressicht noch positiver ausnehmen. Sachsen nahm bis Ende November sogar 300 Euro pro Einwohner mehr ein, als es ausgab. Auch in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dürfte am Ende des Jahres zumindest eine schwarze Null gestanden haben. Baden-Württemberg hingegen dürfte leicht rote Zahlen im Landeshaushalt 2013 stehen haben. Besonders schlecht dürfte das abgelaufene Jahr für das Saarland, Hamburg und Bremen gelaufen sein. Der Bremer Landeshaushalt stand nach elf Monaten bereits mit 1000 Euro Minus je Einwohner in der Kreide. Insgesamt machten alle Länder zusammen noch ein Defizit von rund 8,5 Milliarden Euro. Das sind zwar 3,3 Milliarden Euro weniger als 2012, doch Schulden sind Schulden. *Bel*

2.034.403.792.722 €

Vorwoche: 2.033.735.713.270 €
Verschuldung pro Kopf: 25.272 €
Vorwoche: 25.264 €

(Dienstag, 14. Januar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

NSA profitiert von Lethargie der Deutschen

Nicht nur das politische Berlin, sondern auch die Bevölkerung ist über Spionage nicht wirklich erzürnt

Gemessen an sonstigen diplomatischen Gepflogenheiten kommt es einer echten Demütigung gleich, wie die US-Regierung seit über einem halben Jahr mit der deutschen Bundesregierung in Bezug auf die NSA-Spionage umspringt. Doch Berlin zieht daraus keine Konsequenzen.

Bereits im Juli 2013 hatte die deutsche Regierung einen Fragenkatalog zu den Spionageaktivitäten der NSA nach Washington geschickt. Als im Spätherbst noch immer keine Reaktion vorlag, wurde von Berlin nochmals nachgehakt. Nachdem sich Washington bis Mitte Januar 2014 noch immer nicht bequemt hat, eine Antwort zu geben, dürfte wohl auch Berlin die Botschaft hinter dem beharrlichen Schweigen verstanden haben: Wo und wie die NSA Spionage betreibt, geht die Deutschen nichts an.

Ziemlich klar zu verstehen gegeben hat man dies inzwischen dem CSU-Politiker Hans-Peter Uhl. Bei seinem Besuch in Washington sei er auf der Fachebene nur auf Arroganz und Desinteresse gegenüber Berlins Empörung über die NSA-Aktivitäten gestoßen, so Uhl. „Der US-Abhördienst macht grundsätzlich keinen Unterschied zwischen der mit den USA befreundeten Kanzlerin Merkel und einem Öl-Minister aus Kasachstan. Beide sind schlicht Zielpersonen“, so Uhls Resümee nach seiner Rückkehr.

Ins Bild passt, dass inzwischen auch das von deutscher Seite gewünschte „No-Spy-Abkommen“ von Washington abgelehnt wurde. Diese zusätzliche Brüskierung Berlins hätte sich US-Präsident Barack Obama eigentlich ersparen können. Ein derartiges Abkommen zum Verzicht auf Spionage wäre, zumindest unter den aktuellen Rahmenbedingungen, das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt wird. Momentan wäre eine Einhaltung durch die Amerikaner schlicht und ergreifend weder zu überprüfen noch durchzusetzen. Nötigen Mut zur nationalen Selbstbehauptung vorausgesetzt, läge ein effektives Mittel gegen Spionage, wie sie die NSA betreibt, allerdings auf der Hand: Berlin müsste lediglich diejenigen, die echte Hinweise auf Spionage gegen Deutschland liefern, lukrative Geldprämien, Asyl und Schutz zusichern.

Erstaunlich ist aber nicht nur, dass ernsthafte Reaktionen der Bundesregierung auf die Spionage-Zumutungen aus Washington ausbleiben, auch die Bevölkerung scheint hierzulande von Lethargie erfasst. Während vor einigen Jahren schon eine simple Volkszählung ausreichte, um die Gefahr eines totalen Überwachungsstaates an die Wand zu malen, blieb nun ein Sturm der Empörung aus. Ein solcher wäre allerdings längst angebracht. Die hierzulande leider kaum wahrgenommenen Enthüllungen zu den technischen Möglichkeiten der NSA aus dem Dezember gelten in Fachkreisen inzwischen nämlich als Zeitenwende: „Die NSA will jeden überwachen, kann jeden überwachen und schert sich nicht um jedwede Regeln“, so der bekannte Internet-Blogger Sascha Lobo. So wurde von Edward Snowden nun eine Art von internem Bestellkatalog für die NSA-Schnüffler aus dem Jahr 2008 vorgelegt. Von Wanzen in USB-Steckern oder Computergehäusen bis zu spionierenden Monitorkabeln ist alles nur Denkbare im Angebot. Zusätzlich wurde bekannt, dass die NSA nicht einmal davor zurückschreckt, Pakete von Computerhändlern an ihre Kunden umzuleiten, um bestellte Ware noch vor der Auslieferung verwanzen zu können.

> Gegen Volkszählung lief man in den 80er Jahren noch Sturm

Weder diese Erkenntnisse noch die Tatsache, dass Deutschland zu den am stärksten überwachten Staaten Europas gehört, scheint die meisten Deutschen groß zu stören. Wer das Thema NSA-Spionage überhaupt zur Kenntnis nimmt, lässt sich oft genug mit dem Argument „Kampf gegen den Terror“ besänftigen. Die Realität der Spionage sieht indes anders aus. Die NSA kann keinen einzigen verhinderten Terroranschlag anführen, bei dem ihre Internetüberwachung eine Rolle gespielt hat. Bei allen Fällen vereitelter Terroranschläge, die in den letzten Jahren durch die Medien gingen, waren stets menschliche Geheimdienstquellen von FBI oder der CIA involviert, welche die Anschlagsplanungen aufgedeckt haben. Der von der NSA gern angeführte Hinweis, dass sich die Anschläge des 11. September 2001 womöglich hätten verhindern lassen, kann bei näherem Hinsehen genauso wenig überzeugen. Das NSA-Programm „Prism“ zur Internetüberwachung war zum Zeitpunkt der Anschläge bereits einige Monate in Betrieb – mit Blick auf 9/11 scheinbar erfolglos.

Einen gehörigen Anteil an der Passivität vieler Deutscher in Sachen Datenschutz und Bürgerrechte dürfte die Nutzung des Internets selbst hervorgebracht haben. Wer ohnehin über Dienste wie Facebook und Twitter sein Privatleben vor der Öffentlichkeit ausbreitet, hat offenbar jeden realistischen Blick für die Gefahren eines Überwachungsstaates verloren. Tatsächlich gibt es erste Anzeichen dafür, dass die weitverbreitete Passivität der Deutschen in Sachen NSA beim politischen Personal in Berlin immer mehr zu einer verhängnisvollen Einschätzung führt. Laut Felix von Leitner, der mit seinem FefesBlog gerade zu einem der wichtigsten deutschen Internet-Blogger gekürt wurde, macht in deutschen Politikkreisen gerade die Argumentation die Runde, das, „wenn das Volk so lethargisch auf Snowden reagiert, man das ja förmlich als Mandat für mehr Überwachung deuten müsse“. *Norman Hanert*



Eine der wenigen Großdemos: Im Sommer 2013 protestierten etwa 20 000 Menschen gegen staatliche Überwachung

Polen ohne EU-Begeisterung

Auch 2014 dürfte die Wahlbeteiligung wieder extrem gering sein

Hätten die Polen mit Jerzy Buzek nicht wenigstens einen charismatischen Politiker im EU-Parlament, von 2009 bis 2012 sogar als dessen Präsident, dann wäre ihr Desinteresse an diesem noch ausgeprägter. Bei ihren ersten EU-Wahlen 2004 betrug die Beteiligung müde 20,8 Prozent, bei den zweiten 2009 24,5 Prozent, und bei den dritten am 25. Mai 2014 erwarten Demoskopen ähnlich ärmliche Resultate.

Polens 51 EU-Abgeordnete kommen aus vier Parteien, davon allein 29 aus der Regierungskoalition von „Bürgerplattform“ und „Volkspartei“, dazu noch 15 Nationalisten von „Recht und Gerechtigkeit“ (PIS) und sieben der „Links-Demokratischen Union“. 70 Prozent der Polen kennen keine einzigen EU-Abgeordneten beim Namen. Ohnehin soll das EU-Parlament mit seinen derzeit 754 Abgeordneten verkleinert werden, aber Polen gehört nicht zu den elf Ländern, die jetzt schon Sitze für EU-Neuling Kroatien opfern mussten.

In Polen finden 2015 Parlaments- und Präsidentenwahlen statt, und die baldigen EU-Wahlen gelten als „Rettungsschirm“ für unfähige Minister wie Joanna Mucha, Michal Boni, Barbara Kudrycka und andere, die Premier Donald Tusk im November 2013 entließ und im Straßburger Parlament entsorgen will. Das wurde ihm, der immer wieder für den Posten des EU-Kommissars im Gespräch ist, als Abwertung der EU verübelt. Dabei passen die Warschauer Stümper zu den polnischen EU-Parlamentariern, über die die Zeitschrift „Polityka“ Anfang 2014 schrieb: „Die meisten sind ihr Mandat nicht wert, sind auf diese Tätigkeit nicht vorbereitet, die sie nicht mögen, auch nicht erlernen wollen. Viele sprechen kein Englisch, obwohl das eine Grundvoraussetzung ist.“ Für sie zählen nur Diäten von umgerechnet 11 000 Euro im Monat plus zahlreiche Vergünstigungen. Dennoch sehen Polen ihre EU-Parlamentarier im Vergleich zu ihren „Kollegen“ vom Warschauer Sejm, als gebildet, diszipliniert und ordentlich an, was sie, so die „Polityka“, wohl von den „effizienten“ Deutschen abgeguckt haben.

> EU-Parlamentarier haben keinen guten Ruf

Polen benötigt die EU, um seine steigende Arbeitslosigkeit und Strukturprobleme zu überdecken, aber das Vertrauen der Polen in die EU ist drastisch gesunken. Diese waren noch nie so deutlich auf Seiten der EU- und Euro-Skeptiker, die bei den bevorstehenden Wahlen bis zu 190 Sitze in den 28 EU-Staaten erringen könnten.

In Polen entstanden 2011 und 2012 zwei Dutzend Parteien und Bewegungen, deren Vorbild der Brite Nigel Farage mit seiner UK Independence Party ist. Ihre polnischen Pendants, allen voran die „Nationalbewegung“, bekennen sich zum Euro-Skeptizismus und bekämpfen mit Slogans wie „Identität, Souveränität, Freiheit“ die „Brüsseler Bürokratie“, „die Polens Unabhängigkeit begrenzt“.

Der EU-Abgeordnete Ryszard Czarnecki erwartet die Mai-Wahlen als „Plebiszit“ der Regierungs- und EU-Gegner, denen Demoskopen mehr als nur Achtungserfolge zutrauen, auch sind 19 Prozent der Wähler noch unentschlossen. Tusks Partei hat jüngste Spannungen mit Buzek überwunden und hofft mit ihm als „Lokomotive“ absehbare Wählerabwanderungen zu mildern. *Wolf Oschlies*

Geld kommt nicht an

Deutschlandstipendium fördert zu wenige

Das sogenannte Deutschlandstipendium des Bundesbildungsministeriums hat drei Jahre nach seiner Einführung seine Ziele nicht erreicht. 2012 erreichte es gerade einmal 0,6 Prozent der Studenten, ein Großteil des Budgets wird zudem nicht ausgegeben.

Das Deutschlandstipendium soll seit 2010 die Studienfinanzierung und die Arbeit der zwölf vom Bund geförderten Begabtenförderungswerke ergänzen, indem private Mittelgeber und der Staat sich gemeinsam für Nachwuchstalente engagieren. Mittelfristig sollen acht Prozent der Studierenden monatlich mit 300 Euro gefördert werden

In seinem Jahresbericht für 2013 kritisiert der Bundesrechnungshof jetzt, dass bis 2012 lediglich 60 Prozent der Bundesmittel in Form von Stipendien an die geförderten Studierenden ausgeschüttet worden seien. Auf den „Durchführungsaufwand“ entfielen hingegen 40 Prozent der Mittel. Zudem gab das Bundesministerium für Bildung und Forschung „aufgrund der geringen Anzahl von Stipendiaten“ nur 25,3 Millionen Euro der bereitgestellten 56,7 Millionen Euro aus. Hinter dem „Durchführungsaufwand“ dürften sich vor allem Ausgaben für Werbung verbergen, um das Deutschlandstipendium bei den privaten Förderern bekannter zu machen, wie aus einer kleinen Anfrage der Partei „Die Linke“ im Bundestag hervorgeht.

> Nur 60 Prozent der Mittel für Studenten

Generell nimmt das Bundesbildungsministerium gerne externe Expertisen in Anspruch: Zwischen 2009 und 2013 gab es für Beratungsleistungen knapp eine halbe Milliarde Euro aus – fast so viel wie die übrigen Kabinettsressorts zusammen.

Das Bundesbildungsministerium ist vom Erfolg des Deutschlandstipendiums überzeugt. Für die Jahre 2013 bis 2017 sollen 275 Millionen Euro aufgewendet werden. Ministerin Johanna Wanka verteidigte das Deutschlandstipendium gegenüber der Kritik und verlautbarte: „Bei 14 000 Stipendien, die wir inzwischen haben, muss man sagen: Das läuft vernünftig an.“ Gleichwohl steht im Koalitionsvertrag, dass vorerst nur noch zwei Prozent der Studenten die Förderung erhalten sollen. *Ulrich Blode*

Welkende Nelken

Von Vera Lengsfeld

Bei der diesjährigen Gedenkfeier zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde vor allem sichtbar, dass der SED-Linken in den letzten 25 Jahren keine personelle Erneuerung geglückt ist. Wer 1989 hier seine Gebinde ablegte, war, wenn er nicht gestorben ist, auch heute wieder dabei. Nur die Fahrzeuge, mit denen die Linke Partei- und Fraktionsführung sich heutzutage vorfahren lässt, sind neu. Man bevorzugt große Mercedes-Wagen.

Inzwischen gibt es drei Liebknecht-Luxemburg-Events an einem Tag: Morgens, wenn die linksradikalen Aktivisten sich nochmal im Bett umdrehen, bevor sie sich zum ungewohnt frühen Treffpunkt am Frankfurter Tor aufmachen, legen die Genossen um Gregor Gysi ihre Kränze und roten Nelken am von Mies van der Rohe entworfenen Mahnmal für die ermordeten Sozialisten ab. Danach wenden sie sich dem Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus zu.

Seit letztem Jahr werden sie dort von einer Mahnwache aus ehemaligen politischen Gefangenen der DDR erwartet, die symbolisch eine weiße Rose in der Hand halten. Mit ihrer Anwesenheit wollen die ehemals von der SED Verfolgten auf zweierlei aufmerksam machen: auf die Schändung des Gedenksteins durch linksradikale Demonstrationsteilnehmer in den letzten Jahren und auf Gysis hartnäckiges Schweigen über seine Rolle bei der Abschiebung von am Rande der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988 verhafteten Bürgerrechtlern in den Westen.

Die eigentliche Demonstration wird inzwischen fast ausschließlich von ultralinken und linksradikalen Gruppierungen getragen. In diesem Jahr hat nicht mal mehr die Kommunistische Plattform der Linken den Demonstrationsaufruf unterstützt.

Nur die „Kundschafter für den Frieden“ waren unverdrossen dabei, zahlenmäßig aber so schwach vertreten, dass sie nicht auszumachen waren. Den zahlenmäßig stärksten Block stellte die Kommunistische Partei der Türkei. Wenn die nicht gewesen wäre, hätte der Zug ziemlich schwach ausgesehen.

Auch in diesem Jahr waren Bilder von Stalin und Mao zu sehen, aber sie waren weniger dominant als früher. Das ist offensichtlich ein Ergebnis der Kontroverse innerhalb der Linken, die dazu geführt hat, dass Die Falken zu einer alternativen LL-Demonstration aufgerufen haben. Doch selbst wenn sie beim Hauptzug dabei gewesen wären, hätte das nichts an dem Eindruck geändert, dass wesentlich weniger Menschen dabei waren als sonst.

Am schmerzlichsten bekamen das die Blumenverkäufer zu spüren, die bisher an diesem Tag das Geschäft des Jahres gemacht hatten. In diesem Jahr ließen die Berge unverkaufter Nelken auf ein Verlustgeschäft schließen. Schade für die Händler, aber eine gute Nachricht für uns.

Reform gerät ins Stocken

Wahl in Sicht: Brandenburgs SPD stopft Löcher bei der Polizei – und reißt neue auf



Allein auf weiter Flur: Im Kreis Oberspreewald-Lausitz, so groß wie das Saarland, fahren nur noch fünf Polizeiwagen regelmäßig Streife

Bild: pa

Brandenburgs SPD ergeht es wie im hessischen Volkslied „Wenn der Topf aber nun ein Loch hat“ dem „lieben Heinrich“: Sie will mit Blick auf die Landtagswahl die Mängel ihrer Innenpolitik und der gescheiterten Polizeireform verdecken, denn der Unmut im Volk über steigende Kriminalität wächst. Doch zum Stopfen der Löcher fehlen Material und Einsicht.

Ein 82-jähriger Fahrer streifte den Dienstwagen von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember auf der Autobahn in Brandenburg. Während die Kanzlerin weiterfuhr, warteten der Mann und der Fahrer des Dienstwagens eine halbe Stunde auf das Eintreffen der Polizei. Die Szene, wie „Spiegel Online“ sie beschreibt, ist mehrfach symptomatisch für die aktuellen Erfahrungen der Brandenburger mit der Inneren Sicherheit – die Politik betrifft es nur spät und am Rande, was in der Mark im Argen liegt.

Die Zahl der Einbrüche in Brandenburgs Wohnungen und Einfamilienhäuser stieg im ersten Halbjahr 2013 auf 25 841 Fälle. Im Jahr zuvor ereigneten sich im Vergleichszeitraum noch fast zehn Prozent weniger: 23 501. Der sogenannte „Speckgürtel“ um Berlin ist mit 44 Prozent aller Einbrüche besonders betroffen. Nach Brandenburg umzuziehen, schützt somit nur bedingt vor Kriminalität – diese Botschaft ist kein gutes Signal für den Standort. Besonders nicht für die Landeshauptstadt Potsdam, die laut Statistik wiederum ein Zentrum der Einbruchskriminalität im Berliner Umland bildet.

Trotz verstärkter Zusammenarbeit von Berliner und Brandenburger Polizisten bleibt die Zahl ermittelter Täter und Verhafteter auf geringem Niveau, auch das zeigt die Statistik. Bisher klärte die Polizei 4435 der Fälle aus dem ersten Halbjahr 2013 auf, also rund 17 Prozent. Die leicht steigende Ermittlungsquote, die 2012 noch bei 15,3 Prozent lag, mindert nicht die steigende Gefahr für jeden Bürger, Einbruchsopfer zu werden. Mit 27,9 Prozent ist gut jeder vierte Tatverdächtige fremder Herkunft. Die Zahlen verfestigen ein Gesamtbild von Brandenburg als unzureichend geschütztem Beutegebiet ausländischer Banden.

Streife statt Ermittlungsarbeit? Zweifel wachsen

Entsprechend sorgt das Thema Einbruchdiebstahl im Verein mit der ungelösten Grenzkriminalität in der Bevölkerung für Ärger und Unverständnis gegenüber der Politik. Im vergangenen Jahr jagte die Polizei 25 Mal Autodieben bis nach Polen hinterher. Überhaupt ist der Autodiebstahl in der Mark in den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen. Rund 1900 Fahrzeuge wurden laut Polizei gestohlen.

So ist es kaum verwunderlich, dass um die vom Land geplante Polizeireform eine heiße Debatte entbrannt ist, denn Brandenburg plant offiziell, weiter Polizistenstellen abzubauen. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat sich zwar inzwischen von dem ursprünglich geplanten Ausmaß des Stellenabbaus distanziert. Zuletzt war von rund 7400 angestellten Beamten statt der ursprünglich im Reformpapier angestrebten Zahl von 7000 die Rede. Wie viele aber nun bis 2020 wirklich bleiben sollen, will er erst noch bekannt geben. Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) rudert in dieselbe Richtung. Er will vor allem im Streifendienst Löcher stopfen und in wenigen Tagen seine Pläne vorstellen.

Noch verrichten gut 8300 Polizisten auf Landesebene ihren Dienst. „Wir müssen prüfen, ob die ursprünglich angestrebten Stellenzahlen bei der Polizei noch realistisch sind“, räumte Holzschuher vor wenigen Tagen ein. Stattdessen sollten „unnötige Doppelungen im Führungsbereich“ vermieden werden, so der Politiker – ein Seitenhieb auf die Polizeigewerkschaften. Er sagte kürzlich sogar, die Folgen des Stellenabbaus seien extrem, der Polizei fehle Personal. Der Tenor der SPD lautet somit „einsparen, ja, aber nur oben“, denn es gebe eine „Unwucht im System“. Wer dafür verantwortlich ist, ließ Holzschuher offen.

Die SPD hat begriffen, dass sie rechtzeitig vor der im Herbst anstehenden Landtagswahl handeln muss. Dabei steht sie sich indes selbst im Weg. Woidke hätte schon als Innenminister erkennen müssen, dass etwa die Grenzkriminalität mit weniger Personal nicht aufzufangen ist, kritisiert jetzt Peter Neumann, Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft. Die rot-rote Regierung hat zudem eigene Versprechen gebrochen: Mit der Polizeireform sollten trotz Personalabbaus und neuer Organisationsstrukturen weiter rund 150 bis 160 Streifenwagen unterwegs sein – tatsächlich sind es rund 100. Im Kreis Oberspreewald-Lausitz, so groß wie das Saarland, sind es nur noch fünf. Woidke sagte nun, eine der Voraussetzungen der Polizeireform, der erwartete Rückgang der Kriminalität, sei nicht eingetreten, darum der Rückzug. Es klingt genauso hilflos wie seine Beschwörung, Innere Sicherheit sei ein „zutiefst sozialdemokratisches Thema“.

Das neue Problem: Wenn Ermittler, wie vom Innenminister gefordert, auf Streife aushelfen, drohen bei der Ermittlungsarbeit Löcher. Dass Brandenburg mehr Polizisten benötigt, als es jetzt hat, gesteht die SPD nicht ein. So bleiben die Worte aus Potsdam der Wahl im September geschuldet, bei der laut Umfragen die SPD derzeit Stimmen zulegt und die CDU auf Platz 3 abgesackt ist. Im „Speckgürtel“ jedenfalls gilt es für die SPD, den an die Fluglärmgegner verlorenen Boden wieder gutzumachen, denn sicher ist das Wahlergebnis keinesfalls.

Sverre Gutschmidt

Privatschulen wehren sich

Politik bekämpft Konkurrenz zu staatlichen Bildungsanstalten

Berliner und Brandenburger Privatschulen sind beliebt – und das mit steigender Tendenz. In Brandenburg führten Geburtenrückgang und der Wegzug vieler Familien zu Schulschließungen. Kommunalpolitiker waren so zunächst froh, wenn private Träger die Schulgebäude übernahmen. Diese Tage des staatlichen Wohlwollens sind jedoch vorbei. Nun wirft die Politik den privaten Einrichtungen zunehmen Knüppel zwischen die Beine. Zum einen sind ihr der Schulbetrieb und die Zusammensetzung der Schülerschaft ein Dorn im Auge, zum anderen gibt es Streit um die finanzielle Ausstattung.

„Wer es sich leisten kann, schickt sein Kind in Berlin auf Privatschulen“, klagt die Verbandsvorsitzende des Philologenverbandes Berlin-Brandenburg, Kathrin Wiencek: „Schlimm ist, dass diese soziale Schicht an die Privatschulen entflieht und einfach sagt, das geht mich nichts mehr an.“ Dabei blendet Wiencek die Ursachen der Flucht vor staatlichen Schulen wie zum Beispiel ein hoher Ausländeranteil, Gewalt, zu große Klassen und immer neuer pädagogischen Experimente aus.

Meist wird den Eltern an Privatschulen ein Schulgeld abverlangt.

Eltern zahlen oft sehr viel Schulgeld

Staatliche Zuschüsse decken je nach Interpretation nur 60 bis 80 Prozent der Kosten des Schulbetriebs. Elterninitiativen an Privatschulen sind es leid, durch Geldzahlungen Aufgaben zu schultern, die eigentlich der Staat erfüllen müsste. Immer mehr Eltern erblicken darin eine Diskriminierung. Das brandenburgische Bildungsministerium hatte in der Vergangenheit sogar den vergeblichen Versuch unternommen, die Gründung eines reinen Jungengymnasiums zu verhindern. Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg haben sich Volksinitiativen gebildet, die das Ziel verfolgen, private und staatliche Schulen finanziell gleich auszustatten.

In Brandenburg unternimmt die Landesregierung dagegen gerade den Versuch, die staatlichen Zuschüsse an Privatschulen radikal zu kürzen. Elterninitiativen gewinnen vor diesem Hintergrund in beiden Bundesländern zunehmend an Bedeutung, wie Demonstrationen und Unterschriftensammlungen zeigen. 2010 und 2013 erreichten in Berlin Unterschriftensammlungen das erforderliche Quorum, um ihr Anliegen zum Gegenstand einer parlamentarischen Beratung zu machen. Ziel der Elterninitiative ist es, den Besuch privater Schulen künftig auch ohne Schulgeldzahlungen möglich zu machen.

Hans Lody

Katerstimmung bei der CDU

Hauptstadt-Union sieht machtlos zu, wie Wowereit sie bloßstellt

Entgegen der Ankündigung des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU), das Linksextremistenlager am Oranienplatz räumen zu lassen, hat der Senat unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) beschlossen, in der Angelegenheit erst einmal nichts zu unternehmen. Offenbar geht es Wowereit gar nicht um die Herstellung eines geordneten Zustandes auf dem Oranienplatz, sondern um die dosierte Demütigung seines Koalitionspartners CDU, der in den Umfragen an der SPD vorbeigezogen ist.

Damit könnte es nach Wowereits geschickten Winkelzügen bald vorbei sein. Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD), im Hauptamt glücklose Arbeitssenatorin, soll nun mit den Besetzern verhandeln – ohne zeitliche Begrenzung. Mit der Teilnahme der früheren Ausländerbeauftragten Barbara John (CDU) hat Wowereit für die Gespräche einen weiteren Coup gelandet. Die linke „taz“ feierte die Ereignisse mit der Schlagzeile „Henkel aus dem Weg geräumt“.

Ein einflussreiches Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus bewertete am Wochenende das in seinen Augen unterschiedliche Handeln der Hamburger und der Berliner SPD vor allem mit der Furcht der hanseatischen Genossen vor einem erneuten „Schill-Phänomen“. Derartige Erfahrungen fehlten den Hauptstadtgenossen. In der Berliner CDU-Fraktion sind viele Abgeordnete unzufrieden. Einerseits wird Henkels Ungeschicklichkeit im Umgang mit dem ausgefuchsten Wowereit beklagt, anderseits schimpfen viele auf den Koalitionspartner SPD. Da aber keine personellen Alternativen zu Frank Henkel erkennbar sind, will niemand der wütenden Parlamentarier seinen Namen in der Zeitung lesen und damit sprichwörtlich „den ersten Stein“ werfen. Sorgenvoll registrieren die CDU-Politiker, dass die Negativmeldungen über den nicht fertig werden wollenden Flughafen BER in den Zeitungen unter „Sonstiges“ verschwunden sind. Das Thema war bisher fast untrennbar mit dem Namen Wowereit verbunden. Es hat sich aber medial nahezu in Luft aufgelöst, was dem Bürgermeister die Möglichkeit gibt, gegenüber die CDU in die Offensive zu gehen. Ein anderer Dauerschaden im politischen Klima der Hauptstadt könnte nach Ansicht einiger Abgeordneter darin bestehen, dass die CDU in Berlin dauerhaft als „Law and Order“-Partei Schaden nimmt.

CDU-Innensenator Henkel vorgeführt als zahnloser Tiger

Theo Maass

Gewirr aus Widersprüchen

Vorgelegte Beweise bei NSU-Prozess machen skeptisch und sind gegen jede Logik

In der Reihe der Morde, die dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben werden, ist der Heilbronner Polizistenmord der Fall, der die meisten Fragen aufwirft. Doch auch andere Dinge passen nicht ins Muster.

Während bei den anfangs als „Döner-Morde“ bezeichneten NSU-Taten eine tschechische Ceská CZ 83 als Waffe verwendet wurde, kamen in Heilbronn ein russisches und ein polnisches Fabrikat zum Einsatz. Bei den beiden Opfern handelte es sich um deutsche Polizeibeamte und nicht um ausländische Kleingewerbetreibende. Ins Bild der NSU-Täterschaft passt auch keine der Zeugenaussagen in Heilbronn. Was mit Hilfe von Zeugen an Phantombildern angefertigt wurde, hat keine Ähnlichkeit zu den NSU-Mitgliedern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Mehr noch: Mehrere Zeugenaussagen gehen in die Richtung von dem, was politisch korrekt mit „südländische Tatverdächtige“ bezeichnet wird.

Dass der Mord überhaupt dem NSU zugerechnet wird, hat mit den aufgefundenen Tatwaffen und weiterem Beweismaterial zu tun, das in der Wohnung und dem Wohnmobil des Trios gefunden worden sein soll. In der ausgebrannten Zwickauer Wohnung wurden unter anderem die Handschellen der Polizistin Kiesewetter sichergestellt, in einer Jogging-Hose soll sich zudem ein Papiertaschentuch mit DNA-Spuren des Blutes von Kiesewetter befunden haben. Dass allerdings ein blutverschmiertes Papiertaschentuch über Jahre aufbewahrt worden sein soll, und dann auch noch einen mehrstündigen Wohnungsbrand unversehrt überstanden hat, grenzt schon an ein Wunder.

> Wer bewahrt ein Papiertaschentuch mit Blut jahrelang auf?

Dass eine gewisse Skepsis bei den präsentierten Beweismitteln angebracht ist, machen die Vorgänge um die Bekenner-DVDs deutlich. Als am 5. November 2011 aus dem Wohnmobil von der Tatortgruppe die Beweisstücke geborgen und dokumentiert wurden, befand sich unter dem sichergestellten Material auch ein Rucksack, der laut Ermittlungsakten durchsucht wurde. Erfasst wurden mit Banderolen versehene Geldbündel aus einem zurückliegenden Bankraub in Arnstadt, dazu drei Kartons mit Patronen. Fast einen Monat später, am 1. Dezember 2011, sollen laut Ermittlungsakte in dem Rucksack plötzlich noch einmal sechs DVDs mit dem NSU-Bekennervideo gefunden worden sein. Es bieten sich zwei Erklärungen an: Entweder wurde in diesem besonders wichtigen Fall extrem schlampig gearbeitet oder aber es wurde nachträglich ein wichtiges Beweisstück platziert. Ohnehin auffällig ist die Flut an aufgefundenem belastenden Material, die für einen kritischen Beobachter bereits Anlass war, von einer „Beweisorgie“ zu sprechen.

Dass von dem NSU-Trio belastendes Material regelrecht gehortet wurde, passt wenig zu dem sonstigen Verhalten. Auch wenn es ernstzunehmende Hinweise darauf gibt, dass es Protektion von Verfassungsschützern gegeben haben könnte, die drei haben so konspirativ agiert, dass sie fast 14 Jahre unentdeckt in der Illegalität überlebt haben. Im Klartext: Es gibt einen Widerspruch zu dem sinnlosen Horten von belastendem Material, das im Ernstfall eine lebenslange Haft einbringt, und dem professionellen Agieren im Untergrund und bei den Tatausführungen.

Wenig nachvollziehbar ist vor allem, warum Mundlos und Böhnhardt ein nur kurz zuvor angemietetes Campingmobil mit belastendem Material vollstopften, um damit dann zu dem Banküberfall in Eisenach am 4. November 2011 zu fahren. Nicht minder paradox ist das Verhalten von Beate Zschäpe, die sofort nach dem Tod ihrer beiden Freunde Feuer gelegt haben soll, um Beweise zu vernichten, dann aber die Bekenner-DVDs, mit denen erst eine Verbindungslinie von der NSU zu den sogenannte „Döner-Morden“ gezogen werden konnte, verschickt hat.

Es ist nicht das einzige Rätsel in Sachen NSU, das nach Jahren der Ermittlungsarbeit immer noch ungelöst ist. Gerade in dem Zusammenhang mit dem Verdacht, dass Mitglieder des NSU für den Verfassungsschutz tätig gewesen sein könnten, sollte zu denken geben, dass bis heute nicht wirklich geklärt ist, wer Zschäpe am 4. November 2011 überhaupt über den Tod ihrer beiden Freunde informiert hat. *Norman Hanert*



Wohnmobil gibt Fragen auf: Wer stopft ein geliehenes Fahrzeug mit Beweisen für begangene Taten voll? Bild: pa

Bewusst hintertrieben?

Die Fehlschläge, das in die Illegalität abgetauchte NSU-Trio zu ergreifen, werden meist mit einer Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen erklärt. Tatsächlich gibt es aber auch Hinweise darauf, dass die Verhaftung bewusst hintertrieben worden sein könnte. Für Wirbel sorgte etwa die Aussage eines Erfurter LKA-Mitarbeiters, 2003 seien nach einem Zeugenhinweis auf den Aufenthaltsort von Uwe Böhnhardt weitere Ermittlungen von „ganz oben unterbunden“ worden. Ungewöhnlich sei nicht nur der persönliche Anruf von höchster LKA-Ebene bei dem Beamten gewesen, sondern auch der Ablauf des Gesprächs. Werner Jakstat, damals Vizepräsident, inzwischen Chef des LKA, soll die Anweisung gegeben haben, der Beamte solle „rausfahren“ und dem Hinweis eines ehemaligen Schulkameraden Böhnhardts nachgehen. Dem sei aber die Aufforderung mit dem Tenor „Kriegen Sie da nichts raus“ gefolgt. Er und seine Kollegen seien davon ausgegangen, dass sich der Verfassungsschutz mit dem Trio befasse, so der LKA-Beamte.

Spuren führen zum Verfassungsschutz

Bereits am 14. Februar 2001 hatte ein Thüringer Zielfahnder eine ebenso frappierende Vermutung in den Akten festgehalten: „Die Befragung von Kontaktpersonen und Familienangehörigen führte zu dem Schluss, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine der gesuchten Personen als ‚Quelle‘ durch den Verfassungsschutz geführt wurde.“ Anlass für einen derartigen Verdacht bei Ermittlern war die missglückte Hausdurchsuchung 1998, die zum Untertauchen des Trios führte.

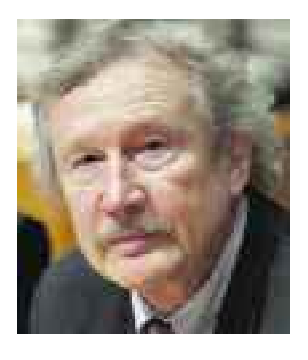
Verwundert, wie die drei es schaffen konnten, vollkommen zu verschwinden, unternahmen Ermittler und Staatsanwaltschaft einen ungewöhnlichen Schritt: Sie fragten beim Thüringer Verfassungsschutz schriftlich an, ob die drei für den Verfassungsschutz arbeiten würden. *N.H.*

Zeitzeugen



Wolfgang Bosbach – Seine im Zuge der NSU-Aufklärung gemachten Erfahrungen brachte der Vorsitzende des Bundestagsuntersuchungsausschusses prägnant auf den Punkt: „Die was wissen, die kommen nicht, die kommen, wissen nichts, und die, die was wissen und dennoch kommen, sagen uns nichts.“

Florian H. – Bereits im Januar 2012 soll Florian H. dem Stuttgarter LKA Hinweise auf eine „Neoschutzstaffel Öhringen“ (NSS) gegeben haben, die neben dem NSU die „zweite radikalste Gruppe“ in Deutschland stelle. Auf dem Weg zu einer erneuten Befragung durch die Polizei starb H. am 16. September 2013 in Bad Cannstatt in seinem brennenden Auto. Während die Polizei von einem Selbstmord des 21-Jährigen ausgeht, zweifeln die Eltern an der Suizid-Theorie.



Hans-Jürgen Förster – Der Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof und ehemalige Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg machte im November 2012 eine brisante Aussage zu dem ebenfalls in München vor Gericht stehendem, mutmaßlichen NSU-Mitglied Ralf Wohlleben. Nach den Erinnerungen Försters soll Wohllebens Name auf einer Liste des Bundesamtes für Verfassungsschutz über V-Leute in NPD-Vorständen gestanden haben.



Jürgen Elsässer – „Offensichtlich gab es an jenem 25. April in Heilbronn ein Stelldichein aller möglichen Geheimdienstler: FBI, DIA, Special Command, Verfassungsschutz sowie V-Leute der Polizei mit rechtsradikalem Hintergrund müssen sich auf die Füße getreten haben. Ob die alle beim NSU-Prozess in München vorgeladen werden“, fragt der Publizist Jürgen Elsässer zu den Hinweisen, dass am 25. April 2007 gleich mehrere Nachrichtendienste in Heilbronn präsent waren.

Mevlüt Kar – Der Türke, der sich am 25. April 2007 in Heilbronn aufgehalten haben soll, gilt im Fall der islamistischen Sauerland-Gruppe als derjenige, der die Zünder für die in Deutschland geplanten Sprengstoffanschläge besorgt hat. Nach seiner Enttarnung als V-Mann des türkischen Geheimdiensts Millî Istihbarat Teskilâtı, also indirekt auch des CIA, soll Kar inzwischen in der Türkei leben.

Das Rätsel von Heilbronn

Der »Stern« liefert spektakuläre Thesen zum Polistenmord

Seit dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 wird auch der ungeklärte Mord an der 22-jährigen Polizistin Michèle Kiesewetter der Gruppierung zugeordnet. Der Mordversuch an dem Beamten Martin A. und die Tötung der Polizistin am 25. April 2007 ist der letzte Mord, der Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos zugeschrieben wird.

Dass seitdem keine anderen Ermittlungsansätze zur Aufklärung des Heilbronner Polizistenmordes mehr verfolgt wurden, könnte sich jedoch als voreilig herausstellen. Als Schlüssel zu dem Fall könnte sich das Observationsprotokoll des US-Heeresgeheimdienstes DIA erweisen, das am 1. Dezember 2011 im „Stern“ abgedruckt wurde. Von offizieller Seite wurde der Bericht schnell als Fälschung abgetan, tatsächlich spricht aber einiges dafür, dass es sich zumindest um ein Papier handelt, in das fundiertes Hintergrundwissen eingeflossen ist. Behauptet wird, dass am 25. April 2007 US-Agenten mit der Observation der Zielperson „M. K.“ (Mevlüt Kar) beauftragt waren. Kar soll mit einer weiteren Person einen Millionenbetrag bei einer Bank in Heilbronn eingezahlt haben und anschließend zur Theresienwiese gelaufen sein, wo die Observation endete, als es dort zu der Schießerei kam.

Es ist der „Stern“-Journalist Rainer Nübel, der in diesem Zusammenhang eine Spur ausgegraben hat, die den Bericht indirekt stützt. Nach dem Mord an Kiesewetter sind nahe des Tatorts zwei Araber als Zeugen vernommen worden, die inzwischen der radikal-islamistischen Szene zugerechnet werden – mit Verbindungen zur Hamas und besagtem Mevlüt Kar. Nach Recherchen Nübels könnte der Hintergrund der Anwesenheit Kars in Heilbronn ein Thema berühren, das hierzulande als Tabu gilt: die Zusammenarbeit von Islamisten mit ausländischen Gruppen der Organisierten Kriminalität. Kar soll sowohl Kontakte zur serbischen als auch zur georgischen Mafia unterhalten haben.

Islamisten und Ku-Klux-Klan-Ableger

Noch mehr Brisanz steckt allerdings im geschilderten Tathergang. In den Schusswechsel auf der Theresienwiese scheinen dem „Stern“-Bericht zufolge ein „baden-württembergischer Einsatzbeamter“, „reguläre Polizeikräfte“ und „right wing operatives“, also im rechten Spektrum agierende Agenten, involviert gewesen zu sein. Dass Derartiges kein Hirngespinst sein muss, macht ein Blick auf einen deutschen Ku-Klux-Klan-Ableger deutlich, der in Schwäbisch Hall existiert hat. Als Gründer gilt Achim Schmidt, von dem feststeht, dass er von 1994 bis 2000 als V-Mann für den Verfassungsschutz agierte. Damit nicht genug. Aktenkundig ist, dass auch zwei Polizisten aus der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in Böblingen, zu der ab 2005 auch die getötete Kiesewetter und Martin A. gehörten, Mitglieder im Klan waren. Nach offizieller Darstellung soll sich der Geheimbund, in dem sich V-Leute, Polizisten und durchgeknallte Rassisten auf so wundersame Weise zusammengefunden haben, 2003 aufgelöst haben. Die Frage ist, ob die Gruppierung wirklich einfach von der Bildfläche verschwunden ist oder nicht insgeheim eine Nachfolgeorganisation aufgezogen wurde. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5689**

Ideologen gegen Kinder

Hamburg: Kampf gegen Rechtschreibdefizite bei Grundschülern offenbart, wie politisch aufgeladen das Thema ist

Mit der Vorgabe, dass Hamburgs Grundschüler künftig 800 Wörter richtig schreiben müssen, kehrt Schulsenator Ties Rabe (SPD) einer Bildungspolitik den Rücken, die in der Hansestadt ausgerechnet von der CDU mitgetragen wurde.

„Froe Weinachten Fata und Muta.“ Derartige, von Kinderhand verfasste Glückwünsche waren noch manchem Elternteil in lebhafter Erinnerung, als sie die Nachricht vernahmen, dass der Hamburger Bildungssenator Rabe nach dem Vorbild Bayerns die Einführung eines Kernwortschatzes einführen will. Die meisten dürften mit Erleichterung reagiert haben, denn es waren auch Elternbeschwerden, die die Hamburger Oppositionsparteien CDU und FDP im vergangenen Sommer dazu gebracht haben, sich das Thema Rechtschreibung auf die Fahnen zu schreiben. Und so brachten sie am 1. August 2013 den Antrag „Überholte Lehrmethoden abschaffen und den Deutschunterricht ver-bessern“ in die Bürgerschaft ein.

Zudem hatte im Juni der „Spiegel“ mit dem Titel „Die Recht Schreipkaterstrofe“ eine Debatte ausgelöst, die vor allem die seit gut zehn Jahren bundesweit tolerierte Lernmethode des „Lesen durch Schreiben“ (LdS) attackierte. Hiernach schreiben Erst- und Zweitklässler so, wie sie sprechen, wild drauflos und werden erst ab der 3. Klasse auf Rechtschreibung hin korrigiert. Die in den 80er Jahren von dem Schweizer Jürgen Reichen erdachte Lehrmethode wird zwar nur an wenigen Schulen in Reinform gelehrt, doch viele Lehrer haben sich von ihr inspirieren lassen. Im Jahr 2005 hat die sogenannte „Marburger Studie“ zwar darauf hingewiesen, dass der Anteil von Kindern mit Lese- und Schreibproblemen in LdS-Klassen deutlich höher liegt, doch sie wurde weitgehend ignoriert. Genauso wie die Forschungen von Wolfgang Steinig, Professor an der Universität Siegen, der seit 1972 Texte von Viertklässlern untersucht. Machten Schüler vor vier Jahrzehnten rund sieben Fehler auf 100 Wörter, so sind es jetzt 16. Es gibt also Handlungsbedarf. Da es aber keinerlei Erhebungen darüber gibt, welche Grundschulen mit der LdS-Methode arbeiten, kann man schwer nachweisen, wie groß ihre Mitschuld an der Rechtschreibmisere ist.

„Gute Rechtschreibung lernt man nicht im Vorbeigehen“, mahnt nun Hamburgs Schulsenator Rabe an. Dazu brauche jedes Kind guten Unterricht, aber auch Zeit und Übung. „Wenn Politik, Gesellschaft und Eltern heute im Vergleich zu den 1960er Jahren einen Verfall der Rechtschreibung beklagen, dürfen sie nicht einseitig Lehrkräfte oder Lernmethoden dafür verantwortlich machen.“ versucht er Debatten um die Schuld abzuwürgen. Ursächlich sei nämlich auch,

> Lernmethoden tragen Mitschuld an hoher Fehlerzahl

dass die begrenzte Unterrichtszeit heute bereits in der Grundschule für viele neue Themen eingesetzt werden müsse wie Englisch, Informatik, soziales Lernen oder Schwimmen. Zwar sieht auch er dringenden Handlungsbedarf und griff daher den Antrag von FDP und CDU auf, doch will er keine offizielle Änderung der Lehrpläne, sondern über Handreichungen für Lehrer Änderungen zu erwirken. Grund hierfür dürfte sein, dass vor allem ältere Lehrkräfte und Mitarbeiter in der Schulbehörde wiederholende Übungen und Rechtschreibungen als Zwang empfinden, sie befürworten es, wenn Kinder nach Gehör schreiben und sich so kreativ an die Rechtschreibung herantasten. Dies motiviere die Kleinen. Dass diese aber die ab der 3. Klasse einsetzende Rechtschreibkorrektur als umso demotivierender empfinden könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn, obwohl dies im Schulalltag bei lernschwachen Kindern und jenen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, zu erleben ist.

Dass Lehrer und Bildungsforscher von den Ideen der 68er geprägt sind und daher politisch eher links stehen, ist bekannt, doch machen sie nicht die politischen Vorgaben. Dass Rabe als SPD-Politiker seine Klientel nicht verärgern will, ist noch verständlich, doch auch CDU und FDP haben diese Politik mitgetragen. Im Falle der Hamburger CDU hat sie die Landes-SPD sogar noch links überholt. Denn es war die schwarz-grüne Regierung von Hamburgs Ersten Bürgermeister Ole von Beust, die unter der Bildungssenatorin Christa Goetsch (Grüne) Diktate abgeschafft hat. Obwohl schon das Sprichwort sagt, „Übung macht den Meister“ – und was sind Diktate anderes als Rechtschreibübungen –, opferte die CDU diese Erkenntnis auf dem Altar der schwarz-grünen Koalition und trieb so vor allem leistungsschwache und Immigranten-Kinder in eine Sackgasse.

Dieser Mitschuld ist sich die CDU-Bildungspolitikerin Karin Prien bewusst und betont, dass ihre Partei für diese Prioritätensetzung abgewählt wurde. Neben der FDP-Politikerin Anna von Treuenfels war sie die treibende Kraft bei der Rechtschreibinitiative. Die Mutter von drei Kindern kennt aus eigenem Erleben, welche Folgen der Laissez-faire-Deutschunterricht auf die Schulkarrieren von Kindern haben kann. Doch während Kinder aus Mittelschichtsfamilien vom Elternhaus korrigiert werden würden, würden Kinder aus bildungsfernen Schichten alleingelassen. Das sei „sozial ungerecht“, betont sie gegenüber der *PAZ*. Derartiges will die Grünen-Schulsenatorin Stefanie von Berg nicht hören. Für sie ist ein fester Grundwortschatz „purer Aktionismus“, der mehr schade, als er nütze und dazu verleite, dass Rechtschreibunterricht zu einem „stupiden Auswendiglernen“ verkomme.

Ähnliche Probleme wie in Hamburg gibt es mehr oder weniger in jedem Bundesland. Da in vielen Bundesländern die Grünen mit in der Regierung sitzen, sind Änderungen dort aber unwahrscheinlich. Doch wie das Beispiel Hamburg zeigt, ist auch eine CDU-Regierungsbeteiligung keine Garantie für die Anerkennung der Realitäten. *Rebecca Bellano*



Es lebe die Anarchie: Schüler als Versuchskaninchen verschiedener Bildungstheorien Bild: pa

MELDUNGEN

Hindenburg getilgt

Kiel – Bei der Aberkennung der Ehrenbürgerwürde für den einstigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg war die CDU der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt sich noch einig mit SPD, Grünen, SSW und der Partei „Die Linke“, doch als es um die Umbenennung des Hindenburgufers ging, wollte sie nicht mitgehen. Doch die linke Mehrheit im Bauausschuss hat sich durchgesetzt und dürfte auch bei der Abstimmung in der Ratsversammlung am 16. Januar die Mehrheit auf ihrer Seite haben. Während die Befürworter der Umbenennung Hindenburg als Nazi sehen und die historischen Umstände, unter denen der damalige Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler ernannte, ausblenden, ist die CDU der Meinung, man dürfe vor seiner Geschichte nicht davonlaufen. Die Junge Union versuchte sogar, per Unterschriftenaktion die Umbenennung zu verhindern. *Bel*



Zu viel der sexuellen Vielfalt

Stuttgart – Der Entwurf für den neuen Bildungsplan in Baden-Württemberg verschafft der grünroten Landesregierung deutlich mehr Gegenwind, als sie erwartet hatte. Die Absicht, die „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ fächerübergreifend in den Schulen zu thematisieren, gefällt nicht jedem. Neben der Petition „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“, die in Baden-Württemberg bereits knapp 57 000 und bundesweit gut 130 000 Unterstützter aktivieren konnte, sprechen sich auch die evangelische und katholische Kirche gegen den Plan aus. „Nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung müssen Ehe und Familie absolute Priorität haben“, betont der Generalsekretär der Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb. Dem widerspricht auch die CDU nicht. *Bel*

In der »Betreuungsfalle«

Gurlitt kann nichts tun, um seine Kunstsammlung zu behalten

Die hätten doch warten können mit den Bildern, bis ich tot bin“, klagte der 81-jährige Münchener Kunstsammler Cornelius Gurlitt im vergangenen November gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Doch so lange wollten die Behörden nicht warten und beschlagnahmten seine vom Vater ererbte Kunstsammlung. Gurlitt hielt dagegen: Da die Kunstwerke nachweislich rechtmäßig erworben seien, werde er nichts davon freiwillig zurückgeben. Mit dieser Renitenz allerdings hat es erst einmal ein Ende, denn Gurlitt ist die theoretische Verfügungsgewalt über seine Sammlung mit Hilfe des Betreuungsrechts entzogen worden. Seit Kurzem steht er unter gerichtlich angeordneter Zwangsbetreuung, ist also praktisch entmündigt.

Nachdem der herzkranke Gurlitt einen Arzttermin nicht wahrgenommen hatte, informierte ein Verwandter die Polizei. Diese rückte mit zwei Streifenwagen, der Feuerwehr und einem Rettungswagen bei Gurlitt an. Da niemand auf das Klingeln und Klopfen der Rettungskräfte reagierte, drangen diese gewaltsam in die Wohnung ein, wo sie Gurlitt friedlich schlafend in seinem Bett vorfanden. Er hatte ein Schlafmittel genommen, sich Stöpsel in die Ohren gesteckt und deshalb nichts von dem Radau mitbekommen. Für seinen besorgten Verwandten war die Sache damit erledigt, nicht jedoch für die Behörden. Sie ließen Gurlitt in ein Krankenhaus bringen, dessen Ärzte „aus gesundheitlichen Gründen“ bei Gericht die Betreuung ihres Patienten beantragt hätten, so Gerhard Zierl, Präsident des Amtsge-

> Steckt der Freistaat Bayern hinter der Entmündigung?

richts München. Daraufhin habe eine Richterin „als Eilmaßnahme die vorläufige Betreuung“ Gurlitts angeordnet. Das geschehe in Fällen, wenn Menschen „nicht mehr in der Lage sind, sich um ihre Rechtsangelegenheiten zu kümmern“. In den nächsten Wochen würden weitere Prüfungen und Entscheidungen ergehen, Gutachten seien in Auftrag gegeben.

Gurlitt befindet sich laut Zierl in einer Klinik und habe einen „professionellen und erfahrenen Betreuer“, der unter anderem auch seine Rechtsgeschäfte für ihn erledige. Das heißt auch, dass dieser staatlich bestellte Betreuer an Gurlitts Stelle mit den staatlichen Stellen über die Zukunft von dessen Kunstsammlung verhandeln wird. Dabei wäre er noch nicht einmal an Gurlitts Willen und dessen Beharren auf seinen Eigentumsrechten gebunden. Kritiker der Betreuungspraxis argwöhnen daher, der Freistaat Bayern habe Gurlitts Entmündigung gezielt betrieben, um sich dessen Kunstschätze aneignen zu können. Denn selbst wenn die Betreuungsanordnung nach einiger Zeit wieder aufgehoben werden sollte, wären die von seinem Betreuer für ihn getroffenen Entscheidungen unabänderlich.

In Deutschland stehen rund 1,3 Millionen Menschen, alte wie junge, unter staatlicher Kuratel. Sie sind faktisch entmündigt, auch wenn der Gesetzgeber diesen Begriff durch den weniger diskriminierenden Begriff „rechtliche Betreuung“ ersetzt hat. Für Berufsbetreuer und Rechtsanwälte ist das ein lukratives Geschäft, so dass sie gar kein Interesse daran haben, dass ihre Schützlinge jemals wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Und die überlasteten Gerichte handeln die Fälle routinemäßig ab, um sie schnell wieder vom Tisch zu haben. Kritiker sprechen daher von der „Betreuungsfalle“. Eine Falle, aus der gerade Gurlitt kaum wieder herauskommen dürfte. *Jan Heitmann*

Politische Dimension ignoriert

Hamburg: Linksextreme spielen mit Polizei, Politik und Medien

Was *PAZ*-Kommentator Harald Tews (*PAZ* vom 11. Januar) befürchtet hat, scheint tatsächlich eingetreten zu sein: Die Ausweisung einer großflächigen Zone im Westen der Hamburger Innenstadt als „Gefahrengebiet“ hat es linken Extremisten und ihren Sympathisanten ermöglicht, erneut Teile der Bevölkerung vor ihren Karren zu spannen.

Von freundlich berichtenden Medien begleitet, zogen Demonstranten gegen die Polizeimaßnahme durch das Viertel. Dabei gelang es den Extremisten, das Thema Bürgerrechte für sich zu vereinnahmen. Rund 100 linke Gewalttäter waren dabei und sorgten am Ende für die gewohnte Eskalation.

Die Linksextremisten spielten dabei virtuos mit einem grundlegenden Missverständnis: Im Kampf gegen Polizeikontrollen geht es ihnen keineswegs um die Verteidigung der Rechte aller Bürger gegen „staatliche Willkür“, wie gern glauben gemacht wird. Es handelt sich vielmehr um ein bürgerkriegstypisches Kräftemessen. Die Linken wollen Zugriffe der Polizei nicht dulden, weil sie den dahinterstehenden Rechtsstaat und dessen Ordnung im Ganzen brechen wollen. Folgerichtig weigert sich die linke Szene auch, über die Zukunft des besetzten Gebäudes der sogenannten „Roten Flora“ auch nur zu verhandeln. Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Manfred Murck, verweist denn auch alle Hoffnungen, mit den Besetzern eine Verhandlungslösung zu erlangen, ins Reich der Träume; das

> Der Staat ist in den Augen der Protestler der Feind

werde nicht funktionieren, weil es dem „Selbstverständnis“, man könnte auch sagen, der Weltanschauung der Besetzer widerspreche.

Dessen ungeachtet versucht die in Hamburg alleinregierende SPD nach wie vor alles, um die zutiefst politische Dimension der seit Wochen andauernden Krawalle herunterzuspielen. In Hamburg gebe es „eigentlich kein konkretes politisches Problem“, räsonierte Innensenator Michael Neumann (SPD) unverdrossen vor der Presse. Es handele sich bei den Gewalttätern um „schnöde Kriminelle“. Dass „schnödes“ kriminelles Handeln und politischer Fanatismus einander nicht nur nicht ausschließen, sondern sogar oft bedingen, ist indes die Lehre der Geschichte. Wie ihre historischen Vorgänger träumen auch die Hamburger Linksextremisten von einem roten Gewaltregime und lassen selbst in ihrer offenen Propaganda keinen Zweifel, dass sie Gewalt legitim finden, solange sie von den „Richtigen“ ausgeht.

Damit aber blamieren sie eine Politik im Umgang mit Links- und Rechtsextremisten, die seit Jahren behauptet, dass es gefährlichen Linksextremismus eigentlich nicht gibt, dass Gefahr, Gewalt und Menschenverachtung ausschließlich von rechts kämen. Zu den Verfechtern dieser Linie zählt in wachsendem Maße auch die SPD.

Daher tun sich die Sozialdemokraten so schwer, die linke Gefahr beim Namen zu nennen, selbst dann noch, als SPD-Büros und Privathäuser prominenter Sozialdemokraten von den Extremisten direkt angegriffen wurden.

Nach dem medialen Druck wurde die „Gefahrenzone“, in der Polizeikontrollen ohne konkreten Verdacht möglich sind, zunächst stark reduziert und kurz darauf ganz aufgehoben. Nach der Logik des Bürgerkriegs dürfte die linke Szene dies als großen Sieg verbuchen. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Undemokratisch zur Demokratie

Kairo – „Die Ägypter sollten frei sein, sich für oder gegen die neue Verfassung auszusprechen, ohne befürchten zu müssen, verhaftet zu werden, nur weil sie für ein Nein werben“, fordert Human Rights Watch. Die Organisation ist nicht die einzige, die das harte Durchgreifen der militärischen Übergangsregierung kritisiert. Doch Militärchef Abd al-Fattah al-Sisi ist überzeugt, Ägypten in Richtung Demokratie zu drücken. So stärkt die neue Verfassung, über die dieser Tage abgestimmt wurde, zwar auch das Militär, doch zugleich auch die Rechte der Frauen, während die Befugnisse der Muslimbrüder gestutzt werden. *Bel*

Südtiroler für Selbstbestimmung

Bozen – 61189 der insgesamt 400958 wahlberechtigte Südtiroler haben an einem von der im Bozner Landhaus (Landtag) mit drei Abgeordneten vertretenen Partei „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) initiierten Referendum unter dem Titel „Autonomie ist nicht genug – Wir wählen Freiheit“ teilgenommen. Davon haben 56395 – das sind 92,17 Prozent – für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts votiert. Im Beisein von Vertretern der Unabhängigkeitsbewegungen aus Katalonien (Spanien) und Venetien (Italien) bekundete die STF-Führung, die Südtiroler hätten mit ihrer Stimme der Politik einen klaren Auftrag erteilt. Niemand könne länger in Abrede stellen, dass „der Wille nach einer freien und selbstbestimmten Zukunft“ vorhanden sei. Man sei davon überzeugt, dass durch dieses Referendum die Grundlage für die Abhaltung „einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Italien geschaffen wurde“. Südtirol habe sich „damit in den Zug der Freiheit gesetzt, den die Schotten und Katalanen angeschoben haben“. *R.L.*

Weder Engel noch Menschenrechtler

Ex-Oligarch Michail Chodorkowskij in Freiheit: Er sichtet verbliebenes Vermögen in Israel und der Schweiz

Hunderte Journalisten umringten den von Putin begnadigten Ex-Oligarchen Michail Chodorkowskij nach seiner Ankunft in Berlin. Während die Medien ihn hierzulande wie einen Freiheitskämpfer feiern, lohnt ein Blick in die Vergangenheit und auf die Frage, ob Chodorkowskij ein Menschenrechtler oder Verbrecher war.



Bild: Getty

Ernste Mienen: Wladimir Putin (l.) führte zu Beginn seiner Amtszeit auch mit Chodorkowskij (r.) Gespräche

Als Michail Chodorkowskij, der bis vor Kurzem noch als „Gefangener Nr. 1“ in Russland inhaftiert war, in Begleitung des deutschen Ex-Außenministers Hans-Dietrich Genscher im Berliner Adlon-Hotel eintraf, wartete eine Journalisten-Schar bereits auf den nach zehnjähriger Haft von Putin begnadigten Ex-Oligarchen, um ihn zu seinen Zukunftsplänen zu befragen.

Die Medien wetteiferten mit Mutmaßungen über die Gründe für Chodorkowskijs plötzliche Freilassung. Waren es die Erfolge der deutschen Geheimdiplomatie, die zur Freilassung führten oder wollte Putin kurz vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi sein Image aufpolieren und den Westen davon überzeugen, dass Russland liberaler sei als dieser denke?

Zwar hat Angela Merkel das Thema Chodorkowskij beim Treffen mit Putin immer wieder angesprochen, allerdings ist nicht erkennbar, welches Interesse deutsche Diplomaten an einem wegen Steuerhinterziehung und Betrugs verurteilten russischen Geschäftsmann haben sollten, dessen Verurteilung aus „politischen Gründen“ der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg nicht bestätigen wollte. Dass Putin vor Sotschi gut Wetter machen und von wirtschaftlichen Problemen ablenken will, leuchtet daher eher ein.

Über seine Zukunftspläne will Chodorkowskij noch nichts sagen, nur so viel, dass er nicht wieder ins große Geschäft einsteigen will und sich auch nicht politisch in seiner Heimat engagieren wird. Letzteres war denn auch eine Bedingung für Putins Unterschrift unter Chodorkowskijs Gnadengesuch. Zurzeit ist der Ex-Oligarch damit beschäftigt, seine Finanzen zu ordnen und reiste dazu in die Schweiz und nach Israel, wohin er sein Vermögen noch kurz vor seiner Verhaftung verschoben hatte. Chodorkowskij soll 5,1 Milliarden Euro bei Schweizer Banken deponiert haben. Schon in der Blütezeit des Ölkonzerns Yukos war die Schweiz eine wichtige Finanzdrehscheibe.

Ein weiterer Teil seines Vermögens wird in Israel von Leonid Newslin verwaltet, ein dorthin geflohener Partner Chodorkowskijs, der in Russland zu lebenslanger Haft wegen Auftragsmorden verurteilt wurde. Zu dem als „rein privat“ bezeichneten Treffen in der Nähe von Tel Aviv gesellten sich drei weitere ehemalige Geschäftspartner des Ex-Oligarchen hinzu, um, wie sie sagten, alte Freundschaften zu pflegen. Chodorkowskij erklärte darüber hinaus, dass er keinen Überblick mehr über sein Vermögen habe und Zeit benötige, sich diesen zu verschaffen. Obwohl Chodorkowskij lediglich ein mächtiger Geschäftsmann war, der Gewinn und Macht auf zweifelhaftem Weg erhalten hatte, genießt er das Ansehen eines Menschenrechtlers und zu Unrecht Verurteilten. Ein Blick auf seinen

Politische Ambitionen führten zum Zerwürfnis

Werdegang zeigt, dass er weder das eine noch das andere war.

Chodorkowskij wollte nach seinem Chemie-Studium Volkswirt werden. Während des Studiums trat er in den Komsomol (die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei) ein und gründete 1987 eine Genossenschaft, die im Rahmen eines Komsomol-Unternehmens nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeitete. Chodorkowskij importierte Computer, Jeans und Schnaps. Eigentlich hatte er einen Posten in der Rüstungsindustrie angestrebt, doch seine jüdische Herkunft verhinderte dies. Stattdessen führten seine guten Kontakte dazu, dass er mit der Gründung von „Menatep“ Generaldirektor einer der ersten Privatbanken Russlands wurde. 1993 beteiligte er sich an der Finanzierung und Organisation von Boris Jelzins Wahlkampf. Im Zuge des beschlossenen Privatisierungsprogramms begann der Ausverkauf von Staatsbetrieben. So kam auch Chodorkowskij in den Besitz des Erdölunternehmens Jukos. 2001 wurde er bereits vom russischen „Forbes“-Magazin zum reichsten Mann Russlands erklärt.

Chodorkowskij sorgte als Jukos-Vorstandsvorsitzender für mehr Transparenz und führte westliche Standards für die Buchhaltung ein. Dafür wurde er im Westen, vor allem in den USA, gelobt. Chodorkowskij führte bereits Verhandlungen mit den US-Ölkonzernen ExxonMobil und Chevron Texas über eine Beteiligung. Er selbst stilisierte sich als Mann des Westens, der in Russland ein Präsidialsystem nach westlichem Vorbild einführen wolle. So begann er sich auch innenpolitisch zu betätigen. Er finanzierte Oppositionsparteien wie die liberale „Jabloko“, aber auch die Kommunistische Partei.

Der damalige Medienmogul Boris Beresowskij verhalf Wladimir Putin Ende 1999 mit einer groß angelegten Medienkampagne an die Macht, im Glauben, mit ihm ein genauso leichtes Spiel zu haben wie mit Jelzin. Putin setzte dem Raubrittertum der gierig gewordenen Oligarchen jedoch ein Ende. Während die meisten sich auf einen Handel mit Putin einließen nach dem Motto „Ihr haltet euch aus der Politik heraus und ich kümmere mich nicht um eure Geschäfte“, ließ Chodorkowskij sich auf einen Streit mit Putin ein. Als er Putin 2003 öffentlich Korruption vorwarf, schlug der zu. Chodorkowskij wurde selbst der Steuerhinterziehung bezichtigt. Der Ausgang ist bekannt.

Chodorkowskij war bei weitem kein Engel oder Menschenrechtler. Bei seinem Aufstieg ging er genauso rücksichtslos vor wie seine Kollegen. Im Unterschied zu ihnen legte er sich mit Putin an und hoffte auf die Unterstützung seiner westlichen Partner, die nach seiner Verhaftung aber ausblieb, da ihm auch Auftragsmorde angelastet wurden. Dass Chodorkowskijs Menschenrechte verletzt wurden, macht ihn selbst noch nicht zu einem Menschenrechtler.

Manuela Rosenthal-Kappi

Putins Ideologie

Konservativer Kurs soll die Welt einen

Russlands Präsident Wladimir Putin hat den Konservatismus als neue Ideologie entdeckt. Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatte die „Nationale Volksfront“, deren Leiter er ist, ein konservatives Manifest angenommen, das als Grundlage einer nationalen Ideologie dienen soll. Bei seiner jährlichen Ansprache ans Volk bekräftigte er seinen Kurs, indem er sich als Pragmatiker mit konservativen Überzeugungen darstellte. „Konservatismus, das heißt, sich auf traditionelle Werte zu stützen, aber mit einem obligatorischen Element zur Entwicklung.“ Die Rückbesinnung auf christliche Werte wurde am 21. November 2013 mit der Verankerung des orthodoxen Glaubens als Grundlage für die nationale Identität des Landes in der russischen Verfassung manifestiert.

Putin versprach, die traditionellen Werte Russlands zu verteidigen und verhöhnte sogleich den „geschlechtslosen und unfruchtbaren“ Liberalismus des Westens. Laut russischen Studien sehnen die Menschen sich nach Stabilität und Sicherheit und bevorzugen Familienwerte gegenüber Feminismus und Schwulenrechten. Sie ziehen einen Nationalstaat einem multikulturellen Schmelztiegel vor.

»Moralisch den USA überlegen«

Die Zerstörung traditioneller Werte von oben, die nur zu negativen Folgen für die Gesellschaft führten, geißelte Putin als „im Kern antidemokratisch“. So sieht es auch der US-Kommentator Pat Buchanan, bekannt als konservativer Politiker, der von der Republikanischen Partei in die „Reform Party“ wechselte. Er lobte Putin für dessen „moralische Klarheit in einer verrückt werdenden Welt“. Amerika sei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts de-christianisiert worden auch gegen vehemente Einwände „einer großen Mehrheit eines Landes, das mit überwältigender Mehrheit christlich war“. Putin habe inzwischen eine moralische Überlegenheit gegenüber den USA erlangt. Der russische Präsident bringe die „Putinisierung“ der Welt voran, sprich er strebe die Vereinigung konservativer Kräfte weltweit hinter sich an, mutmaßen amerikanische Medien.

Die Argumentation des russischen Präsidenten dürfte inzwischen weltweit tatsächlich mehr Unterstützung finden als die der linken Eliten in Europa und den USA. Ob die Konservativen in aller Welt eine Vereinigung unter Putin als Alternative betrachten, wird sich zeigen. *MRK*

EU übernimmt französische Probleme

Mayotte: Illegale Einwanderung und Spannungen mit Muslimen belasten tropische Insel

Seit Jahresbeginn reichen die Grenzen der Europäischen Union erneut bis in den Indischen Ozean. Die zu Frankreich gehörende Insel Mayotte nordöstlich von Madagaskar erhielt den Status eines „Gebiets in äußerster Randlage“ und wurde mit ihren rund 180000 Moslems bei insgesamt 200000 Bewohnern EU-Territorium. Die EU übernimmt also damit ein Erbe der kolonialen Vergangenheit Frankreichs mit all den damit verbundenen Problemen wie zum Beispiel der dort üblichen Scharia-Gesetzgebung.

Bislang konnten die zur Hälfte nicht einmal Französisch sprechenden Einwohner zwischen französischem und islamischem Recht wählen. Das ist nun nicht mehr möglich, Spannungen sind also programmiert. Beobachter sprechen bereits von einer „Muslim Disaster Zone“ und fürchten zunehmende Einwanderungen nach Europa, auch von den übrigen Komoren, zu denen Mayotte zählt, und Ostafrika über den Fluchtweg Mayotte.

Die Afrikanische Union zeigt sich pikiert und bezeichnet den Schritt als „Angriff gegen alle Komoren“. Angliederungsversuche scheiterten, denn Mayotte ist im Vergleich zu den anderen, selbstständigen Eilanden der Gruppe wohlhabend und keiner hat ein Interesse an einer Wiedervereinigung. Die Komoren-Führer sprechen von einer „Kriegserklärung“. Seit ihrer Unabhängigkeit 1975 sind nach amtlichen Schätzungen rund 7000 Bootsflüchtlinge ertrunken, die an den besseren Lebensbedingungen der französisch regierten Insel teilhaben wollten. Rund ein Drittel der Einwohner Mayottes stammt ohnehin aus illegalen Zuzügen von den ärmeren Nachbarinseln, wo insgesamt etwa 800000 Menschen leben.

In Europa wird die Entwicklung im Indischen Ozean nicht von allen begrüßt, zumal seit 1987 bereits 680 Millionen Euro an EU-Fördergeldern nach Mayotte geflossen sind. Französische Nationalisten sprechen sogar von einer Bürde. Die Regierung in Paris verweist auf Fischerei- und Handelsrechte und neuerdings auf einen eben fertiggestellten Militärstützpunkt. Auf der Insel selbst kam es ungeachtet dessen bereits 2011 zu Massenprotesten mit dem Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen, vor allem wegen des hohen französischen Anteils am erwirtschafteten Gewinn.



Der Zugang Mayottes zur EU ist nur eine der Altlasten europäischer Kolonialpolitik von Engländern, Franzosen, Holländern, Spaniern und Portugiesen. Es wird unterschieden zwischen den französischen Überseedepartements wie Französisch Guyana, wo die europäischen Ariadne-Raketen starten, La Réunion im Indischen Ozean, Guadeloupe und Martinique in der Karibik. Sie gehören unmittelbar zur EU. Dazu kommen die sogenannten Überseeterritorien im Pazifik wie Neukaledonien, Französisch-Polynesien mit 118 Inseln und Tahiti als teuren Touristenzielen und die antarktischen Gebiete wie den Kerguelen, wo Rohstoffquellen vermutet werden. Alles in allem leben in den Überseegebieten Frankreichs mehr als zwei Millionen Menschen, die auch mit dem Euro bezahlen.

Die Briten besitzen als Überreste ihres gigantischen Kolonialreiches über 14 Überseegebiete wie Bermuda, die Falklandinseln im Atlantik, St. Helena, Diego Garcia im Indischen Ozean, die Kaimaninseln und ebenfalls ein umstrittenes Antarktis-Territorium. Sie alle gelten, mit Ausnahme von Gibraltar, nicht als Teile der EU, pflegen allerdings diverse Verflechtungen über das Mutterland. Die Niederlande haben mit Aruba und Curaçao ein Bein in der südlichen Karibik.

Die Folgen sind wegen der Freizügigkeit innerhalb der EU Migrantenströme aus den Gebieten. Die Zunahme des Islam in Europa ist zu einem wesentlichen Teil Folge der ehemaligen Kolonialpolitik. Die noch bestehenden Verflechtungen erleichtern die Zuwanderung, die vor allem Franzosen und Briten sozialen Sprengstoff frei Haus liefert. *Joachim Feyerabend*

Fluch oder Segen?

Europa: Schiefergasfelder lassen auf billige Energie hoffen, doch ökonomische und ökologische Bedenken bremsen

Kaum hatte EU-Energiekommissar Günther Oettinger verkündet, Fracking könne auch für Deutschland sinnvoll sein, vermeldeten zahlreiche Medien, dass sich die Förderung von Erdgas und Erdöl aus tieferen Gesteinsschichten via chemischen Zusätzen nicht lohne. Diese Widersprüche lassen auch die Wirtschaft rätseln, die neidvoll auf die günstigen Energiepreise in den USA blickt.

Während die einen Experten den USA für das Jahr 2020 eine vollständige Unabhängigkeit von eingeführtem Öl und Gas vorhersagen, behaupten die anderen, dass die goldenen Zeiten im Bereich des Frackings schon wieder vorbei seien. Fakt ist, dass die Öl- und Gaspreise durch das Fracking in den USA nur 30 Prozent der Preise in Deutschland betragen. Dies hilft der dortigen Wirtschaft, wieder wettbewerbsfähig zu produzieren. Da es auch in Europa zahlreiche Regionen gibt, wo Schiefergas und -öl vermutet werden, aber vor allem Umweltbedenken Bohrungen verhindern, blickt man umso gespannter über den Ozean, um auszumachen, ob sich der ganze Aufwand zumindest ökonomisch trägt.

Als zahlreiche Medien vor wenigen Tagen „Fracking lohnt sich nicht" titelten, sah es so aus, als würde zumindest die Konkurrenz aus den USA für die europäische Wirtschaft offenbar doch nicht so bedrohlich ausfallen. Schon lange überwog die Skepsis, inwieweit die erschlossenen Quellen überhaupt ertragreich seien. Fehlende Pipeline-Anbindungen der Felder wurden als Indiz dafür gesehen, dass der Ertrag offenbar zu gering sei, um in langfristig einsetzbare Transportmittel zu investieren. Und nun wurde vermeldet, dass Unternehmen 2013 nur halb so viel in die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasfelder investiert hatten wie im Vorjahr.

Doch wer aus dieser Meldung herausliest, dass der Fracking-Boom in den USA sich bereits dem Ende zuneigt, der irrt. Anlass für die Zurückhaltung sind die gesunkenen Preise für Gas und Öl. 2008, als Förderunternehmen verstärkt auf Fracking setzten, waren für eine Million British Thermal Units, was etwa 26 Kubikmeter Gas entspricht, 13 US-Dollar zu bezahlen. Da immer mehr Quellen erschlossen wurden, sank laut Bundeswirtschaftsministerium der Preis aufgrund des Überangebots auf vier US-Dollar. Da die Förderung auch aufgrund der beim Fracking einzusetzenden Chemikalien und der Tiefe teurer ist als bei konventionellen Bohrungen, lohnt sich laut Experten diese erst ab einem Preis von rund 4,50 US-Dollar. Demzufolge ist es sogar eher verwunderlich, dass bei den jetzigen Marktpreisen immer noch 3,5 Milliarden US-Dollar in den Bereich investiert wurden, obwohl derzeit damit kein Geschäft zu machen ist. Inwieweit auch der geringe Ertrag der Quellen Investoren zurückschreckt, ist Spekulation, da sich die Unternehmen nicht gern in die Karten schauen lassen. Da das französische Mineralölunternehmen Total gerade einige britische Fracking-Lizenzen erworben hat, muss man davon ausgehen, dass sich der Konzern etwas davon verspricht.

Auf dem Kontinent herrscht hingegen großes Misstrauen, gegenüber der Methode. Auch wenn eine Verseuchung des Grundwassers aufgrund der Tiefe der Quellen unwahrscheinlich ist, besteht die Sorge in der Bevölkerung. Zudem werden viel Fläche und Wasser benötigt, und ein Teil der verwendeten Chemikalien gelangt mit dem geförderten Gas beziehungsweise Öl zurück an die Oberfläche. Zudem werden radioaktive Stoffe aus dem Erdinnern hochgepresst. All das bringt Umweltschutzorganisationen dazu, gegen Fracking zu mobilisieren. Zumal es kaum Studien gibt, die nicht von Interessen geleitet sind. Dass die von Greenpeace oder der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Studien deren Positionen bestätigen, überrascht nicht wirklich. Daher fordert Oettinger, dass die Regierungen in Europa „Fachleuten – also Wasserwirtschaftlern, Anlagenbauern oder Geologen – Demonstrationsprojekte ermöglichen" sollen. „Sie könnten den Nachweis führen, dass Fracking in Europa – möglicherweise auch in Deutschland – ökonomisch sinnvoll und ökologisch vertretbar ist", empfiehlt der EU-Energiekommissar.

Der auch in Deutschland engagierte US-Mineralölkonzern Exxon befürwortet dies, weist jedoch daauf hin, dass „obwohl die Technologie des Hydraulic Fracturing erst seit relativ kurzer Zeit in der Öffentlichkeit debattiert wird, ist sie bereits seit Jahrzehnten auch in Deutschland etabliert. Das Verfahren ist seit Langem erprobt und wurde seit 1940 weltweit bereits in über einer Million Bohrungen angewendet. Auch in Deutschland kam das Verfahren in den vergangenen 50 Jahren ohne Vorkommnisse etwa 300 Mal zum Einsatz."

Doch all das beruhigt den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland keineswegs. Er warnt zudem vor seismotektonischen Beben infolge der Fracking-Aktivitäten.

Und am Ende ist der interessierte Bürger genauso schlau wie zuvor. Zwar weiß er, wer welche Positionen vertritt, doch um die Chancen und Risiken abzuwägen, gibt es zu wenig Informationen von neutraler Seite. Zudem hat Energiegewinnung immer ihren Preis, wie Anwohner von Kohlegebieten, aber auch Windkrafträdern nur allzu gut wissen. *Rebecca Bellano*



Einarmiger Bandit? Im Fracking steckt zumindest viel Potenzial für Debatten Bild: pa

MELDUNGEN

Prokon: Kein Anlegerschutz

Itzehoe – „Prokon betreibt keine erlaubnispflichtigen Bankgeschäfte und untersteht damit nicht der Aufsicht der BaFin", versucht die Bankenaufsichtsbehörde zu erklären, warum es keine Vorwarnung bezüglich der nun offenbar bevorstehenden Pleite des Windkraftfinanziers gab. Das im schleswigholsteinischen Itzehoe beheimatete Unternehmen lockte über Jahre Kunden mit dem Versprechen, ihnen Renditen in Höhe von sieben Prozent garantieren zu können und zugleich der Umwelt zuliebe den Ausbau der Windkraft weiter voranzutreiben. Doch nun teilte das Unternehmen seinen 74800 Genussscheininhabern – die meisten von ihnen Kleinanleger – mit, dass sie entweder auf ihre Zinsen verzichten oder Prokon Insolvenz einlegen müsste. 2013 machte das Unternehmen einen Verlust in Höhe von 195 Millionen Euro. *Bel*

Banken verkaufen Problemkredite

New York – Die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) geht davon aus, das europäische Banken in den nächsten Monaten verstärkt Problem-Kredite und sogenannte toxische Wertpapiere im Wert von bis zu 60 Milliarden Euro aus ihren Büchern durch Verkauf zu tilgen versuchen. Hatten sie seit Beginn der Krise 2008 lange gehofft, dass sich diese Investments langfristig erholen, sorgt der angekündigte Stresstest der Europäischen Zentralbank dafür, dass viele Großbanken Belastendes loswerden wollen. Hierfür seien sie bereit, massive Wertverluste in Kauf zu nehmen. PwC spricht von bis zu 95 Prozent des einstigen Wertes. Käufer der risikobehafteten Schnäppchen seien US-Pensions- und Hedgefonds. Die Commerzbank hat beispielsweise bereits 14 Chemie-Tanker abgestoßen und wurde somit 280 Millionen Euro an faulen Schiffskrediten aus ihren Büchern los. *Bel*

Heimvorteil für die USA

Studie belegt, dass Ratingagenturen keinesfalls objektiv urteilen

Regelmäßig ertönt der Vorwurf, Ratingagenturen würden die Kreditwürdigkeit von Staaten nach unterschiedlichen Maßstäben bewerten. Im Zentrum der Kritik stehen dabei vor allem die drei großen Ratingagenturen Fitch, Moody's und Standard & Poors (S&P), die allesamt in den USA beheimatet sind. Fast im Stil einer Verschwörungstheorie ist sogar zu hören, die „großen Drei" würden gezielt die Bonität einzelner Länder herabstufen, um etwa der Euro-Zone zu schaden, während – überspitzt formuliert – den USA noch bis zu deren Zahlungsunfähigkeit eine Spitzenbonität bescheinigt werden würde.

Erstmals systematisch untersucht wurde ein möglicher Einfluss des Heimatlandes der Ratingagentur auf Länderratings durch die beiden Wirtschaftswissenschaftler Andreas Fuchs und Kai Gehring von der Universität Heidelberg. Von den weltweit rund 150 Kreditratingagenturen, die meist nur nationale Bedeutung haben, waren für die bereits 2013 veröffentlichte Studie neun international agierende Ratingagenturen unter die Lupe genommen worden: Neben Fitch, Moody's und S&P, die ihre Heimatbasis in den USA haben, waren dies Capital Intelligence (Zypern), Dagong (China), DBRS (Kanada), Feri (Deutschland), die Japan Credit Rating Agency (Japan) und Rating and Investment Information (Japan).

Nachweisen ließ sich dabei tatsächlich, dass die jeweiligen Heimatländer der Agenturen im Durchschnitt um fast eine Note

> Die »großen Drei« sitzen alle in den Vereinigten Staaten

besser bewertet wurden als andere Länder mit vergleichbaren Fundamentaldaten. Die USA als Heimat der drei einflussreichsten Ratingagenturen sind damit klar im Vorteil. S&P und die kleine Agentur Egan-Jones, die es gewagt hatten, an der Kreditwürdigkeit der Supermacht zu zweifeln, haben obendrein zu spüren bekommen, dass die US-Regierung sogar versucht, negative Bewertungen mit juristischen Repressalien zu bestrafen.

Im Fall Chinas ließ sich erstaunlicherweise eine Bevorzugung des Heimatlandes durch die dortige Agentur Dagong nicht belegen. Die Bewertung Chinas mit einem „AAA"-Rating weicht nicht von dem ab, wie die chinesische Ratingagentur auch in anderen Fällen Fundamentaldaten bewertet. Erkennbar war bei Dagong allerdings eine andere Verzerrung. Eine außenpolitische Nähe der bewerteten Länder zur chinesischen Regierung scheint sich in einer besseren Bewertung widerzuspiegeln.

Rücksicht nehmen anscheinend aber nicht nur die Chinesen. Generell war erkennbar, dass Staaten bessere Ratings erhalten, wenn Banken aus dem Heimatland der Agentur dort größeren Risiken – etwa durch vergebene Kredite – ausgesetzt sind. Hinter dem Phänomen steht ein Interessenskonflikt, da viele Banken Beteiligungen an Ratingagenturen halten.

Insgesamt scheint die Untersuchung eine Bestätigung für die Forderung zur Schaffung einer unabhängigen Ratingagentur für Europa zu sein, wie es von Politikern gefordert wurde. Während Chinesen, Russen, Kanadier und selbst die Afrikaner eigene Ratingagenturen etabliert haben, ist im Jahr 2013 ein Versuch zur Schaffung einer europäischen Agentur aus Geldmangel vorerst gescheitert. *N.H.*

EU-Kommission vor den Kadi

Britischer Generalstaatsanwalt will Brüsseler Einflussnahme begrenzen

Zumindest für die EU-Kommission ist die Drohung eines Generalstaatsanwaltes eine völlig neue Erfahrung. Tatsächlich ist es starker Tobak, was Dominic Grieve, seines Zeichens „Attorney General" für England und Wales und Generaladvokat für Nordirland, unlängst bei einer Rede in Brüssel angekündigt hat. Wenn die EU-Kommission den Mitgliedstaaten weiterhin Kompetenzen entziehe, so Grieve, dann werde Großbritannien nicht davor zurückschrecken, gegen die Kommission zu klagen.

Dass von dem britischen Generalstaatsanwalt herangezogene Beispiel für das Überschreiten des eigenen Zuständigkeitsbereichs, das im vergangenen Jahr gescheiterte Projekt, Olivenölkännchen auf Restauranttischen europaweit zu verbieten, ist noch relativ harmlos. Aktuell fährt Brüssel, speziell gegen Deutschland, ganz anderes Geschütz auf. Als wenn die Befürchtungen vor einer Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem nicht schon groß genug wären, hat die EU-Kommission verkündet, dass ein genereller Ausschluss von neu zugewanderten Arbeitslosen aus EU-Staaten von Hartz-IV-Leistungen nicht zulässig sei. Gefordert wurden stattdessen konkrete Einzelfallprüfungen.

Der Vorstoß ging selbst einem notorischen EU-Befürworter wie dem Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz (SPD) zu weit. „Eine Verpflichtung zur bedingungslosen Leistung im Rahmen von Hartz IV für Migranten

> Fataler Eingriff in Staatsbudgets und nationale Wirtschaft

innerhalb der EU kann und wird von der EU-Kommission für Deutschland nicht zur Auflage gemacht werden", so Schulz gegenüber dem „Spiegel". Sehr viel schärfer fiel die Kritik an der jüngsten Brüsseler Einmischung vom neuen CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer aus: „Die nationalen sozialen Sicherungssysteme sind kein Selbstbedienungsladen für alle Europäer, die zu uns kommen."

Nur wenige Tage zuvor hatte Brüssel gleich noch einen weiteren Beleg für eine anhaltende Regelungswut in Kombination mit fehlendem Realitätssinn geliefert. Zum 1. Januar sind neue EU-Abgasnormen für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge in Europa in Kraft getreten, die enorme finanzielle Aufwendungen nach sich ziehen. Um die Vorgaben erfüllen zu können, ist eine Umrüstung alter Fahrzeuge nötig, wobei jeweils bis zu 10000 Euro Kosten anfallen. Der Witz bei der gesamten Angelegenheit: Der Umwelt hilft der Einbau von Euro-6-Abgasanlagen in den Feuerwehrautos gar nicht. Die Geräte sind für Fahrzeuge entworfen worden, die weite Strecken zurücklegen. Das Abgasreinigungssystem springt erst dann an, wenn der Motor warm gelaufen ist – bei den Rettungseinsätzen wird allerdings selten eine Strecke zurückgelegt, die länger als zehn Kilometer ist. Noch kostspieliger als eine Umrüstung kommt die oftmals ohnehin finanzschwachen Kommunen aber ein Neukauf von Einsatzfahrzeugen zu stehen. Zum hohen Anschaffungspreis drohen zusätzlich noch horrende Folgekosten: Die neuen Fahrzeuge sind für viele Feuerwachen, die zu einem großen Teil in den 70er-Jahren errichtet wurden, schlicht zu groß. *N.H.*

Kläglich versagt

Von Maria Bornhöft

Wer seinen Bankberater in Wut und Verzweiflung versetzen wollte, der musste nur den Namen Prokon fallen lassen. Dies taten in den letzten Jahren viele Anleger, denn der Windkraftfinanziers warb gleich mit zweierlei attraktiven Dingen: Erstens mit einem guten Gewissen, denn mit der eigenen Investition fördere der Sparer den Ausbau der umweltfreundlichen Windkraft, und zweitens mit einer beim jetzigen Zinsniveau traumhaften Rendite von bis zu acht Prozent.

Warnungen des Bankberaters, es handle sich um Genussscheine und diese würden bei einer Pleite des Unternehmens wertlos, wurden überhört, schließlich betonte Prokon doch stets, man sei auf Wachstumskurs. Auch der Hinweis des aufgebrachten Bankmitarbeiters, dass Prokon im Gegensatz zu den Banken keiner Aufsicht und Regularien unterliegen würde und Gerüchte kursierten, dass das Ganze ein Schneeballsystem sei, wurden ignoriert.

Und nicht nur die Anleger ignorierten dies, auch die Verbraucherschützer und Politiker, die bei Banken inzwischen hochsensibel, wenn nicht gar hysterisch agieren, nahmen sich der Sache nicht an. Doch jetzt, wo Prokons Pleite droht, schreien plötzlich alle Alarm. Dabei hat man es durchaus ahnen und Gesetze hätten es verhindern können, so man sie denn erlassen hätte. Doch man wollte es nicht, wohl auch, weil es sich hier um Erneuerbare Energien handelte.

Verdrehte Welt

Von Rebecca Bellano

Eigentlich ist es lobenswert, dass die grün-rote Regierung sich der „Akzeptanz sexueller Vielfalt" annehmen will. Selbstredend muss alles getan werden, dass Menschen nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Doch da vor allem SPD und Grüne bisher schon so oft über das Ziel hinausgeschossen sind, herrscht bei den Kirchen, aber auch konservativen Kreisen Misstrauen.

In erster Linie ist die sexuelle Orientierung Privatsache, doch in den letzten Jahren wurde Homosexualität zum öffentlichen Ereignis. Dass es jedem der Betroffenen gefällt, wenn sie wie eine exotische Pflanze ins Schaufenster gestellt werden, ist zu bezweifeln. Vielmehr hilft es Lobbyisten, sich in den Vordergrund zu spielen, und Politikern, sich mit dem Thema zu schmücken.

Auch gewinnt man aufgrund des medialen Wirbels langsam den Eindruck, dass Heterosexualität langweilig und spießig sei. Die Sorge, dass deswegen Leute homosexuell werden, ist zwar unbegründet, doch plötzlich werden in der öffentlichen Darstellung die Seiten getauscht. Diese Befürchtung wird beispielsweise durch den Familienpass 2014 der Stadt München bestärkt. Statt Familie Mustermann abzubilden, sind auf dem Umschlag ein lesbisches und ein schwules Paar mit Kindern abgebildet, so als ob dies der Maßstab sei. Eine derartig verdrehte Welt ist aber nicht die Realität, macht die Minderheit zur Mehrheit und brüskiert die wahre Mehrheit.

Was denn noch?

Von Hans Heckel

Als hätte es Washington regelrecht darauf abgesehen, Deutschland zu demütigen: Gerade erst hatte Kanzlerin Angela Merkel die Einladung von US-Präsident Obama für einen Amerika-Besuch in den kommenden Monaten angenommen, da sickerte durch, dass es wohl kein Spionage-Schutzabkommen („No-Spy-Abkommen") geben werde. „Wir kriegen nichts" zitiert die „Süddeutsche Zeitung" („SZ") aus deutschen Verhandlungskreisen.

Angesprochen auf die mündliche Zusicherung der US-Seite, wonach es „keine gegenseitige Spionage, keine wirtschaftsbezogene Ausspähung und keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts" mehr geben werde, sagte laut „SZ" ein hochrangiger deutscher Beamter: „Die Amerikaner haben uns belogen."

Abermals ist die deutsche Regierung bis auf die Knochen blamiert. Vergangenen Sommer schon gab sich Merkel der Lächerlichkeit preis, als sie ihren Kanzleramtsminister Ronald Pofalla öffentlich erklären ließ, die NSA-Spitzelaffäre sei beigelegt. Wenige Wochen später kam heraus, dass Washington sogar das Mobiltelefon von Merkel selbst angezapft hatte.

> Merkel lässt sich abermals von den USA blamieren

Die Begründung, welche die „Freunde" für ihr Treiben anbringen, setzt dem Ganzen die Krone auf: Es gehe um Terrorabwehr und damit um die lebenswichtigen Interessen des amerikanischen Volkes. Terrorabwehr gegen die deutsche Regierung?

Nun hilft es wenig, sich über die Zumutungen der US-Seite aufzuregen oder auf die „Freundschaft" zu pochen. Geheimdienstliche Gegenmaßnahmen und deutliche politische Signale sind stattdessen angezeigt.

Deutschland ist die wichtigste Wirtschaftsmacht Europas, jenes Kontinents, auf dem sich immer noch mehr ökonomische Kraft konzentriert als auf jedem anderen Erdteil. Ein Pfund, mit dem Berlin wuchern könnte.

Eine Möglichkeit, dies zu tun und so den selbstherrlichen USA einen Denkzettel zu verpassen, wäre eine weitaus zugänglichere Haltung Berlins gegenüber Moskau. Ein Zusammengehen der großen Kontinentalmächte der eurasischen Landmasse zählt zu den finstersten Ängsten US-amerikanischer Geostrategen.

Dass Russland für manchen keine Musterdemokratie ist, sollte Berlin dabei relativ kaltlassen. Die USA suchen sich ihre Partner schließlich auch nicht nach solchen Kategorien aus, wie die Liste ihrer Verbündeten in der Welt verrät. Eine sichtbar freundlichere Haltung Berlins zu Moskau dürfte Washington aber eher dazu bewegen, mit den „deutschen Freunden" etwas pfleglicher umzugehen, als das hilflose deutsche Gejammer oder die immer bizarrer anmutende Servilität der Kanzlerin gegenüber den USA. Denn plötzlich erschiene die „Freundschaft" der Deutschen nicht mehr wie ein Selbstläufer, den es gratis gibt.



Mit ein wenig Freundlichkeit gegenüber Putin könnte sich Deutschland von den USA emanzipieren: Immerhin hat Merkel Außenminister Frank-Walter Steinmeier erlaubt, den russlandfreundlichen Gernot Erler zum neuen Russlandbeauftragten zu ernennen und somit Zeichen der Versöhnung nach Moskau gesendet

Bild: action press

Gastkommentar:

Mehr Baustellen als von der Leyen lieb sein kann

Von Dieter Farwick

Die 185 Seiten des Koalitionsvertrages sagen wenig zu der Sicherheitspolitik und zu der Bundeswehr. Immerhin gibt es drei „Festlegungen": ein „Ja" zu weiteren Auslandseinsätzen, ein „Nein" zu weiteren Reduzierungen des Streitkräfteumfangs, ein „Nein" zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Das Jahr 2013 hat gezeigt, dass die Abschaffung der Wehrpflicht ein schwerer Fehler war, der kaum zu korrigieren ist. Darüber hinaus können Streitkräfte mit einem Personalumfang von bis zu 185 000 Soldaten mit einem Verteidigungshaushalt von rund 31 Milliarden Euro jährlich nicht angemessen ausgebildet, ausgerüstet und versorgt werden.

Die Pleiten, Pech und Pannen in der Planung und Beschaffung von einsatzwichtigem Großgerät und Waffen hätten eigentlich ausreichen müssen, die politische Führung des Verteidigungsministeriums bereits vor der Wahl auszuwechseln. Für die Soldaten im Einsatz ist das Gewehr von besonderer Bedeutung. Wenn sie mit dem G36 ein Gewehr haben, das schon bei hohen Außentemperaturen oder beim Abschuss von Feuerstößen so heiß wird, dass die Treffgenauigkeit erheblich leidet, dann verlieren sie jedes Vertrauen in die militärische Führung, die seit Jahren von diesem unvorstellbaren Mangel weiß und natürlich auch in das Parlament, das „seine Armee" mit untauglichem Gerät in den Einsatz schickt.

> Bundeswehrreform hat mehr Probleme geschaffen, als behoben

Der Höchststand bei Beschwerden seit 50 Jahren, die dem Wehrbeauftragten vorliegen, belegen, wie schlecht die Stimmung in der Truppe ist. Die „Jahrhundertreform" ist bereits als gescheitert anzusehen. Da die beiden möglichen Stellschrauben „Personal" und „Verteidigungshaushalt" aber fest stehen, ist der Spielraum für wirksame Korrekturen äußerst gering.

War sich die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen dieser bitteren Ausgangslage bewusst, als sie der Kanzlerin dieses Ministerium abgepresst hat und den Amtsinhaber Thomas de Maizière, der das Amt offenkundig gerne behalten hätte, ausbootete? Von der Leyen hat den Machtpoker gewonnen, aber bei „Parteifreunden" tiefe Blessuren hinterlassen – auch bei der Kanzlerin, die von der Leyen eher nicht als ihre Nachfolgerin aufbauen will. Von der Leyens Geschlecht spielt bei dem ihr entgegengebrachten Misstrauen eine nachgeordnete Rolle, es ist vielmehr ihre Unerfahrenheit, die Kopfschütteln und Stirnrunzeln verursacht, sowie eine erkennbare Profilneurose.

Die gewaltigen Herausforderungen der nächsten Jahre kann von der Leyen nur bewältigen, wenn sie eine Mannschaft von Experten um sich schart, die ihr gegenüber loyal ist und das Haus und die wichtigsten Baustellen kennt. Ihre ersten Personalentscheidungen machen aber nicht den Eindruck, dass sie auf qualifizierte Berater setzt. So hat sie sich vornehmlich mit Vertrauten umgeben, die kaum über Kenntnisse in der Sicherheitspolitik verfügen und das Haus nicht kennen. Dafür hat sie den beamteten Staatssekretär Stéphan Beemelmans behalten, den Hauptschuldigen an der erwähnten Pannenserie.

Bisher ist nicht bekannt, ob von der Leyen einen entscheidenden Fehler ihres Vorgängers korrigiert: die Auflösung des Planungsstabes, einer Erfindung des einstigen Verteidigungsministers Helmut Schmidt. Seither galt der Planungsstab als Denkfabrik, Frühwarnsystem und als Minensuch- und -räumtrupp. Er war die einzige Adresse im Verteidigungsministerium, die ohne Partikularinteressen gearbeitet hat. Er hatte immer das große Ganze im Blick und nicht die jeweiligen Untereinheiten.

Ihr Start in der Truppe, genauer ihr schneller Besuch der Truppe in Afghanistan, war ein Erfolg in den Medien und begrenzt bei den Soldaten, für die ihr Auftritt ein Déjà-vu-Erlebnis war. Alle ihre Vorgänger haben bei den Truppenbesuchen den Einsatz der Soldatinnen und Soldaten gelobt und ihnen eine bessere Ausrüstung versprochen, die seit Jahren von den Truppenführern und vom Wehrbeauftragten gefordert wurde. Es geschah wenig und zu spät. Von den 54 gefallenen Soldaten könnten noch einige leben, wenn sie nach 2003 rechtzeitig mit dem angemessenen einsatzwichtigen Gerät ausgestattet worden wären – wie es bei Partnern im Einsatz geschehen ist. Es wird sich zeigen, ob von der Leyen ihren Schwerpunkt – bessere Ausrüstung für die Soldaten – besser realisiert als ihre Vorgänger.

Der entscheidende Mangel der Bundeswehr ist die seit Jahren andauernde Unterfinanzierung, die zu einem großen Investitionsstau und zu drastischen Reduzierungen bei einsatzwichtigem Gerät geführt hat. So wird das deutsche Heer der Zukunft weniger Soldaten haben als die Bundeswehrverwaltung Angestellte und Beamte hat und für die Landes- und Bündnisverteidigung lediglich über 220 Panzer und 81 Artilleriehaubitzen verfügen. Reicht das?

> Afghanistan-Besuch der Ministerin bereitete den Soldaten ein Déja vu

Ein brennendes Problem ist zudem die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs nach der de facto Abschaffung der Wehrpflicht. Mit ihren finanziellen Angeboten kann die Bundeswehr mit der Wirtschaft nicht mithalten. Darüber hinaus gibt es für die jungen Menschen nur wenige attraktive Standorte.

Von der Leyen muss – und das ist wichtigste Aufgabe eines Ministers – das Geld besorgen, um die Unterfinanzierung der Bundeswehr und ihrer Streitkräfte zu mildern. Wenn sie – was leider zu erwarten ist – nicht mehr finanzielle Mittel erhält, muss sie den Mut haben, den Personalumfang der Bundeswehr weiter zu reduzieren, sowohl bei dem zivilen Personal wie auch bei den Soldaten. Diese weitere Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte muss folgerichtig zu einer Reduzierung der Aufgaben der Bundeswehr führen.

Von diesem Thema ist es nicht weit zu den Problemen der Nato, die durch die Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa zugespitzt werden. Die Amerikaner haben frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass der geostrategische Schwerpunktwechsel vom Atlantik in den Pazifik Auswirkungen auf die US-Nato-Ausgaben in und für Europa haben würde. Gegenüber diesen Forderungen haben sich die europäischen Nato-Mitgliedstaaten weitestgehend taub gestellt und sich mit inhaltsleeren Floskeln wie „smart defense" und „pooling and sharing", die auf militärische Arbeitsteilung und engere Kooperation hinauslaufen, herausreden wollen. Die Zwischenbilanz ist verheerend. So müsste sich die Nato bereits heute mit der Situation „nach Afghanistan" beschäftigen. Welchen Beitrag will und kann Deutschland leisten? Welche Bündnisverpflichtungen oder Zusagen sind noch zu leisten? Die Nato muss Vorrang vor Verteidigungsanstrengungen der EU haben. Doppelausgaben müssen vermieden werden.

Als Verteidigungsministerin hat von der Leyen ein Alleinstellungsmerkmal: Als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden (Ibuk) entscheidet sie über das Leben und Sterben von Soldaten – von eigenen und von feindlichen. Sie muss den eigenen Soldaten die politischen, rechtlichen, militärischen und moralischen Voraussetzungen für das Töten im Einsatz schaffen und ihnen Rückendeckung geben. Hat sie persönlich die psychische Härte, mit gefallenen und verwundeten Soldaten als verantwortliche IbuK zu leben?

Die Bundeswehr ist keine „soziale Einrichtung", sondern hat im Kern eine Truppe, die mit bis zu 10 000 Soldaten im Einsatz sein kann.

Der Autor, Brigadegeneral a. D., war Chef des Amtes des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr und ist Autor des Buches „Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt", Osing-Verlag.

Schmidts Traum

Außenseiter mit Kultfaktor – Eine Fangemeinde sorgt dafür, dass der vor 100 Jahren geborene Arno Schmidt unvergessen bleibt

Schmidt – welch ein Jedermann-Name! Doch auch die Romanhelden bei Arno Schmidt sind lauter Jedermänner: pedantische Archivare und sammelwütige Spießer. Nur sein Werk selbst ist einzigartig und wird gut gehütet.

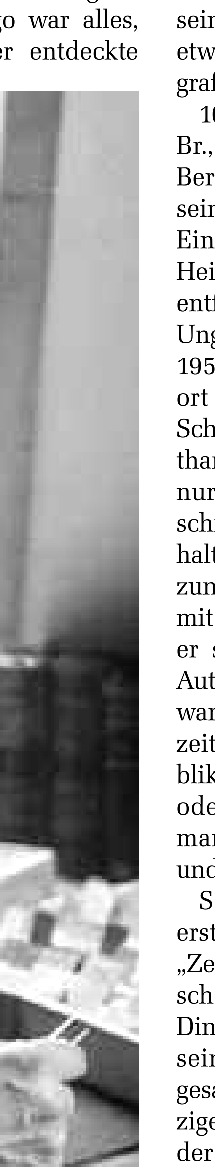
Am 18. Januar eines jeden Jahres pilgert eine Handvoll von Arno-Schmidt-Fans zu einem schmucklosen Haus am Rumpffsweg 27 im ebenso eintönigen Hamburger Arbeiterstadtteil Hamm. Vor einer an der Hauswand angebrachten Gedenktafel, auf der zu lesen ist, dass an dieser Stelle bis zu seiner Zerstörung im Bombenkrieg von 1943 das Geburtshaus von Schmidt stand, huldigt die kleine Schar ihrem Idol mit einem Schnaps, den das Stadtteilarchiv Hamm spendiert.

„Schmidtianer“ nennen sich die Anhänger des vor 100 Jahren als Sohn eines Polizisten geborenen Schriftstellers selbst. Es gibt wohl kaum einen anderen Nachkriegsautor mit einer ähnlichen Fangemeinde, die ihn in eigenen Jahrbüchern und Fachzeitschriften ehren. Oder haben Sie schon einmal von den Böllianern, Grassianern oder Walserianern gehört? Keine Frage: Seit seinem Tod wird um Arno Schmidt ein Kult betrieben, der schon an Heldenverehrung heranreicht. Es hilft, dass sein enigmatisches Werk nie hohe Auflagen erlebt hat, denn das erhöht die Exklusivität der kleinen Gemeinde von Schmidt-Verstehern, die wie Geheimbündler in akademischen Zirkeln auftreten und für die jede Literatur jenseits von Schmidt nur noch triviales Niveau besitzt.

Mit der Arno-Schmidt-Stiftung in Bargfeld gibt es eine Kultstätte, in der das Werk Schmidts wie ein Schatz gehütet wird. Es war der Zigarettenerbe, Mäzen, Literaturfreund und das Entführungsopfer Jan Philipp Reemtsma, der diese Stiftung ins Leben rief. In den 1970er Jahren begegnete er Schmidt in seiner abgeschiedenen Klause in der Lüneburger Heide und unterstützte ihn finanziell. Dank der mittels der Stiftung über Schmidts Tod – er starb 1979 in Celle – hinausreichenden Förderung wird die Erinnerung an einen Autor aufrechterhalten, der es sonst schwer gehabt hätte, sich in einem gleichförmigen Literatur-Allerlei zu behaupten, die zum Teil noch bis heute von Autoren der Gruppe 47 geprägt ist.

Schmidt schlug Einladungen zu Lesungen der Gruppe 47 stets aus. Auch hier war er ein Außenseiter, Adenauerzeit einließen, fanden lobende Worte. Schmidts Sprachspiele jenseits jeder Duden-Norm, seine am Ende konservativen Ansichten und seine Spießerhelden, die wie er in den Romanen ein kauziges Einzelgängerdasein führen, waren den Feuilleton-Mandarins zuwider.

Schmidts Heimat war, wie Bernd Rauschenbach, der Leiter

Herr der Zettel: Wörtersammler Arno Schmidt vor seinen Zettelkästen Bild: Arno-Schmidt-Stiftung

der sich nie einer Partei, Gruppe oder – als Atheist – einer Gemeinde anschloss. Führende Kritiker wie Marcel Reich-Ranicki, Walter Jens, Walter Höllerer oder Joachim Kaiser, die im Dunstkreis der Gruppe 47 wirkten, ignorierten ihn weitgehend. Nur die, die sich wie Böll und Co. auf Vergangenheitsbewältigung und Kritik der der Arno-Schmidt-Stiftung, betont, die Literatur. Das Leben, die (kinderlose) Ehe mit Alice Schmidt, Freunde – das alles spielte nur die zweite Geige. Da er sich ganz der Kunst verschrieb, inszenierte sich Schmidt als mürrisch, unsozial, abweisend. Der Dichter Peter Rühmkorf kommentierte eine Szene, als Schmidt 1964 nach dem Empfang des Fontane-Preises unverhofft in eine Feier hereinrauschte und „mit seinem wetter- und menschenabweisenden Kradmeldermantel“ sofort auf die Spaßbremse trat: „Es war kein Vergnügen und alles andere als ein pläsierliches Stück, diese maskenhafte Selbstaufführung.“

Das literarische Ego war alles, was zählte. Das aber entdeckte Schmidt relativ spät. Sein Debüt als Autor gab er erst im Alter von 35 Jahren mit der Erzählung „Leviathan“ von 1949. Sicher, die Kriegszeit, in der er als Soldat in Norwegen war, hinderte ihn daran, früher schriftstellerisch zu reüssieren. Und vor dem Krieg arbeitete er als Lagerbuchhalter in einer Textilfabrik im schlesischen Greiffenberg. Dort in Schlesien, der Heimat seiner Mutter, lebte Schmidt seit dem Tod seines Vaters 1928. Sein Faible für Mathematik, Astronomie und Landvermessung sorgte dafür, dass er eine Berechnung für eine Logarithmentafel durchführte. Diese Zahlenpedanterie findet sich in seinen Werken wieder, wenn er etwa Orte mit den exakten geografischen Koordinaten ausweist.

10° 20‘ 53“ ö. L., 52° 42‘ 20“ n. Br., so lautet nach Schmidts Berechnungen die exakte Position seines Hauses in Bargfeld. In die Einsiedelei in der Lüneburger Heide – nur wenige Kilometer entfernt passierte 1998 das ICE-Unglück von Eschede – zog er 1958. Es war der ideale Rückzugsort eines Eremiten, bei dem die Schreibmaschine seit dem „Leviathan“ heiß lief. Da seine Werke nur kleine Auflagen erlebten, schrieb er sich zum Lebensunterhalt die Finger wund mit Übersetzungen aus dem Englischen und mit Rundfunkdialogen, in denen er seine Vorliebe für vergessene Autoren, die ebenso verschroben waren wie er, zur besten Sendezeit dem damaligen Hörfunkpublikum präsentierte: Nicht Goethe oder Schiller, sondern Oppermann, Schefer, Motte-Fouqué, und Wezel waren seine Heroen.

Schmidts Ruhm begann aber erst 1970 mit dem Opus magnum „Zettels Traum“. Es ist ein gigantisches Werk mit 1334 Seiten im Din-A3-Format, in dem Schmidt seine ganzen in Karteikästen gesammelten Zettel zu einem einzigen sprachlichen Jux verrührte, der nur vom irischen „Ulysses-Autor“ James Joyce, dem Schmidt ebenfalls einen Radioessay gewidmet hatte, übertroffen wird. Weil das damals im faksimilierten Typoskript Schmidts veröffentlichte Werk – anders ließ es sich nicht drucken – zehn Kilo wog und 298 D-Mark kostete, kursierten rasch günstige studentische Raubdrucke. Der Reiz des Illegalen sorgte so mit für die akademischen Weihen des Werks und für den seitdem anhaltenden Kult um diesen modernen Heimat- und Heidedichter. *Harald Tews*

Literatur als Heimat

Bernd Rauschenbach, Leiter der Arno-Schmidt-Stiftung in Bargfeld, im Gespräch mit der *PAZ* über Werk und Wirkung von Arno Schmidt.

PAZ: *Geboren in Hamburg, aufgewachsen in Schlesien, gelebt in der Lüneburger Heide – wo war seine Heimat?*

Rauschenbach: Schmidts „Heimat“ war (eigenem Bekunden zufolge) die Literatur. Als Person fühlte er sich am wohlsten im norddeutschen Flachland. Die schlesischen und alle anderen Berge waren ihm zuwider.

PAZ: *Schmidt gilt als unpolitischer Autor. Stimmt das?*

Rauschenbach: Schmidt gilt sehr wohl als politischer Autor – zumindest in seinen Werken aus den 50er bis in die erste Hälfte der 60er Jahre hinein. In „Das steinerne Herz“ hat er als erster die deutsche Teilung thematisiert und das Schicksal einer Vertriebenen erzählt. Im letzten Roman „Abend mit Goldrand“ heißt es: „In der Jugnd iss ‚links‘ normal ... Wogegn man im Alter eingesehen hat, daß ‚Zerstören‘ unverschämt viel leichter iss als ‚Aufbauen‘; und man sich ergo zum ‚Erhaltn‘ entschließt: das aber heißt, mit dem Fremdwort, ‚conservativ‘– nich ‚rechts‘.“

PAZ: *Hat Schmidt für die heutige Generation noch eine Bedeutung?*

Rauschenbach: Kunst hat immer Bedeutung. Ob sie „für“ jemanden Bedeutung hat, muss dieser Jemand für sich entscheiden.

PAZ: *Wen liest man in 100 Jahren häufiger: Schmidt oder Böll/Walser/Grass?*

Rauschenbach: Wenn in 100 Jahren noch Bücher gelesen werden, dann sicherlich die von Arno Schmidt.

Vater der Moderne

Picasso sah ihn als Vorbild für die Malerei des 20. Jahrhunderts: Paul Cézanne, der vor 175 Jahren geboren wurde

Am 19. Januar 1839 kommt in Aix-en-Provence Paul Cézanne zur Welt. Mit wütendem Ungestüm wird der junge Mann aus der südfranzösischen Provinz in der überfeinerten Hauptstadt Paris später um den Erfolg ringen. Als „Couillarde“ – „Klötenmanier“ – bezeichnete er seine frühen roh hingestrichenen Bilder. Gemeint ist eine virile Malerei, deren testosteronhaltiger Stil eher unterhalb der Gürtellinie lag.

Mit Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs ging er wieder in den Süden. Während er in der Landschaft um die Bucht von L'Estaque malt, wird er in Aix als Wehrdienstverweigerer gesucht. In der zweiten Hälfte der 1870er Jahre wandelt sich der Furor zu klassischer Ausgewogenheit. Eigenem Bekunden nach malt er nicht nach dem Motiv, sondern vor dem Motiv. Das Ziel ist keine Abbildung, sondern eine harmonische Ordnung in Anlehnung zur Natur. Mit formbestimmender Farbmodulation statt mit augentäuschender Modellierung will er das Sichtbare erfassen. Nicht die Zentralperspektive, sondern der Eindruck wirklicher Augenwahrnehmung bestimmt seine Darstellungen. Künstlerische Ideale erkennt er in Tintoretto und Veronese, dessen Abendmahl Napoleon auf seinen Beutezügen aus San Giorgio Maggiore in Venedig in den Louvre verschleppt hat.

Heute wird Paul Cézanne als Säulenheiliger der modernen Kunst angesehen. Doch nichts ist verkehrter als das. Es gibt die Anekdote, dass er wutschäumend ein Bankett verlassen hat, welches die jüngeren Künstler ihm zu Ehren ausrichteten. Vielleicht nicht ganz grundlos fühlte er sich verhöhnt. Er gilt dem Gemeinverstand als ein Maler, der mit Konventionen der bildnerischen Darstellung seiner Zeit gebrochen hat. Aber welcher bedeutende Künstler seit Giotto hat das nicht getan? In dieser sinnlichen Erneuerung liegt die dauernde Vitalität großer Meisterwerke begründet.



Cézanne: Selbstporträt (um 1890) Bild: Archiv

Der gewiefte Dekorateur und Selbstdarsteller Pablo Picasso verkündete: „Cézanne! Cézanne war unser aller Vater.“ Den wahren Umständen näher kommt Henri Matisse, wenn er ihn als den „lieben Gott der Malerei“ bezeichnet. Wenngleich er auch keine direkten Schüler hatte, schwebt doch sein Genius über der Kunst bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Der Bologneser Maler Giorgio Morandi und der Schweizer Bildhauer Alberto Giocometti können als ernsthafte Enkelschüler Cézannes angesehen werden.

Als der Maler endlich das väterliche Erbteil erhält, zieht er sich aus der Pariser Szene ganz zurück und bricht sogar mit Émile Zola, dem Schriftsteller-Freund aus Kindertagen. Neben Degas, Renoir und Rodin wittert auch Cézanne die Gefahr einer materialistischen Massendemokratie für die elitäre und aristokratische Angelegenheit der Kunst. Das erinnert an Goethes Wort, er könne eher eine Ungerechtigkeit als eine Unordnung ertragen.

Cézanne lebt anspruchslos, fast asketisch. 1897 erhält der 58-jährige Maler Museumsweihen. Nicht in der Heimat ereignet sich das, wo seine Malerei hinter den gefälligeren Hervorbringungen der impressionistischen Kollegen in der Wertschätzung weit zurückblieb (eine Woche vor seinem Tod meinte er noch: „Alle meine Landsleute sind Arschlöcher neben mir“). Es war Hugo von Tschudi der für die Berliner Nationalgalerie das Gemälde „Die Mühle an der Couleuvre bei Pontoise“ (1881) ankaufte, das heute noch dort hängt. Vier Jahre danach veranstaltet die Kunsthandlung Cassirer in Berlin eine Werkschau. 1906 macht der Sammler und Museumsgründer Karl Ernst Osthaus einen Besuch in Aix von dem er berichtet: „War es Höflichkeit dem Deutschen gegenüber, dass er Holbein an die Spitze aller Meister stellte? Jedenfalls tat er es mit solcher Emphase, dass man an seiner Überzeugung nicht wohl zweifeln konnte. ‚Aber Holbein ist unerreichbar‘, rief er aus, ‚und darum habe ich mich an Poussin gehalten‘.“

Erster Cézanne im Berliner Museum

Im Herbst des gleichen Jahres starb der unermüdliche Kunstarbeiter in Aix. In der Landschaft malend wurde er wenige Tage zuvor vom Gewitter überrascht und verlor das Bewusstsein. Einige Tage später erlag er einer Lungenentzündung. *Sebastian Hennig*

MELDUNG

Baltische Extase in Berlin

Berlin – Am 22. Januar gibt das Baltic Youth Philharmonic Orchester um 19.30 Uhr sein Debütkonzert in der Philharmonie Berlin. Unter der Leitung des in Reval geborenen Dirigenten Kristjan Järvi lädt das multinationale Ensemble zu einer „German-Russian Voyage“ – einer deutsch-russische Reise – ein. Das Programm schlägt eine Brücke zwischen beiden Ländern: Sergej Prokofjews Klavierkonzert Nr. 1 und Johann Sebastian Bachs Konzert für Violine und Orchester a-Moll werden umrahmt von Werken von Richard Strauss (Don Juan op. 20) und Alexander Scriabin (Le Poème l'Extase). Die Solisten sind Julia Fischer (Violine) und Denis Matsuev (Klavier). Das Nachwuchsensemble verbindet künstlerisch nicht nur die begabtesten Musikstudenten im Alter von 18 bis 30 Jahren, sondern auch die mannigfaltigen Kulturen der Staaten rund um die Ostsee. *tws*

Eintrittskarten auf allen Plätzen für 16 Euro sind erhältlich unter www.eventim.de oder Telefon (01806) 570070.

Mit dem Schwert für das Kreuz

Karl der Große legte den Grundstein für Europa und die Alphabetisierung – Zwangschristianisierung war für ihn Mittel zum Zweck

Für das, was dieser Mann in seinem Leben bewegte, wären nach gewöhnlichen Maßstäben mindestens zehn Leben notwendig gewesen. Und für die ihm angedichteten Taten benötigte er noch einmal zehn Leben. Aber auch Karl der Große hatte nur ein Leben, das währte von vermutlich 747 oder 748 bis zum 28. Januar 814. Das alljährlich am Todestag in Aachen und Frankfurt zelebrierte Karlsamt nach einer Liturgie aus dem 15. Jahrhundert dürfte in diesem 1200. Todesjahr feierlicher als gewöhnlich ausfallen.

Den Beinamen „der Große“ erhielt Karl I., der Herrscher aus dem Geschlecht der Karolinger, erst weit nach seinem Tod. Als wahrhaft europäischer Herrscher führte er auch seinen Namen europäisch: Carolus Magnus im Lateinischen, Charlemagne im Französischen und im Englischen. Der markanteste Herrscher des Mittelalters prägte Europa in seinen politischen Grenzen und seiner geistigen Form. Er war ein Mann des Krieges und der kulturellen Reformen zugleich. Mit ihm beginnt die Nationalgeschichte sowohl der Deutschen als auch der Franzosen.

Die ersten Jahre des Frankenkönigs und ersten „römischen Kaisers“ liegen im Dunkeln. Weder sind sein genaues Geburtsjahr noch sein Geburtsort bekannt. Sein Großvater war der Hausmeier Karl Martell, sein Vater der spätere König Pippin, die Mutter Bertrada. Als Karl etwa sechs Jahre alt war, wurde er 754 gemeinsam mit seinem Vater Pippin und seinem Bruder Karlmann in Saint-Denis von Papst Stephan II zum fränkischen König gesalbt. Der Vater starb am 24. September 768. Er hatte eine Teilung des Reiches verfügt, beide Söhne sollten als Könige herrschen. Dem älteren Sohn Karl wurde der größere Teil zugesprochen, Austrasien mit den Gebieten um Rhein, Maas und Mosel sowie Neustrien, dem Land zwischen Loire und Schelde. Karlmann erhielt Frankoburgund mit der Provence, dem Elsass und Alamannien. Nur drei Jahre später starb Karlmann, Karl wurde zum Alleinherrscher über das gesamte Reich.

Krieg herrschte eigentlich immer. Europa war aus den Fugen geraten. Aquitanien versuchte sich aus dem Frankenreich zu lösen, in Norditalien stritt die Kirche mit den Langobarden, in Spanien weiteten die Sarazenen ihre Herrschaft aus, von Osten fielen die Awaren ein. Karl I. sah das Reich der Franken in Gefahr. Um seine Herrschaft zu festigen, führte er zum Teil mehrere Kriege gleichzeitig. Er holte das aufmüpfige Aquitanien zurück unter seine Herrschaft und machte sich bei der Gelegenheit 769 auch die Gascogne untertan.

Tod des Bruder machte ihn zum Alleinherrscher

Gegen die Sachsen zog Karl I. 772 erstmals zu Felde, ursprünglich, um die unruhigen Grenze zu befrieden. In den bis 804 geführten Kriegen ging es aber bald um die vollkommene Unterwerfung und Zwangschristianisierung der Sachsen.

Im Kampf gegen die Langobarden in Norditalien waren die Frankenkönige durch den Heiligen Stuhl um Hilfe gebeten worden. Gar nicht päpstlich hatte Papst Stephan III. die Langobarden als treulose und stinkende Nation bezeichnet, von der gewiss die Aussätzigen abstammten. Die Franken eroberten 774 Pavia, setzten den König ab und ließen Karl I. zum neuen König krönen

Der Kriegsruhm des Franken verbreitete sich rasch. Auch bis Spanien. Von dort rief 778 der Emir von Saragossa, Suleiman ibn al-Arabi, um Hilfe im Kampf gegen Abd ar-Rahman I., Emir von Cordoba. Statt die Mauren ihre Händel unter sich ausmachen zu lassen, zog Karl I. über die Pyrenäen, stand aber in Saragossa als Helfer vor verschlossenen Toren. Emir al-Arabi hatte sich die Sache anders überlegt. Den Franken blieb nur der Rück-zug. In der Schlacht von Roncesvalles wurde ein großer Teil des fränkischen Heeres von den Sarazenen vernichtend geschlagen. Dennoch gelang es, den Herrschaftsbereich der Franken zeitweise bis Barcelona auszuweiten.



Karl der Große: Vielweiberei brachte ihn bei der Kirche in Verruf Bild: action press

Auch mit der Selbstständigkeit Bayerns war bald Schluss, das Herzogtum kam 788 unter die fränkische Herrschaft. Damit war der letzte Baustein zum späteren Heiligen Römischen Reich gesichert. Für die damaligen Verhältnisse waren die Verbindungen des fränkischen Hofes weltumspannend. Kein Wunder, dass Latein die verbindliche Verständigung im babylonischen Sprachenwirrwarr bei Hofe war. Die Großen der Welt warben um das Wohlwollen Karls. Aus Bagdad sandte Kalif Harun ar-Raschid einen Elefanten, der hörte auf den Namen Abul Abbas. Aus Rom sandte Papst Leo III. den Schlüssel zum Grab Petri und das Banner Roms. Er war dringend auf die Hilfe Karls angewiesen, denn in Rom wurden schwere Vorwürfe wegen Ehebruchs und Meineids gegen ihn erhoben. Nach einem versuchten Anschlag 799 floh Leo III. nach Paderborn zu Karl. Möglicherweise wurde bei dieser Gelegenheit die Krönung Karls zum Kaiser abgesprochen.

Leo III. wurde nach Rom zurückgeschickt. Der König folgte im Jahr 800. Am Weihnachtstag wurde Karl I. im Petersdom von Leo III. zum Kaiser, „das römische Reich regierend“, gekrönt. Seit 476 Romolus Augustulus abgesetzt wurde, hatte niemand mehr diesen Titel getragen. Als Anerkennung des neuen Schutzherrn übersandte der Patriarch von Jerusalem die Schlüssel des Heiligen Grabes.

In Byzanz allerdings, wo der Titel des oströmischen Kaisers bis zu diesem Zeitpunkt überdauert hatte, war man vorerst nicht bereit, einen neuen Mit-Kaiser anzuerkennen. Erst nach langem Streit, bei dem es auch um die Herrschaft über Venetien und Dalmatien ging, gab Byzanz nach. Eine nach Aachen gesandte Delegation huldigte 812 Karl als „Kaiser“. Das kostete ihn allerdings Venetien und Dalmatien.

Papst erhob ihn zum Kaiser

Der Kaiser hatte ohnehin genug mit seinen Grenzen und Volksstämmen im Norden zu tun. Zwar hatte er die Elbe als Grenze seines Reiches bestimmt, aber nach Überfällen der Dänen dehnte er sie bis an die Eider aus. Die Grenze im Osten wurde mit dem Limes Saxoniae gesichert.

Um das erheblich erweiterte Reich regierbar zu machen, ordnete Karl I. das Staatswesen grundlegend. Dabei setzte er auf schriftliche Anordnungen und Erlasse, die von Königsboten übermittelt wurden. Das setzte allerdings die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben voraus. Die Kirche erhielt den Auftrag, Schulen zu gründen. Die Verwaltung lag vor allem in den Händen der Grafen.

Karl I. ließ für sein Reich eine überwiegend einheitliche Rechtsprechung erarbeiten und ordnete die Struktur der Kirche neu. Er schaffte die Bindung des Geldes an das Gold ab und führte den Silberdenar als allgemein gültige Währung ein.

Auch anderweitig war Karl I. ein vielbeschäftigter Mann. Er ging fünf Ehen ein, nahezu jede war fruchtbar – und politisch motiviert. Zudem sind vier Nebenfrauen namentlich bekannt, wahrscheinlich sind es deutlich mehr gewesen. Auch ihnen war reicher Kindersegen zu verdanken.

47 Jahre herrschte Karl der Große. Als er am 28. Januar 814 in Aachen starb, ist er 67 oder 66 Jahre alt gewesen. Er wurde in der Pfalzkapelle beigesetzt.

Wegen seiner Vielweiberei sah ein Reichenbacher Mönch in einer Vision Karl I. in der Hölle schmoren. Kaiser Friedrich Barbarossa war es, der 1165 gewissermaßen den Franken von der Höllenpein befreite und ihn durch den Kölner Erzbischof Rainald von Dassel heiligsprechen ließ. Der Papst in Rom wollte das nicht gelten lassen, während ein Gegenpapst die Sache für in Ordnung befand. Später lenkte Rom ein und gestand Karl dem Großen die Verehrung als Seligem für die Bistümer Aachen und Osnabrück zu.

Klaus J. Groth

Geschichte als Geschäftsmodell

Norddeutscher Unternehmer entdeckt für sich die Hamburger Sturmflut von 1962 als Thema und eröffnet Erlebnis-Ausstellung

Orkantief Xaver erinnert Hamburg an die Sturmflut von 1962“, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ am 4. Dezember 2013. „08:49 Uhr: Hamburger Hochwasser höher als bei Sturmflut 1962“, vermeldete „Die Welt“ am 6. Dezember. Der seit zweieinhalb Jahren in der Hamburger Hafen-City wohnende Wolfgang Mansen nahm diese Meldung keineswegs mit Sorge zur Kenntnis. Heute, nachdem das Unwetter für die Hansestadt glimpflich ausgegangen ist, scherzt er gar, dass er Xaver als begleitendende Marketing-Maßnahme bestellt habe, schließlich habe sein Museum „Naturgewalten. Die Flut. Erlebnisausstellung Sturmflut 1962“ am 1. Dezember eröffnet. Doch der 56-Jährige ist auch ein kühl kalkulierender Unternehmer, der, nachdem er vor Kurzem seine Firma erfolgreich verkauft hatte, auf der Suche nach einem neuen Projekt die Katastrophe von 1962 für sich entdecke. Naturgewalten hatten den an der Nordseeküste Aufgewachsenen schon von Kindesbeinen an fasziniert und da er die Sturmflut vom Februar 1962, bei der 340 Menschen den Tod fanden, 20000 obdachlos wurden und ganze Teile Hamburgs komplett unter Wasser standen, zu wenig gewürdigt fand, machte er diese zu seiner neuen Aufgabe.

„Ich finde es absolut beeindrukkend“, lobt eine aus Köln stammende Touristin das Ergebnis von Mansens Arbeit. „Ich bin selbst 1962 geboren und fühlte mich sofort in einer vertrauten Umgebung als ich das Wohnzimmer im Stil der 60er Jahre am Anfang der Ausstellung betrat. Und dann plötzlich wird man von der heilen Welt ins Chaos gestürzt“, so die Ausstellungsbesucherin weiter. Sie belegt damit unbewusst, dass Mansen sein Ziel erreicht hat. Der Unternehmer sieht Geschichte auch als Erlebnis, er will nicht nur aufklären und informieren. Für ihn zählt nicht nur die rationale, sondern auch die emotionale Ebene. Und so beginnt die Ausstellung mit einem 60er Jahre Wohnzimmer, in dem ein Schwarzweiß-Fernseher die damals bei einem Millionenpublikum beliebte Serie „Familie Hesselbach“ zeigt. Eine Informationstafel an der Wand erklärt, warum diese Serie vielen Hamburgern zum Verhängnis wurde, denn da der NDR die Sendung nicht für eine Sturmflutwarnung unterbrechen wollte, erfuhren viele gar nicht oder zu spät von dem heranziehenden Unwetter.

Kurz darauf steht der Ausstellungsbesucher schon in einem Windkanal. Künstlerisch ansprechend, dafür aber weniger informativ, sind Koffer, ein Kinderwagen und Ähnliches entlang des Weges drapiert. Am Boden installierte Bildschirme zeigen historische Aufnahmen von Hochwasser. Es folgt eine Collage aus Bildschirmen, die Nachrichtensendungen von damals abspielen. Informationstafeln zeigen die Chronologie der Katastrophe, aber auch deren Schäden und regional unterschiedliche Auswirkungen. Während man Fotos von auf Hausdächer geflüchteten Menschen betrachtet, kann man Berichten von Zeitzeugen lauschen. So schildert beispielsweise eine Wilhelmsburgerin, wie sie als Kind die Flut erlebt hat. Auch über den Einsatz verschiedener Hilfskräfte und den Einsatz der Bundeswehr im Innern wird informiert. Einige nachgestellte Szenen zeigen, wie angesichts des zusammengebrochenen Telefonnetzes in den betroffenen Stadtteilen die Retter via Amateurfunk miteinander kommunizierten.





Opfer von Naturgewalten: Zeitzeugenberichte vermitteln einen Eindruck von dem Chaos, das damals herrschte Bilder (2): Bel

Mansen setzt bewusst auf eine einfache Darstellung. Er will die Besucher nur an das Thema heranführen, nicht mit Informationen überfrachten. Zwei Litfaßsäulen mit alten Zeitungsseiten haben es trotzdem in sich. „Ich verlor meine fünf Kinder“, lautet die Überschrift des wohl berührensten Berichtes. Hierin erzählt ein Vater, wie er mit seiner Frau und den sieben Kindern aus der Wohnung vor der Flut floh. Seine Frau nahm den Jüngsten im Babywagen, er selbst führte die Schlange seiner sich einander festhaltenden anderen Kinder an. Mehrere Autos fuhren mit Möbeln beladen an der Familie vorbei, niemand hielt an, um sie mitzunehmen. Und dann brach der Deich und das Wasser riss die Kinder mit sich. Er selbst konnte nur das Kind retten, dessen Hand er hielt und seine Frau den Säugling, alle anderen ertranken.

Es sind Berichte wie dieser, die einen Eindruck davon vermitteln, welche Ausmaße und Folgen der fehlende Hochwasserschutz damals hatte. Sie zeigen aber auch, dass der Mensch lernen kann, denn inzwischen wurde viel in Deiche investiert, daher kostete Xaver 2013 in Hamburg kein einziges Menschenleben.

Eine Sonderausstellung zu den Folgen der sogenannten Klimakatastrophe in der Antarktis beleuchtet einen weiteren Aspekt des Oberthemas Naturgewalten. Doch im Vergleich zu der Sturmflut-Ausstellung wirkt dieser Teil sehr steril. Mehr Begeisterung erzielt Mansen mit seiner Sandmalerei-Show, bei der im gleichen Gebäude mit Sand, Licht und Musik Hamburger Motive in Szene gesetzt werden. Die zwei Stunden dauernde Show ist oft ausgebucht und ist mit 19 Euro ähnlich wie die zwölf Euro teure Ausstellung kein günstiges Erlebnis. Doch der Unternehmer will neben Hamburgern auch zahlungskräftige Touristen anlocken, und mit seinem Mix aus Ausstellung, Show, Café und Räumlichkeiten für Firmenfeiern und Hochzeiten will er in erster Linie Geld verdienen.

Rebecca Bellano

Wichtigster Industriepionier des Ostens

Mit 23 Jahren war der vor 200 Jahren geborene Ferdinand Schichau bereits ein erfolgreicher Unternehmer

In diesen Tagen jährt sich zum 200. Male der Geburtstag des größten Industriepioniers, den der deutsche Osten hervorgebracht hat: Am 30. Januar 1814 wurde in Elbing Ferdinand Schichau geboren, der spätere Begründer der Schichau-Werft mit ihren Zweigwerken in Königsberg und Danzig.

Ferdinand Schichaus Vater Carl Jacob war Maurer in Elbing und wurde später Gelbgießermeister, seine Mutter Anna war die Tochter eines Kornmessermeisters. Erst vom zehnten Lebensjahr an besuchte der Sohn Gottlob Ferdinand die Elbinger Volksschule, gleichzeitig aber auch die „Cantor- und Organistenschule zum heiligen Leichnam“, wo er Klavier- und Orgelunterricht erhielt. Nach dem Abschluss der Schule machte er eine Schlosserlehre, wo man seine Begabung für den Maschinenbau erkannte. So bekam Schichau mit Genehmigung des Königs ein Freistudium am Königlichen Gewerbe-Institut in Berlin, aus dem sich später die Gewerbeakademie und die Technische Hochschule entwickelten. Noch war es allerdings nicht so weit, denn die Aufnahmebedingungen waren streng und der Volksschulabschluss allein reichte dafür nicht aus. So hieß es für Schichau, noch eine weiterführende Schule zu besuchen, bevor er 1832 in Berlin mit dem Studium beginnen konnte. Hier zeigte sich Schichaus herausragende fachliche Begabung. Als es nach drei Jahren an die Prüfungen ging, erhielt er im Entwerfen von Maschinen den ersten Preis.

Nach dem Studienabschluss beschäftigte man ihn zunächst in der Metallwerkstatt des Instituts, dann schlossen sich Wanderjahre an, in denen er das Rheinland und das zu jener Zeit im Maschinenbau führende England kennenlernte. Nach Elbing zurückgekehrt, eröffnete Schichau am 4. Oktober 1837 in der Altstädtischen Wallstraße 10 eine Maschinenbauanstalt. Zu dieser Zeit war er gerade 23 Jahre alt. Die ersten Aufträge waren Reparaturarbeiten. Das Geld, das er damit einnahm, wurde nicht auf die hohe Kante gelegt, sondern floss als Investition in den Betrieb. Drei Jahre darauf baute er die erste Dampfmaschine, die als Kraftmaschine im eigenen Unternehmen aufgestellt wurde, und 1854, 17 Jahre nach der Gründung, beschäftigte die nunmehrige „Maschinenfabrik und Eisengießerei F. Schichau“ schon 70 Arbeitskräfte. Das Werk umfasste Gießerei, Maschinenhalle, Schmiede und Montagehalle. Im gleichen Jahr kaufte der weitblickende Schichau die Elbinger Holzschiffswerft Mitzlaff auf und stellte sie auf Eisenschiffbau um. Das Jahr 1859 brachte den ersten Bauauftrag für eine Lokomotive, dem so viele folgten, dass sich 1870 die Notwendigkeit zum Bau der Lokomotivfabrik Trettinkenhof ergab.



Schichau-Werft in Elbing: 1837 fing alles mit einer Reparaturwerkstatt an, 1854 beschäftigte die Maschinenfabrik bereits 70 Mitarbeiter, 1859 wurde die erste Lokomotive gebaut und bald darauf begann der Bootsbau Bild: Archiv

Gut entwickelte sich auch die Werft, auf die bald die junge Kaiserliche Marine aufmerksam wurde, die 1877 den ersten Auftrag für das Kanonenboot „Otter“ erteilte. Dann kamen allmählich die Torpedoboote auf, und bis zur Jahrhundertwende hatte die Schichauwerft allein für die deutsche Marine nahezu 100 Torpedoboote fertiggestellt. Sie waren kenntlich am „S“ vor der Bootsnummer, und das wohl berühmteste wurde „S 90“, das 1914 bei der Verteidigung des deutschen Stützpunktes Tsingtau in China sein Ende fand. Auch die Flotten der Vereinigten Staaten, Japans, Chinas und anderer Nationen bestellten vor dem Ersten Weltkrieg in zunehmender Zahl ihre Torpedoboote bei Schichau in Elbing, während Russland sogar Kreuzer orderte. Der Anteil der Kriegsschiffe am gesamten Schiffbauprogramm betrug jedoch nur etwa 40 Prozent.

Vier Jahre vor seinem Tode erlebte Schichau noch die Eröffnung der Schichauwerft in Danzig, zu deren Gründung die tatkräftige Initiative seines Schwiegersohnes Carl H. Ziese beigetragen hatte. Die Danziger Werft war für den Großschiffbau bestimmt. Später folgte eine weitere Werft in Königsberg. Zu Lebzeiten Schichaus entstanden in seinen Betrieben rund 1650 Dampfmaschinen, 1850 Dampfkessel, 50 Dampfbagger, 800 Lokomotiven und 500 Handelsschiffe. In den folgenden Jahrzehnten vergrößerte sich diese Zahl noch erheblich. Bei allem Erfolg blieb Schichau stets von natürlicher Schlichtheit. Er wurde Königlich preußischer Kommerzienrat und Geheimer Kommerzienrat, aber es war ihm entschieden lieber, wenn man ihn einfach mit „Herr Schichau“ ansprach. Frühzeitig schon schuf er eine Betriebsordnung, eine Betriebskrankenkasse und eine Pensionskasse, dazu Arbeitersiedlungen und Beamtenwohnungen und all das zu einer Zeit, wo so etwas noch nicht selbstverständlich war.

Am 23. Februar 1896 schloss Gottlob Ferdinand Schichau im Alter von fast 82 Jahren für immer die Augen. Sein Werk aber lebte bis zum Zusammenbruch 1945 weiter. Die Lokomotivenfabrik wurde nach Kriegsende demontiert, die Maschinenfabrik von den Polen als volkseigener Betrieb weitergeführt und die Schichau-Werft in Danzig mit der Danziger Werft zur Lenin-Werft zusammengeführt. Im Jahre 1950 gründete der ehemalige Schichau-Generaldirektor Hermann Noe in Bremerhaven die Schlepperwerft F. Schichau AG, die 1972 mit der Schiffbau-Gesellschaft Unterweser GmbH zur Schichau-Unterweser AG fusionierte und sich auf Spezialschiffe, insbesondere Fähren, konzentrierte. 1984 kam das Unternehmen in den Vulkan-Verbund und wurde 1988 mit der Seebeckwerft zur Schichau-Seebeck AG zusammengelegt, die 1996 infolge der Pleite des Bremer Vulkan ebenfalls insolvent wurde.

Mit dem Konkurs des Nachfolgeunternehmens, der SSW Schichau Seebeck Shipyard GmbH verschwand der Name Schichau, einst Synonym für höchste Qualität im Maschinen- und Schiffbau und eine kluge Geschäftspolitik, 2008 endgültig vom Markt. Da hatte das von Ferdinand Schichau gegründete Unternehmen 170 Jahre deutsche Industriegeschichte mitgeprägt. Schichaus Wahlspruch erfuhren die Elbinger erst vier Jahre nach seinem Tod anlässlich der Enthüllung des von Wilhelm Haverkamp geschaffenen Schichau-Denkmals. Er lautete: „Ich habe den mir unter Gottes Beistand zuteil gewordenen Besitz nach bestem Wissen und Können haushälterisch zu verwalten.“ Das hat Ferdinand Schichau in der Tat stets getan

HUS/J.H.

Inspiriert von der Natur

Vor 150 Jahren wurde der Maler Karl Storch d. Ä. geboren

Karl Storch d. Ä. gehört zu den Künstlern, die, im Westen geboren, in Ostpreußen einen großen Teil ihres Lebens verbracht haben und dort Generationen von Schülern entscheidend geprägt haben. Vor 150 Jahren, am 28. Januar 1864, wurde Storch als Sohn eines Kaufmanns im holsteinischen Bad Segeberg geboren. Nach dem Schulabschluss trat er als Lehrling in das Geschäft seines Vaters ein; drei Jahre später arbeitete er in Kiel in einer großen Drogen- und Farbenhandlung. In Kiel, in der Gemäldesammlung des Kunstvereins, war es auch, wo er zum ersten Mal großer Kunst begegnete. Es gelang ihm, 1883 vom Vater die Erlaubnis zum Studium an der Kunstakademie in Berlin zu erhalten. Seinem Freund Otto Besch hat er einmal gestanden: „Dort lernte ich das Zeichnen, aber nicht das Malen. In dieser Hinsicht war die Natur mein strenger und unerbittlicher Lehrer.“

Diese Lehrmeisterin sollte Storch später im Osten des Reiches finden. Zuvor jedoch arbeitete der Künstler, der sich der Berliner Secession angeschlossen hatte, einige Zeit als Illustrator und gab Unterricht an der Kunstschule von Konrad Fehr. Im Jahre 1902 berief ihn Ludwig Dettmann an die Königsberger Kunstakademie, wo er, 1908 zum Professor ernannt, als Leiter der Zeichenlehrerklasse bis zu seiner Pensionierung 1929 wirkte. „Es war eine harte und strenge Schule, durch die er seine Schüler gehen ließ, aber sie war niemals ohne wärmste menschliche Anteilnahme“, erinnerte sich Erika Kupfer aus Anlass von Storchs 80. Geburtstag in einer Königsberger Zeitung. „So versuchte Professor Storch immer, wirkliche Persönlichkeiten zu formen, und die Musik war ihm dabei die rechte Helferin. Vielfach wurde im Atelier musiziert und der Kreis der Schüler eingeschlossen in die Gemeinsamkeit des Erlebens. Viele schöne Kammermusikbilder belegen diese schöne Neigung des Meisters.“

> Als Lehrer hat er Generationen von Künstlern geprägt

Ein besonderes Anliegen war es Storch, mit seinen Schülern in die freie Natur zu ziehen und dort zu malen. So entstanden im Lauf der Jahre eindrucksvolle Hafen- und Strandbilder, Park- und Heidelandschaften, verschwiegene Winkel im sonnendurchleuchteten Dickicht hinter den Dünen und die freie Steilküste mit ihren wetterzerklüfteten Schroffen. Selbst der härteste ostpreußische Winter hat Storch nicht davon abgehalten, seine Bilder vor der Natur fertig zu malen. „Überall“, so ein Kritiker, „schwingt ein Stück eigenen Erlebens und zarter Empfindsamkeit mit, wenn auch nur verborgen, wie es der betont rauen Schale dieses Holsteiner Draufgängers entspricht.“ Und Erika Kupfer schrieb, der hohe künstlerische Wert seiner Arbeiten liege in dem „unverfälschten Atem der Natur, der in ihrer ausgewogenen Tonigkeit schwingt, diese Harmonie, die man gar nicht mehr als mit Ölfarben gemalt empfindet, sondern als eine mit feinster Subtilität ins künstlerische übersetzte Erlebniswirklichkeit“.

Nur wenige Beispiele aus dem Schaffen Karl Storchs d. Ä., der nach seiner Pensionierung in seinem Atelier auf den Hufen gearbeitet hat, haben den Zusammenbruch überstanden. Sein Atelier ging verloren, ebenso viele der Privatsammlungen, die seine Arbeiten beherbergten. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg beispielsweise besitzt das 1924 entstandene Gemälde „Wachtbudenberg“. Seinen Lebensabend verbrachte der für sein künstlerisches Lebenswerk vielfach geehrte Storch in seiner Vaterstadt Bad Segeberg. Dort stand er wieder an der Staffelei, bis der Tod ihm am 11. Februar 1954 nach einer Blinddarmoperation den Pinsel aus der nimmermüden Hand nahm.

E.B.

Kinder als »Rekruten«

Schulmuseum in Lohr zeigt Sonderausstellung

Im deutschen Kaiserreich prägte die patriotisch-militärische Begeisterung nahezu alle Lebensbereiche. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass selbst die Schulanfänger als „Schulrekruten“ bezeichnet wurden – Rekrut war an sich damals wie heute die übliche Bezeichnung des Soldaten in der ersten Zeit der Ausbildung. Mit sechs Themen zeigt das Städtische Schulmuseum in Lohr am Main bis zum 1. Juni 2014 in einer Sonderausstellung die verschiedenen Formen der Wehrerziehung und verdeutlicht das hohe Ansehen des preußisch-deutschen Militärwesens, dessen Auswüchse der „Hauptmann von Köpenick“ zu einem genialen Gaunerstreich nutzte.

Das Militär wurde in vielen Kinderbüchern als etwas Erhabenes und Sympathisches dargestellt, oft auch verniedlicht und geschönt sowie den Jungen zur spielerischen Nachahmung empfohlen. Die dabei häufig gewählte Versform sollte zum Auswendiglernen anregen und dadurch eine nachhaltigere Begeisterung sichern. Neben den patriotisch-militärischen Kinderbüchern sollten die verschiedensten Spiele die Jungen in ihrer Freizeit für den späteren Einsatz beim Militär vorbereiten. Als 1898 der Flottenverein zur Förderung der neuen See- und Kolonialpolitik Kaiser Wilhelms II. gegründet wurde, fand die offizielle Flottenpropaganda ihren Niederschlag auch in der Kindermode in Form des Matrosenanzugs. Die von Wilhelm Bleyle angebotene relativ preisgünstige und alltagstaugliche Kinderkleidung fand weite Verbreitung – vor allem beim Großbürgertum – und entsprach in der Beliebtheit dem späteren Jeanslook.

Bereits um 1890 hatte man sich mit einer „vormilitärischen Jugendpflege“ befasst, um die männliche Jugend für die körperlichen und



moralischen Anforderungen im Heer zu ertüchtigen. Der 1911 gegründete Jungdeutschland-Bund (JDB) war ein halbstaatlicher Dachverband entsprechender Jugendorganisationen mit Ausrichtung auf einen baldigen Krieg. Im Jahresbericht „Jungdeutschland 1913“ wurde auch die Mitwirkung des Militärs an der Ausbildung des JDB klar umrissen. Es sollte die Jugend vor allem wehrhaft, körperlich und seelisch gekräftigt, sowie zu Ordnung und Gehorsam erzogen werden. 1914 hatte der Jungdeutschland-Bund 750 000 Mitglieder. Dazu gehörten auch die Mitglieder der Deutschen Pfadfinderbewegung (DPB) und Mitglieder des „Wandervogels“.

Die weitere Entwicklung der vormilitärischen Jugenderziehung und seiner zunehmenden Verstaatlichung führte schließlich im Dritten Reich zur Hitlerjugend als „Staatsjugend“. Dass es auch immer wieder Überlegungen gab, die Schulen stärker in die Wehrerziehung einzubinden, zeigt ein Beitrag in der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ im Jahr 1909: „Es ist unglaublich, was für Blüten der Wunsch, alles Mögliche und Unmögliche in den Schulbetrieb hineinzupressen, heutzutage hervorbringt. Was soll heute nicht alles ‚freiwillig‘ getrieben werden: Handfertigkeitsunterricht, Bürgerkunde, Geländeübungen, ganz abgesehen von den Turnspielen und vom Rudern, und hunderterlei mehr. Und nun noch gar Schießen! Es wird immer schöner!“ *Bert Stenger*

Das Lohrer Schulmuseum in der Sendelbacher Straße 21 ist Mittwoch bis Sonntag und an allen gesetzlichen Feiertagen von 14 bis 16 Uhr geöffnet. Gruppen können auch nach vorheriger telefonischer Absprache (Telefon 09352/4960) außerhalb der regulären Öffnungszeiten das Museum besuchen.

Geschickte Einschüchterungsstrategien

Zu: Blonde Täter korrekt (Nr. 51/52)

Dass türkische, linke, grüne sowie Verbandsvertreter der Roma und Sinti zetern, von klischeehafter Darstellung und einem einseitigen Täterbild fabulieren, kann gar nicht mehr erstaunen. Das ist doch eine seit Jahren verfolgte und auch erfolgreiche Strategie, ihrem Ziel immer näher zu kommen. Welchem Ziel? Nun, der Einschüchterung der deutschen Bevölkerung und der völligen Aufgabe deutscher Interessen auf allen Ebenen.

Und erhofft wirklich noch jemand Widerstand aus den Reihen der CDU? Einer Partei, deren Vorsitzende am Wahlabend einem Parteifreund entrüstet ein Deutschlandfähnlein aus der Hand reißt und außer Sichtweite bringt? Einer Partei, die fast kommentarlos Umbenennungen und Entkernungen christlicher Feste hinnimmt, aber jederzeit freudig islamische Feste hofiert, mit Besuchen und Grußworten aufwertet? Einer Partei, deren Mitglieder schweigen, wenn ein brandschatzender, plündernder und steinewerfender Mob ganze Stadtteile zertrümmert, die einzig einem todkranken Abgeordneten im Rentenalter mahnende Worte zugesteht, nachdem auch der fast sein gesamtes Abgeordnetenleben die Parteilinie vertrat?

Seit Jahrzehnten weicht die deutsche Gesellschaft dem martialischen und fordernden Auftreten der linken und türkischen Interessenvertreter Schritt für Schritt zurück, nicht nur Politiker bleiben lieber in Deckung, auch der normale Bürger ist dermaßen eingeschüchtert, dass er sich ins Private zurückzieht, seine Wohnstatt mit großem finanziellen Aufwand einbruchsicher gestaltet und der bereichernden neuen Bevölkerung aus dem Weg geht; weiß er doch, wie schnell ihn Gerichte bei Rassismusvorwürfen aburteilen. Freuen würde es mich, wenn sich nun alle Blondhaarigen diskriminiert fühlten und dies auch lauthals äußerten. Doch leider wird dies wohl nicht geschehen.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Denkmalplan auf Eis gelegt

Zu: Plumpe Attacke (Nr. 50)

Mit großer Genugtuung las ich die Leserbriefe zur Thematik „Trümmerfrauen“ im *PAZ*-Leserforum und danke dafür. Der BdV Hamburg nebst angeschlossenen Verbänden reichte bereits 2011 beim Senat in Hamburg eine dringende Vorlage ein. Weil neben dem bis heute in der Hansestadt fehlenden „Zentralen Denkmal für die Vertriebenen“ auch gerade in der Hansestadt ein Gedenken an die Trümmerfrauen mit verbunden sein sollte. Leider ist dieses Anliegen bisher „auf Eis“ gelegt worden. Die Kulturbehörde reagierte bisher nicht. Die Grünen sahen damals unser Anliegen eher positiv, doch die giftigen Angriffe der „Linken“ waren sehr beleidigend, historisch falsch und unerträglich.

Nachdem wir diese unsachlichen Angriffe geduldig ertrugen, stellte ich fest, dass selbst die Polen in Ratibor/Oberschlesien dem Vertriebenenpolitiker Dr. Herbert Hupka ein würdiges Denkmal setzten, indem sie ihn zum „Ehrenbürger“ ernannten.

Zu guter Letzt weise ich darauf hin, dass dieses Denkmal die Stadt keinen „Cent“ kosten wird, da eine Stiftung in Hamburg die Kosten trägt. Wir werden daher unseren Einsatz für solch ein Denkmal auch 2014 unbeirrbar fortsetzen.

Willibald J. C. Piesch, Landesverbandsvorsitzender BdV Hamburg

Der Russe kommt

Zu: Epochales Kräftemessen (Nr. 1)

Im Westen hat keine Regierung „einen“ Plan. Ausgerechnet Kanzlerin Merkel soll den Euro aus dem Tief ziehen? Ausgerechnet diese Matroschka? Hat es denn noch keiner mitbekommen? Deutschland ist nach wie vor Feindesland, und wird von Amerikanern, Engländern oder Franzosen benutzt. Von keinem haben wir etwas zu erwarten. Es sei denn, unsere Regierung begreift, dass nur der Russe uns diesmal wirklich „befreien“ kann vom Großkapital.

Jürgen Forbriger, Dresden

Willenlose Sklaven

Zu: Wahlkampfhilfe für Le Pen (Nr. 1)

„Orientalisch-arabisches Erbe“? Warum sind eigentlich so viele Wortschöpfungen nötig? Früher nannte man das einfach „Umvolkung“, und das war bereits unter Stalin das Rezept, um nationale Identitäten zu vernichten. Nur so war es möglich, ein Heer namenloser, willenloser sozialistischer Sklaven zu dirigieren und der Knute des Regimes auszuliefern.

Im Übrigen laufen alle diese multikulturellen Gleichschaltungen parallel innerhalb der EU-Völker ab; es scheint sich um Direktiven der Polit-Kommissare des EU-Regimes zu handeln. Alt-Kommunist Barroso hat wohl seine Bibliothek zu Rate gezogen: „Von der UdSSR lernen, heißt siegen lernen.“ Was kommt, wenn das EU-Regime ernstlich wankt? Gulag und Maschinengewehre der Europäischen Gendarmerietruppe Eurogendfor zur Niederschlagung der Elendsaufstände?

Matthias Dumke, Wedel

Marine Le Pen lässt sich feiern: Die Vorsitzende der Front National (FN) freut sich, wie die französischen Sozialisten mit ihrer Ausländerpolitik der FN die Wähler in die Arme treiben Bild: action press

Es geht ums Ganze

Zu: Wahlkampfhilfe für Le Pen? (Nr. 1)

Wenn es um die Wurst ging, waren die Franzosen letztlich noch immer vernünftig. Aber bei dieser Wurst wird wohl alles anders werden, und dies wäre dann das Problem. Die Front National (FN) auf der einen Seite, die Sozialisten auf der anderen und dazwischen nur wenig. Es geht wirklich ums Ganze, für Frankreich und damit auch Europa, denn die FN ist keineswegs mit den Freiheitlichen in Österreich zu vergleichen oder unserer braven AfD. Die FN ist nationalistisch, nicht nur national.

Werden die Franzosen ihr die „Rettung des Abendlandes“ anvertrauen? Wie werden wohl die deutschen Grün-Rot-Blutroten darauf reagieren, wenn ihre sozialistischen, politisch so korrekten, französischen Brüder beziehungsweise Schwestern die wirklich Rechten an die Macht bringen? Es gibt da bereits Präzedenzfälle, und man darf darauf gespannt sein.

Klaus Brunswig, Landau

Verbrechen lohnt?

Zu: Hilflos vor Gewaltexzessen (Nr. 50)

In unserem „Buntland“ werden Intensiv-Wiederholungs-Gewalttäter nur verwaltet, aber nicht bestraft. Vor allem, wenn sie einer politisch korrekt unter Artenschutz stehenden ethnisch-religiösen Gruppierung angehören. In welchem anderen Land dieser Erde werden Gewaltverbrecher auch beim x-ten Delikt mit „Bewährung“ belohnt? Nur dort, wo die Urbewohner von ihren sogenannten Volksvertretern einem schleichenden Genozid preisgegeben werden.

Lothar Schiel, Hofheim

Wehren verboten

Zu: Die Angst geht um in Nikolassee (Nr. 49)

Natürlich sind die Einbrüche in New York seltener. Wer dort einen Einbrecher in seinem Haus erschießt, hat nur einen versauten Teppich zu befürchten. Wenn ein Wachhund in Deutschland einen Einbrecher ins Bein beißt, wird der Hundebesitzer wegen Körperverletzung verklagt und darf die Arztrechnung des Einbrechers zahlen.

Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien

Tragische Schicksale, tragische Entscheidungen und tragisches Ende

Zu: Sein Tod löste den Ersten Weltkrieg aus (Nr. 50)

„Sopherl, Sopherl, stirb mir nicht, bleibe für meine Kinder“, so sollen laut seinem Adjutanten Franz Graf Harrach die letzten Worte von Erzherzog Franz Ferdinand gelautet haben, bevor er verstarb. Hätte es den Ersten Weltkrieg beziehungsweise Zweiten Weltkrieg nicht gegeben, wenn das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar nicht im Juni 1814 in Sarajewo ermordet worden wären? Auslöser des Konfliktes waren Österreich und Serbien. Warum Deutschland zum Alleinschuldigen am Ausbruch des Ersten Weltkriegs gestempelt worden ist, ist deshalb natürlich ein abnormer Witz der Geschichte.

Auch hat uns der Export eines Adolf Hitlers aus dem Alpenland unendlichen Schaden zugefügt. Wer wolle dieses ernsthaft bestreiten. Ohne Frage ist das Versailler „Friedenstraktat“ der Auslöser für die Fortsetzung des zweiten Dreißigjährigen Krieges gewesen. Deutschland hat seine Bündnisverpflichtungen gegenüber Österreich stets erfüllt. Nicht mehr und nicht weniger. Die Kriegserklärungen gegenüber unserem Vaterland gingen von Frankreich und England aus, welche einen wirtschaftlich erstarkenden Konkurrenten in Europa ausschalten wollten.

Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich war dagegen ein Mann ohne „Fortüne“. Bevor ihn die Mörderkugel 1914 in Sarajewo traf, war er selbst schießwütig und hat 274 889 Wildtiere mit seinem Schießprügel zur Strecke gebracht. Außerdem hat er sich ohne Mitleid und Nächstenliebe gegenüber den Armen des Landes gezeigt. Ungarn und Juden sah er mehr als Gegner, und den Serben bescheinigte er, Königsmörder und Spitzbuben zu sein.

Alles mag dahingehen, nur dass das deutsche Kaiserreich wegen eines solchen fragwürdigen Erzherzoges in einen Weltkrieg hineingezogen wurde, ist nun doch nicht hinzunehmen. Leider war auch Wilhelm II. von ähnlichem charakterlichen Eigensinn geprägt wie der Erzherzog. Mitleid kann ich nur mit seiner Frau Sophie und den drei Waisenkindern empfinden. Thronfolger Rudolph stand sehr vielen Zeitgenossen wesentlich näher.

Mit einem Otto von Bismarck als Kanzler wäre das deutsche Kaiserreich niemals in den Ersten Weltkrieg geschlittert. Auslöser waren einzig Österreich und Serbien, weshalb Deutschland niemals die Alleinschuld am Kriegsausbruch zugemutet werden darf. Der Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich war deshalb eine Persönlichkeit in der untergehenden habsburgischen Doppelmonarchie. Eine mehr oder weniger tragische Figur mit starken antiliberalen Ansichten. Aber umbringen musste man ihn deshalb nicht. Sein jugendlicher Attentäter verstarb übrigens 1918 im österreichischen Gefängnis.

Der Erste Weltkrieg hatte viele Väter, und seriöse Historiker wissen das auch. Als der österreichische Kaiser und ungarische König Franz Joseph I. am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg erklärte, waren in vielen Ländern des alten Europa die Messer bereits gewetzt. Es bedurfte dieses Funkens, welcher von Serbien ausgelöst worden ist, um den furchtbaren Brand zu entfachen. Franz Joseph war 84 Jahre alt, hatte seinen Sohn und Thronfolger Rudolf 1889 durch Selbstmord und seine Frau Kaiserin Elisabeth („Sisi“) 1898 durch Mord verloren. Ein vom Schicksal schwer geschlagener Mann hielt das Schicksal eines Kontinentes in seinen Händen und konnte die Folgen seiner Entscheidung nicht mehr übersehen.

Das Deutsche Reich und Wilhelm II. hatten sich unterdessen seines wichtigsten Steuermannes Otto von Bismarck entledigt. So begann denn der zweite sogenannte Dreißigjährige Krieg in Europa, an dessen Ausbruch Frankreich, England und Russland einen erheblichen Anteil mittragen.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Im Streit vereint

Zu: Nicht nur sein Kniefall polarisierte (Nr. 48)

Wie vergiftet die Früchte der Französischen Revolution doch sind. Die Revolutionäre riefen damals laut aus, dass die eine und einzige Quelle allen gesellschaftlichen Übels die Verachtung der Menschenrechte sei. Fazit: Ihre „Brüderlichkeit“ mündet wie bei der SPD Willy Brandts im inneren Streit.

Ingeborg Schollen, Antwerpen/Belgien

Christliche Vision

Zu: Spendenbox bald ein alter Hut? (Nr. 2)

In den ansonsten sehr lesenswerten Artikel zu modernen Marketingaktionen von Hilfsorganisationen hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Im Text zum Kampagnenbild von World Vision heißt es, World Vision sei eine evangelikale Hilfsorganisation. Das ist jedoch falsch. World Vision ist ein christliches, überkonfessionelles Hilfswerk, in dem Menschen vieler Konfessionen arbeiten. World Vision hilft zudem Menschen unabhängig von Religion, Herkunft, Geschlecht und Hautfarbe.

Dirk Bathe, Medienreferent World Vision Deutschland, Friedrichsdorf

Russlands falsche Helden werden gefeiert

Zu: Machtkampf (Nr. 51/52)

Genauso empfindet eine breite Mehrheit der politisch interessierten Öffentlichkeit in der Russischen Föderation die vielen Demütigungen durch den Westen. Möge es Präsident Putin vergönnt sein, noch lange die Geschicke des Landes zu lenken. Und was tut Deutschland? Es verhält sich eben wie man es von einem Besiegten gegenüber dem Sieger erwartet, in hündischer Unterwürfigkeit, selbst wenn es zum eigenen Schaden gereicht.

Da wird ein Ex-Oligarch zum Helden hochstilisiert. Nach den gezeigten Fernsehbildern könnte man meinen, er sei soeben aus dem Sanatorium gekommen, so frisch und erholt wirkte er. Aber er ist ja ein Guter, weil Chodorkowski den Yukos-Konzern der US-amerikanischen Petroindustrie vermachen wollte.

Dann waren da noch die Punk-Musikerinnen, die hierzulande ebenso als Heldinnen gefeiert werden. Auch diese wirkten nicht gerade, als seien sie in letzter Zeit zu Schaden gekommen. In unserem russischen Bekanntenkreis kenne ich niemanden, der die damalige Anti-Putin-Aktion positiv bewertet hätte. Was wäre wohl, wenn Punker den Petersdom in Rom schänden würden oder, noch schlimmer, eine Moschee?

Und letztendlich hat der treue Satrap Deutschland nichts Wichtigeres zu tun, als sich für einen Regimewechsel in der Ukraine einzusetzen. Ich sehe hier förmlich beim US-Außenpolitiker Zbigniew Brzezinski die Sektkorken knallen, hat er es doch immer wieder geschafft, die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau zu trüben. Nach der diplomatischen Niederlage der USA in Syrien war eine heftige Reaktion von dort nur eine Frage der Zeit. Also schnell eine Revolution in der Ukraine inszenieren und einen Boxweltmeister mit US-Pass als Staatspräsident installieren. Die darauffolgende Nato- und spätere EU-Mitgliedschaft der Ukraine wird uns in Deutschland noch teuer zu stehen kommen. Aus dem neuerlichen kalten Krieg werden einzig die USA, jedoch nicht die Westeuropäer, als Sieger hervorgehen.

Ralf Möllering, Melle

Ein Lesegenuss

Zu: PAZ

Solange die *PAZ* besteht, / Deutschland wohl nicht untergeht! Ich freue mich jede Woche, wenn die *PAZ* im Kasten liegt.

Was konnte ich durch diese Zeitung mein Geschichtsdefizit bezüglich beider Weltkriege ausgleichen und mit Kopien andere Interessierte erfreuen! Allgemeinwissen, politische Hintergründe in verständlicher Sprache machen die Zeitung zum Lesegenuss.

Verwandte und Bekannte freuen sich, dass der Patriotismus in Deutschland noch Bestand hat. Nicht zu vergessen die vielen bereichernden Leserbriefe, die man in dieser Form in keiner anderen Zeitung findet.

Hannelore Huck, Porta Westfalica

Nichts mehr Wert

Zu: Wozu CDU? (Nr. 47)

Ich lobe mir die Politiker der 50/60er Jahre. Auch wenn sie in verschiedenen Parteien waren, so handelten sie aber immer zum Wohle Deutschlands und dessen Bevölkerung. Es konnte sich ein Bergmann (er brauchte nicht Steiger sein) Eigentum schaffen. Von dem vorhandenen Verdienst konnte man seine Familie ernähren. Heute muss zum Amt gelaufen werden, damit die Miete und Heizung bezahlt werden können. Unsere Politiker sorgen schon dafür, dass der deutsche Michel ein Michel bleibt.

Fredi Volkmann, Dortmund

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 18. Januar 2014



»Haus der Räte« soll erhalten bleiben

Königsberger Bürgermeister holte sich Rückendeckung beim Berliner Senatsbaudirektor a. D. Hans Stimmann

Die Gestaltung des Königsberger Stadtzentrums wird seit vielen Jahren in teils hitzigen Debatten diskutiert. Eine Rekonstruktion des historischen Stadtbildes würde Unsummen verschlingen, doch auch die von vielen favorisierte „historisierende“ Bebauung ist umstritten. Hilfe für die Entscheidungsfindung erhoffen die Stadtplaner sich von Experten wie dem Lübecker Ex-Bausenator und Berliner Senatsbaudirektor Hans Stimmann.



Umstrittenes Terrain: Königsbergs Zentrum mit Dom im Vordergrund und Haus der Räte rechts im Hintergrund Bilder (2): J.T.

Auf Einladung von Bürgermeister Alexander Jaroschuk war der Berliner Ex-Senatsbaudirektor Hans Stimmann Ende letzten Jahres nach Königsberg gereist, um in der AlbertinaVorträge über Städtebau zu halten, aber auch, um Vergleiche zwischen der Geschichte und in der Stadtplanung Berlins und Königsbergs zu ziehen. Die Anwesenden waren auf die Einschätzung des kompetenten Spezialisten in Sachen Perspektiven der Stadtentwicklung sehr gespannt. Vor allem zu aktuellen Projekten zur Entwicklung der Stadt und über die großen Baupläne wollten sie seine Meinung hören. Man kann behaupten, dass diese Erwartungen erfüllt wurden. Zunächst einmal erklärte Hans Stimmann, dass es ein unverantwortliches Unternehmen sei, in nur wenigen Tagen ein Stadtkonzept für Königsberg aufzustellen. Während seines Vortrags in der Universität berichtete Stimmann zunächst detailliert über die Stadtbaupolitik in Berlin nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands, um dann einige Parallelen zu Königsberg zu ziehen. Sein Resümee: „Ungeachtet der zahlreichen Erörterungen und Entwürfe, besonders nach 1989, ist das Problem der Wiedererrichtung des historischen Stadtbildes Berlins, wie in Königsberg, noch nicht gelöst. Berlin ist auf der Suche nach seinem geistigen, historischen und kulturellen Kern. Berlin und Königsberg haben vieles gemeinsam. Der Krieg hat diese Städte nicht nur zerstört, sondern auch von Europa getrennt.“

In Berlin wurde vor Kurzem mit dem Bau des Berliner Schlosses an der Stelle begonnen, an der es vor dem Krieg gestanden hatte. Bis vor wenigen Jahren hatte sich hier der Palast der Republik befunden, der von der DDR gebaut worden war und vor einigen Jahren abgetragen wurde. Die Geschichte hat einige Analogien zum Schicksal des Schlosses in Königsberg, an dessen Stelle sich heute das Haus der Räte befindet. Die Meinung des deutschen Experten über das Schicksal dieses Gebäudes interessierte viele. „Diese Streitigkeiten (die Debatten über das Schicksal des Stadtschlosses Berlin, *J. T.*) erinnern sehr an die Situation um das Königsberger Schloss,“ sagte Stimmann. „Prinzipiell rate ich nicht dazu, etwas abzutragen, weil alles, was gebaut wurde, Teil unserer Geschichte ist. Vielleicht wäre es besser, diesen Platz der nächsten Generation zu überlassen, ihn ein bisschen zu rekultivieren und erst dann, wenn eine Lösung gefunden ist, mit Diskussionen beginnen. Ohne ein Verständnis über die Bestimmung dieses Gebäudes (des Königsberger Schlosses, *J. T.*) halte ich Diskussionen und Debatten für sinnlos.“ Er fügte hinzu, dass die schlechteste Lösung der Bau eines weiteren Handelszentrums an dieser Stelle wäre.

Berlin und Königsberg verbindet Suche nach Identität

Stimmann scheute auch nicht davor zurück, die Errichtung von orthodoxen Kirchen, welche in letzter Zeit vielerorts im Königsberger Gebiet entstehen, zu kommentieren. „Vielleicht drücke ich mich zu scharf aus, aber mir scheint, dass das nostalgischer christlicher Kitsch ist.“ Explizit spielte er damit auf die Christi-Erlöser-Kathedralen in Königsberg und Moskau an. Den Bau solcher Kirchen bezeichnete er als Ausdrucksform des „Russischen und Sowjetischen“, wohingegen er die Orthodoxie als „Teil der christlichen Tradition“ sieht.

Neben den Themen der großen architektonischen Formen ging es auch um den Zustand der städtischen Infrastruktur, von deren Zustand Stimmann sich während seines kurzen Aufenthalts in Königsberg persönlich überzeugen konnte. Die allerorts zerborstenen Bürgersteige sind für ihn ein Ausdruck der Armut, aber auch die heterogenen, oft hässlichen Balkons der städtischen Hochhäuser fanden sein Missfallen. Er wolle ihnen sogar ein Kapitel in einem seiner nächsten Bücher widmen, sagte Stimmann.

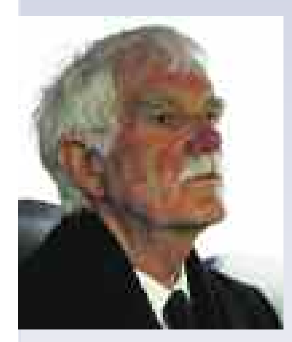
Auf die Frage, ob das gegenwärtige Königsberg eher eine russische oder deutsche Stadt sei, antwortete Stimmann, dass sie nach seinem Eindruck „auf keinen Fall eine asiatische Stadt“ sei.

Der Königsberger Chefarchitekt antwortete auf die Frage, was sich in der Stadt nach dem Besuch des Berliner Gastes ändern werde: „Ich denke, dass sich nichts ändern wird. Die Bürgersteige bleiben genauso zerborsten wie sie sind, und die Balkons werden auch nicht anders.“

Bürgermeister Jaroschuk fühlte sich nach Stimmanns Einschätzung bezüglich des Rätehauses bestätigt, da die Mehrheit der russischen Experten ebenso den Erhalt des Rätehauses unterstütze. Jaroschuk fügte hinzu, man müsse dem Haus ein anderes Erscheinungsbild geben und es in das Projekt der Wiedererrichtung des historischen Zentrums einbeziehen. Vom Gesichtspunkt seiner funktionalen Verwendung her sei das Rätehaus so konzipiert, dass dort Büros oder ein Hotel untergebracht werden könnten .

Jurij Tschernyschew

Stimmanns Leitbild: Eine homogene Stadt



Hans Stimmann

Der gebürtige Lübecker Hans Stimmann (72), der auf dem zweiten Bildungsweg Architekt geworden war, war von 1991 bis 2006 Senatsbaudirektor in Berlin. Er prägte das Bild der Hauptstadt nach der Wende maßgeblich. Bei der Bebauung des Zentrums bedürfe es einer kritischen Rekonstruktion und Re-Urbanisierung. In diesem Sinne handelnd, achtete Stimmann auf ein homogenes Stadtbild, für das er als Verantwortlicher die Leitlinien hinsichtlich Stil und der verwendeten Materialien festlegte, um ästhetische Kollisionen und wirtschaftlichen Egoismus zu verhindern. Damit zog er die Kritik zahlreicher Kollegen auf sich, welche die Einfallslosigkeit und Leblosigkeit der Berliner Stadtarchitektur unter Stimmanns Ägide beklagen. Der dem konservativen Flügel der SPD angehörende Stimmann wird wegen seines Hangs zu polemischen und teils drastischen Äußerungen als „Sarrazin der Architektur“ bezeichnet.

2009 wurde Stimmann aller Kritik zum Trotz für sein Bemühen um die Wiedergewinnung des Berliner Stadtgrundrisses als historisches Gedächtnis mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. *PAZ*

Detaillierte neue Ostpreußenkarte

Wie soll eine Karte heißen, die so detailliert ist, dass sie nur einen Teil Nord-Ostpreußens abdeckt? Dirk Bloch entschied sich, bevor er eine Straßenkarte des Gebiets südlich von Intersburg und Gumbinnen mit dem Trakehner-Gestüt und der Rominter Heide herausgab, schließlich für eine geographische Bezeichnung und so liegt jetzt seine Straßenkarte im Maßstab 1:100 000 mit dem Titel „Nord-Ostpreußens Südosten“ vor. Sie ist in bewährter Weise gestaltet, zweisprachig Russisch-Deutsch und Polnisch-Deutsch, wobei die kyrillischen Ortsnamen auch in lateinsichen Buchstaben wiedergegeben sind. Die Karte weist den Weg selbst zu kleinen Orten und Sehenswürdigkeiten. Enthalten ist, soweit möglich, der Zustand der Wege, und auch die Sperrgebiete entlang der Grenze sind hervorgehoben. Infos unter www.blochplan.de oder Telefon (030) 449 5339. *MRK*

Streit um Königsbergs Gelehrtenfriedhof

Trotz Denkmalschutz graben Bagger ehemaliges Observatoriumsgelände um – Zukanows Appell kam zu spät

Obwohl es lange Diskussionen um eine Bebauung des Geländes, auf dem sich zu deutscher Zeit das Observatorium befunden hatte, gab und Gouverneur Nikolaj Zukanow die Stadtregierung aufgefordert hatte, sich mehr mit der Geschichte der Stadt zu beschäftigen und Erhaltenswertes in ihre Planungen einzubeziehen, schreiten die Bauarbeiten beim Gelehrtenfriedhof, auf dem die Professoren der Albertina beerdigt sind, voran.

Bei der Bebauung des Stadtzentrums kommen profitorientierte Bauherren immer öfter mit dem Denkmalschutz in Konflikt. Denn auf vielen Grundstücken gibt es historische Objekte, die unter Denkmalschutz stehen und kulturellen Wert für die gesamte Region haben.

Dazu zählt auch der sogenannte Professorenfriedhof, wo sich unter anderem das Grab des bekannten Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel befindet. Heute sieht man auf dem Hügel, auf dem einst das Observatorium stand, Bagger, die Gräben für Rohrleitungen in den Boden fräsen. Eine Gedenktafel für Bessel, die 1975 angebracht wurde, und die darüber informiert, dass es sich um ein schützenswertes Kulturgut handelt, existiert noch.

Behörde für Denkmalschutz hat nicht reagiert



Seit 1975 unter Denkmalschutz: Grab Professor Bessels Bild: J.T.

Was auffällt, ist die Tatsache, dass die vor einem Bau im Königsberger Zentrum vorgeschriebene archäologische Untersuchung nicht stattgefunden hat. Beim Anlegen der Zuwegung zur Baustelle haben die Bauarbeiter darüber hinaus die Grenze zur Schutzzone überschritten, während die Regulierungsbehörde tatenlos blieb. An der Dis-kussion um das Friedhofsgelände beteiligten sich zahlreiche Politiker. Die Provinzpolitiker schalteten zuletzt den Gouverneur ein. Zukanow forderte die Staatsanwaltschaft auf, die Gesetzmäßigkeit des Baus an dieser Stelle zu überprüfen. Er selbst war vor Ort, wo ihm ein Vertreter der Baufirma erklärt habe, er sei bereit, einen Teil des Grundstücks für eine Gedenkstätte abzugeben. Der Gouverneur kritisierte die Stadtregierung scharf und empfahl, „öfter die Geschichte der Stadt zu beachten“. Für Ratschläge und die Beschaffung von Dokumenten sei die Denkmalschutzbehörde zuständig. Pathetisch fügte er hinzu: „Wenn wir fremdes Erinnern und fremde Kultur nicht ehren können, wird man uns vielleicht auch in naher Zukunft vergessen.“

Da sich der Denkmalschutzdienst in Sachen Professorenfriedhof bislang äußerst passiv verhalten und auf archäologische Gutachten verzichtet hat, kommt Zukanows Appell wohl zu spät, um noch etwas zu ändern. *J. T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist wieder einmal Zeit, Bilanz zu ziehen. Wobei dieses Wort doch zu kommerziell klingt, und so sagen wir lieber einfach: über die letzten Reaktionen auf Fragen und Wünsche zu berichten und da hat sich viel Erfreuliches ergeben wie ein soeben erfolgter Anruf aus Maisach-Malding. Am Telefon unser Königsberger Landsmann **Werner Mai**, der den Leserinnen und Lesern kein Unbekannter ist, hat er doch im vergangenen Jahr die Freundin aus seiner Kindheit, die mit ihm Freud' und Leid teilte und von der er seit fast 70 Jahren nichts mehr gehört hatte, durch unsere Ostpreußische Familie gefunden. Und nun hat sich ein weiterer Freund aus der Heimatstadt gemeldet, Nachbarsjunge und Spielkamerad, den wir eigentlich dank Leserhilfe schon gefunden hatten, der aber alle Nachfragen abblockte. Als Herr Mai bei ihm in Stuttgart anrief und fragte: „Bist du mein alter Freund **Siegfried** aus der Schönstraße in Königsberg?“ glaubte er, dass ihm ein Unbekannter Fangfragen stellen wollte, und legte sofort auf. Natürlich kann man ein gewisses Misstrauen verstehen, wenn nach weit über einem halben Jahrhundert ein Mensch auftaucht, der sich als Freund aus seiner Kindheit vorstellt und den man längst vergessen hatte. Aber irgendwie muss dann doch jemand die Weichen gestellt und ihm erklärt haben, dass alles seine Richtigkeit hätte, denn jetzt, fast ein Jahr nach der Suche, meldet er sich bei uns und wir konnten seine Karte an Herrn Mai weiterleiten. Dieser war natürlich überrascht und setzte sich sofort mit dem Jugendfreund in Verbindung, und die Freundschaft soll auch weiter bestehen bleiben. „Nun habe ich alle gefunden, die ich suchte und die noch leben!“ stellte Werner Mai fest, und das dank unserer Ostpreußischen Familie innerhalb eines Jahres.

Auch für Herrn **Alfred Wegewitz** aus Fürstenwalde hat sich Erfreuliches ergeben, wenngleich die endgültige Lösung seiner Suchfrage noch offen steht. Es geht um ein Frühwerk der großen Käthe Kollwitz, das die damals 19-Jährige in Rauschen gemalt hatte: ein Porträt der etwa gleichaltrigen **Else Rautenberg.** Wir hatten die Frage von Herrn Wegewitz in Folge 49 veröffentlicht, weil er als Rechtsanwalt in den 50er Jahren für die Erbengemeinschaft Rautenberg tätig gewesen war. Das Bild war nämlich noch vor dem Russeneinfall von einem Künstler aus dem Haus in Rauschen entfernt und mitgenommen worden. Aber wo war es geblieben? Zufällig entdeckte es der Enkel der Porträtierten, der Chirurg **Dr. Rautenberg**, in der Galerie Moritzburg als Leihgabe des inzwischen in einem Altersheim lebenden Bildretters. Es begann ein Tauziehen um den Besitz dieses wohl einzigen Kollwitz-Gemäldes, das mit einem Vergleich endete. Nach dem Tod des Künstlers kam es wieder in Rautenbergschen Familienbesitz. Wahrscheinlich ist es mit der Übersiedlung von Dr. Rautenberg im Jahre 1960 in die Bundesrepublik in den Westen gelangt. Herr Wegewitz hoffte nun durch eine Veröffentlichung in der *PAZ* jemanden aus der Familie Rautenberg zu finden, der ihm etwas über den Verbleib des Bildes sagen und ihm wenigstens eine Ablichtung zusenden könnte, da er das Original niemals zu Gesicht bekommen hat. Das Letztere hat sich erfüllt, wie wir bereits in Folge 50/13 berichten konnten. Das Käthe Kollwitz Museum Köln sandte ihm eine Kopie der Ablichtung des Porträts aus „Die Tagebücher“ von Käthe Kollwitz zu, eine 1989 von Jutta Bohnke-Kollwitz herausgegebene Publikation. Herr Wegewitz übermittelte uns nun per E-Mail diese Kopie, so dass wir heute das Bild der Else Rautenberg zeigen können: Ein ernstes, ausdrucksvolles Gesicht mit großen Augen, das sich dem Betrachter einprägt, nicht zuletzt durch die meisterliche Porträtierung. Immerhin kann nun Herr Alfred Wegewitz seine Memoiren, an denen er arbeitet, durch die Kopie des Bildes bereichern, denn das war sein Hauptanliegen. Zu dem Haus an der Samlandküste, in dem es entstand und bis vor dem Russeneinfall hing, ist noch zu sagen, dass sich in den Registern der Kirchenbücher der evangelischen Kirchengemeinde Rauschen ab 1929 kein Namensträger „Rautenberg“ findet. Vorher gehörte der Ort zur Evangelischen Kirchengemeinde St. Lorenz. Es ist aber anzunehmen, dass es sich um ein Sommerhaus handelt, der Hauptwohnsitz der Familie dürfte Königsberg gewesen sein. Übrigens wie von einigen Lesern vermutet: Mit dem Verlag Rautenberg hat dieser Namenszweig nichts zu tun. Herr Gerhard Rautenberg hat dies dem Suchenden bereits mitgeteilt.



Von Käthe Kollwitz gemalt: Else Rautenberg Bild: privat

Einige viel versprechende Hinweise kamen bezüglich des alten Poesiealbums, das Frau **Ute Eichler** aus Hamburg in Obhut gegeben wurde und die nach seiner ehemaligen Besitzerin forscht. Es gehörte wahrscheinlich, wie sich den Eintragungen entnehmen lässt, einer **Helga** aus Schalau /Paskallwen. Wir haben den Suchwunsch in Folge 47/13 veröffentlicht und dabei auch die Namen der Eintragenden angegeben, damit wurde der mögliche Informationskreis vergrößert. Das erwies sich als richtig, denn inzwischen haben wir den heutigen Namen einer damaligen Freundin der Albumbesitzerin übermittelt bekommen und auch deren aktuelle Anschrift. Frau Eichler wird hier weiterforschen wie auch in einem anderen Fall, wo uns gleich zwei Adressen für einen der aufgeführten Mädchennamen genannt wurden. Beide „Evas“ stammen aus Nordostpreußen, die eine aus Insterburg, die andere aus Thomaten. Sie tragen natürlich durch Heirat einen anderen Nachnamen, und deshalb sind wir froh, diese doch sehr konkret erscheinenden Hinweise Frau Eichler übermitteln zu können. Sie selber freute sich über einen Anruf von Frau **Gunhild Krink**, die sich als Kirchspielvertreterin für Altenkirch mit ihrem Kirchspiel-Kollegen für Ragnit, Herrn **Manfred Okunek**, in Verbindung gesetzt hat. Gemeinsam will man auch auf diesem Wege weiterkommen. So ist dies nur ein Zwischenbericht, aber ein recht hoffnungsvoller.

Die Suchfrage nach dem Schicksal seines gleichnamigen Vaters hatte Herr **Artur Kinzel** aus Hamburg im März vorigen Jahres gestellt. Zwar konnte diese nicht gelöst werden, aber immerhin hat Herr Kinzel einige Zuschriften bekommen. Sein Vater Artur Kinzel wird seit dem Russeneinfall vermisst, seine Frau musste erleben wie ihr Mann von seinem Hof in Rosengarth, Kreis Heilsberg, verschleppt und nie mehr gesehen wurde. Es ist möglich, dass der 42jährige Artur Kinzel bereits im nahe gelegenen Wald erschossen wurde, er könnte aber auch in ein Gefangenenlager gekommen sein. Nach der Flucht hat die Familie immer wieder Suchanträge gestellt, aber nie auch nur den geringsten Hinweis bekommen, sodass der Landwirt Artur Kinzel für tot erklärt wurde. Aber die Ungewissheit lässt den Sohn auch heute nicht ruhen, deshalb die Suchbitte an unsere Ostpreußische Familie. Immerhin erbrachte sie vier Zuschriften, darunter von zwei Landsleuten aus Guttstadt. Eine erneute Aktion über den DRK-Suchdienst läuft noch.

In Folge 50/13 fragten wir auf Wunsch von Herrn **Gerd Fischer** aus Bischofswerda: Wo blieben die Kinder aus dem Provinzial-Erziehungsheim in Rastenburg? Zwar haben wir noch keine Zuschrift zu dem Rastenburger Haus bekommen, aber eine, die zu dem Problem der Heimkinder in den Fluchtgebieten Stellung nimmt. Herr **Werner von Nieswandt**, Berlin, schreibt: „Als Geschichtsstudent und ehemaliges FdJ Mitglied war ich Ende Juli 1956 mit einer Jugendgruppe zwei Wochen auf der kaschubischen Seenplatte und Danzig. Unser loyaler polnischer Reiseleiter, ein Student aus Warschau, gab mir für einige Tage „Urlaub“, um in meiner Heimatstadt Allenstein nach dem Schicksal von Angehörigen zu forschen“. Herr von Nieswandt traf damals im Danziger wie im Allensteiner Gebiet und auch später nach der Wende auf mehrmaligen Reisen alte Bewohner die er gezielt über die Vorgänge befragte. Aus den Recherchen in den genannten Gebieten ergibt sich für Werner von Nieswandt folgende Tatsache: Die von der Front überrollten Kinderheime wurden von polnischen Kommunisten und Nonnen geräumt, die Kinder wurden den Nonnen und deutschfeindlichen Familien übergeben. Damit Angehörige nicht die Kinder über einen Suchdienst finden konnten, wurden diesen polnische Vor- und Zunamen gegeben, sie erhielten damit eine vollkommen andere Identität. „Das geschah sogar mit den Kindern, die ihren Müttern entrissen wurden“, schreibt Herr von Nieswandt, der mit einigen Müttern gesprochen hat. Wir haben einzelne Schicksale schon im Laufe der Jahre behandelt. Auch im Falle des Rastenburger Heimes ist der Auslöser für die Suchfrage ein Heimkind, der damals etwa 11jährige **Bruno Ketturkat**, der noch immer von seiner Schwester **Waltraud** gesucht wird. Vermutlich sind die Heimkinder nach Berlin gekommen, wie sich nach neuesten Nachforschungen ergab, aber da verlieren sich die vagen Spuren.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Wie weit ist die Heimat für uns schon entfernt – und wie viel weiter erst für unsere Landsmännin **Rosemarie Pakleppa**, die heute in Süd-Afrika lebt. Umso intensiver liest sie die *PAZ*, vom Titelblatt bis zur letzten Seite, immer schön der Reihe nach, um ja nichts zu übersehen. Und als sie – wie immer mit etwas Verspätung – die Folge 37 las und auf der Seite 14 angekommen war, „da gab es den so bekannten kleinen Hopser in der Magengrube, wenn etwas Unerwartetes geschieht“! Und warum ihr Herz plötzlich bubberte, lag an dem Foto auf unserer Familienseite, denn da war die ferne Heimat zu ihr ins Haus gekommen. „Das Bild von der Pakrauschis in Schillehnen! Man kann mich heute noch mit verbundenen Augen losschicken und sollte es die Pakrauschis noch geben, ich würde schnurstracks dahin gehen. Das war als Kind „mein Revier“. Gegenüber der Stelle, die das Bild zeigt, stand eine Bank, und da hatte ich ein Erlebnis, das ich bis heute nicht vergessen habe und nun durch das Foto wieder geweckt wurde. Es war noch vor dem Krieg und zur Zeit der kleinen Pfingstferien. Es war auf alle Fälle ein Wochentag, es gab am Vormittag keine Arbeit für mich, also pilgerte ich mal wieder in die Pakrauschis. Es war ein besonders schöner Sonntag, und ich hockte mich auf die Bank und ließ, wie man heute so gerne sagt, die Seele baumeln, alles um mich herum war wunderschön. Da begann rechts von mir ein Vogel zu singen, so schön, wie ich noch nie einen Vogel gehört hatte. Ich schaute hoch, und da sah ich einen größeren Vogel, der hatte ein auffallend gelbes Gefieder. Als er sein Lied beendet hatte, flog er davon. Zu Hause erzählte ich meiner Omi von meinem Erlebnis, und sie sagte: Da hast du aber Glück gehabt, das war der Pfingstvogel, den sieht und hört man selten – und ich habe auch nie wieder im Leben einen erlebt. Und das geschah genau an dieser Stelle, die das Foto zeigt, und ich finde die Bezeichnung Pfingstvogel, wie Omi ihn nannte, viel schöner als den Namen Pirol“! Und wir nannten ihn „Vogel Bülow“, aber ich kann mich nicht daran erinnern, ihn je wieder gehört zu haben. Eigentlich wollte ich diese so liebevoll von Frau Pakleppa erzählte Erinnerung an das Naturparadies ihrer Kindheit für die Pfingstausgabe aufsparen, aber jetzt erhellt sie uns den grauen Wintertag.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Fahrschüler müssen früh aus den Federn

Es gab immer etwas zu erleben – erinnert sich Werner Press

Heute regen sich Eltern auf, wenn ihre Kinder einen längeren Schulweg in Kauf nehmen müssen. Manchmal sind es nur zwei Kilometer, die nicht zumutbar sind. Als wir einmal dieses Problem in unserer Kolumne anschnitten, berichteten uns einige Leser über ihre Schulwege, die sie als Schulkinder im alten Ostpreußen zurücklegen mussten. In Sturm, Wind, durch Matsch und tiefen Schnee, bei brütender Hitze und eisiger Kälte. Schule musste sein, da gab es kein Pardon. Eine besonders liebevolle Schilderung sandte uns Werner Press aus Mecklenburg zu – wir haben über ihn und seine Ostpreußengruppe vor einiger Zeit berichtet. Er war wie auch sein Bruder Hans-Jürgen, der bekannte Cartoonist und Zeichner, in seiner Schulzeit Fahrschüler gewesen. Aus dem heimischen Waldfließ ging es an jedem Schultag mit dem Zug nach Lötzen – nichts für Langschläfer, denn die Jungen mussten schon zu nachtschlafender Zeit aus den Federn. Auf der Fahrt nach Lötzen konnten aber weder Müdigkeit noch Langeweile aufkommen, wie Werner Press in seinen „Erinnerungen an die Fahrschulzeit mit dem Masurenexpress“ berichtet, aus denen wir einige Kostproben entnehmen.

„Die Bahnstrecke Johannisburg-Arys-Lötzen wurde um die Jahrhundertwende gebaut. Personen- und Güterzüge verkehrten ständig auf dieser Strecke und trugen wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung Masurens bei. Wir Fahrschüler, die täglich zur Schule nach Lötzen fuhren, benutzten ebenfalls den ‚Masurenexpress‘, wie wir ihn nannten. Von Arys wuchs von Station zu Station die Zahl der Fahrschüler, die in Lötzen die Oberschule für Jungen, die Oberschule für Mädchen oder die Lutherschule besuchten. Wir verabredeten uns, auf der Hinfahrt den letzten, auf der Rückfahrt den ersten Waggon zu benutzen. Die Abmachung hatte ihren Sinn, denn hauptsächlich auf der Fahrt zur Schule wurden untereinander die Arbeiten ausgetauscht, Fehler korrigiert, und hin und wieder auch abgekloppt!

Mein Bruder Hans-Jürgen und ich mussten täglich um 4.45 Uhr aus den Federn, fuhren die vier Kilometer lange Strecke mit Fahrrädern zum Bahnhof Hanffen (Gr. Konopken). Noch halb verschlafen hatten wir unter Mutters Aufsicht gefrühstückt. Sie achtete streng darauf, dass wir den Kakao ausgetrunken, den Lebertran geschluckt und das Pausenbrot mitsamt den gekochten Eiern eingesteckt hatten. Manchmal konnten wir die harten Eier nicht mehr sehen, und einmal haben wir mit ihnen ein Zielwerfen auf die neben dem Gleis stehenden Tafeln veranstaltet. Neben solchen Streichen wurden tüchtig Karten gekloppt. Ein Klassenkamerad war mit einem Schüler aus Upalten in Streit geraten und hatte ihm dabei eine runtergehauen, sodass dieser die Brille verlor, die durch das offene Zugfenster nach draußen flog. Zuhause angekommen nahm er sein Fahrrad und fuhr in Richtung Upalten auf Brillensuche. Er hatte das Glück, sie zu finden und übergab die Brille mit Entschuldigungen ihrem überraschten Träger zurück.



Lötzen: Schulpendler stiegen hier um Bild: PAZ

Da wir Fahrschüler in Lötzen vor Schulbeginn noch eineinhalb Stunden Zeit hatten, verbrachten wir diese in einer Warteklasse – unter Lehreraufsicht. Eines Morgens aber hing ein großes Schild an der Schultüre „Wegen Umbauarbeiten bleibt die Schule geschlossen!“ Wir traten erfreut den Heimweg an. Aber dann stellte sich heraus, dass dieses Schild ein Schülerstreich war. Sogar die Kripo ermittelte nach den Tätern – vergeblich. Nach etwa sechs Stunden Unterricht ging es wieder heim, manchmal machten wir noch einen kleinen Stadtbummel bis zur Abfahrtzeit unseres Masurenexpress' um 13.10 Uhr, die aber nicht eingehalten werden konnte, wenn der D-Zug Königsberg-Prostken Verspätung hatte. Da mussten unser Masurenexpress und der Anschlusszug Kruglanken-Angerburg warten. Fast gleichzeitig erhielten diese Züge Abfahrt und so kam es oft vor, dass sie bis Biestern nebenher fuhren. Wir im ersten Waggon winkten unserem Lokführer durch die geöffneten Fenster wild fuchtelnd zu, dass er Tempo machen sollte, um den Angerburger abzuhängen“.

Das sind die heiteren Erinnerungen des Werner Press an diese täglichen Zugfahrten, aber er hat auch schwere Unfälle erleben müssen. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam ein Pkw bei regennasser Straße auf dem Gleis zum Stehen und wurde von dem Zug 80 Meter mitgeschleift. Drei der vier Insassen – Bauern, die vom Viehmarkt in Arys kamen – waren sofort tot, der vierte schwer verletzt. Von diesem Unglück wurde überall gesprochen, auch im elterlichen Geschäft in Waldfließ. Dabei ereiferte sich ein Bierfahrer der Rastenburger Brauerei, dass er so etwas nicht verstehen könne, da der Bahnübergang doch gut einsehbar sei. Er fuhr los und stieß vor dem Bahnhof Hanffen mit dem Zug, in dem Werner und Hans-Jürgen saßen, zusammen. Straße und Gleise waren übersät mit dem Bier aus tausenden zerbrochener Flaschen. Die Jungen haben diese Eindrücke lange nicht verkraften können.

Die Strecke Lötzen-Johannisburg existiert nicht mehr Die Gleise wurden von den Russen entfernt, der Bahndamm von Unkraut überwuchert. Geblieben sind die Erinnerungen von Werner Press an eine unbeschwerte Jugend in seinem geliebten Masuren. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Laser, Ida, geb. **Plath**, aus Franssken, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar
Mast, Otti, geb. **Klenzan**, aus Neidenburg, am 21. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gyzas, Gisela, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 22. Januar
Tregel, Herta, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 21. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, am 22. Januar
Erbskorn, Hildegard, geb. **Arlart**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Arndt, Mathilde, geb. **Berger**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Ohnesorge, Erwin, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Zander, Auguste, geb. **Hochleitner**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Sasse, Charlotte, geb. **Warda**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Zywietz, Ella, geb. **Roschkowski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hermecke, Erna, geb. **Jeremias**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Jopp, Lothar, aus Lyck, Soldauer Weg, am 19. Januar
Kondritz, Hedwig, geb. **Falkuß**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 24. Januar
Plava, Helene, geb. **Hess**, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar
Thuluweit, Elfriede, geb. **Schalwat**, aus Ebenrode, am 19. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dunst, Fritz, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar
Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lötzen, am 28. Januar
Hellwig, Otto, aus Kreis Preußisch Holland, am 22. Januar
Kositzki, Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Laborge, Erich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Manko, Otto, aus Talken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Mannke, Hildegard, geb. **Sablotny**, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Oberger, Irmgard, geb. **Tiburzy**, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 26. Januar
Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Potschien, Gisela, geb. **Daniel**, aus Tapiau, Altstraße 13, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Rossek, Hildegard, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Willuhn, Frieda, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 21. Januar

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böttger, Else, geb. **Müller**, aus Wehlau, Krumme Grube 8, am 23. Januar
Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Dröse, Emma, geb. **Eichert**, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 7. Januar
Huebner, Kurt, aus Lötzen, am 27. Januar
Paepke, Charlotte, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 12. Januar
Reimann, Gerhard, aus Bledau Bahnhof, Kreis Samland, am 22. Januar
Roethig, Rudi, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 18. Januar
Ruschinzik, Eva, geb. **Meinke**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Sonnenstuhl, Alfred, aus Balga, Kreis Heiligenbeil am 9. Januar
Steindel, Oswald, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Stritzel, Elisabeth, geb. **Fischer**, aus Alknicken, Kreis Samland, am 22. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bisges, Gertrud, geb. **Lasarzewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Braun, Alice, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Januar
Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße, am 24. Januar
Gerewitz, Emma, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Graff, Erna, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Kallweit, Elisabeth, geb. **Wallis**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Kudritzki, Bernhard, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Lange, Margarete, geb. **Czaplinski**, aus Treuburg, am 20. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Marianowski, Gerda, geb. **Engelbrecht**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Januar
Myska, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar
Nindel, Waltraud, geb. **Senkbeil**, aus Ebenrode, am 22. Januar
Nowak, Helene, geb. **Striewski**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Rohde, Hans, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Schulzki, Ursula, geb. **Stritzel**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 23. Januar
Weiss, Gertrud, geb. **Jablonski**, aus Lyck, von Ludendorffstraße, am 22. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bethelehem, Gertrud, geb. **Brosda**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 2. Januar
Böhm, Erich, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Bullerdiek, Elisabeth, geb. **Orzessek**, aus Kreuzbora, Kreis Lyck, am 22. Januar
Dickschas, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Dinse, Luise, aus Lyck, am 23. Januar
Freiheit, Ilse, geb. **Müller**, aus Wehlau, Essener Straße 13, am 22. Januar
Guth, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Hirsch, Gertrud, geb. **Benger**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Jurkschat, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Kalinowski, Hedwig, geb. **Steckel**, aus Logdau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Kischkewitz, Lothar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 27. Januar
Lepartz, Lucie, geb. **Ringlau**, aus Wehlau, Große Vorstadt 23, am 24. Januar
Nobis, Erna, geb. **Bergmann**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Peschel, Klara, geb. **Meller**, aus Heiligenbeil-Rosenberg, am 18. Januar
Plew, Günther, aus Tapiau, Königsberger Straße 29, Kreis Wehlau, am 21. Januar
Schlobinski, Horst, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar
Weiner, Hildegard, geb. **Schönfeld**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Altenkirch, Esther, geb. **Hanke**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 19. Januar
Anderson, Erika, geb. **Grigull**, aus Pregelswalde Abbau, Kreis Wehlau, am 21. Januar
Bolze, Helene-Martha, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Dewor, Arthur, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Grüter, Ingeborg, aus Herberge, Kreis Leipe und Thorn, Westpreußen, am 18. Januar
Hoffmann, Gabriele, geb. **Thiel**, aus Gut Strauben, Kreis Heiligenbeil, am 23. Januar
Käding, Eva, geb. **Gohl**, aus Wehlau, Pogegener Straße 5, am 23. Januar
Kehring, Hildegard, geb. **Kompa**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Lasogga, Irmgard, aus Lötzen, am 23. Januar
Lojewski, Gerhard, aus Millau, Kreis Lyck, am 22. Januar
Matzkowski, Erika, geb. **Matheika**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 19. Januar
Meier, Herbert, aus Tapiau, Danziger Straße 7, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Meinecke, Sigrid, geb. **Katzmarzik**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. Januar
Niendorf, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar
Nierenberger, Otto, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. Januar
Nimcke, Egon, aus Bieberswalde Forsthaus, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Paton, Waltraud, geb. **Duddek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Powierski, Willi, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Schulz, Werner, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Siepmann, Elfriede, geb. **Riehl**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 19. Januar
Suhrau, Lothar, aus Tapiau, Neustraße 17, Kreis Wehlau, am 23. Januar
Treu, Willi, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 23. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aschenbach, Helga, aus Lötzen, am 30. Januar
Bradley, Herta, geb. **Marklein**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 3. Januar
Breckow, Helmut, aus Krattlau, Kreis Samland, am 22. Januar
Brueckner, Christel, geb. **Piechnik**, aus Lyck, am 24. Januar
Brodda, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar
Buttgereit, Irma, geb. **Böhnke**, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 18. Januar
Demski, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 23. Januar
Erdmann, Edeltraut, geb. **Sczepan**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Januar
Feldmann, Edeltraut, geb. **Kamutzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Januar
Frank, Christel, geb. **Wysotzki**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Gehrmann, Heinrich, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 23. Januar
George, Helmut, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 20. Januar
Horn, Bruno, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. Januar
Kahlke, Käthe, geb. **Zidorn**, aus Moditten, Kreis Samland, am 20. Januar
Kerbstat, Erich, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Kubillus, Werner, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Kudczinski, Hansjürgen, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 24. Januar
Kukowski, Herbert, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Lasar, Erna, geb. **Schmid**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Lindhoff, Edith, geb. **Rutkowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 21. Januar
Marten, Irmgard, geb. **Gayk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 20. Januar
Molzahn, Ruth, geb. **Grajewski**, aus Lyck, am 23. Januar
Müller, Hannelore, geb. **Lottermoser**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Müncheberg, Gerda, geb. **Mahrenholz**, aus Waldreuten, Kreis Tilsit/Ragnit
Ragnitz, Willi, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Rollwagen, Herta, geb. **Hanke**, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 21. Januar
Rosinski-Wellig, Irmgard, geb. **Blaudzun**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Schulz, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 23. Januar

Glückwünsche Fortsetzung auf Seite 16

Dittchenbühne – Freitag, 7. Februar, 20 Uhr: Premiere „Die Möwe“. Drama von Anton Tschechow. Eintritt 25 Euro. Weitere Aufführung am Sonntag, 9. Februar, 18 Uhr. Eintritt 15 Euro. Informationen bei der Dittchenbühne unter Telefon (04121) 89710.

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 18. Januar, 15.30 Uhr, HR: Zauberhafte Heimat. Köpenick.
SONNABEND, 18. Januar, 20.15 Uhr, Arte: General Custer, eine amerikanische Legende. Doku, USA 2012.
SONNABEND, 18. Januar, 20.15 Uhr, SWR: George. TV-Dokudrama über den Schauspieler Heinrich George. D 2013.
SONNABEND, 18. Januar, 22.10 Uhr, 3sat: Der taumelnde Kontinent (1/3). Dreiteiler über den Beginn des Ersten Weltkriegs.
SONNTAG, 19. Januar, 7.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Feiertag. „Ich bin gewieft, naiv, ein Sünder“. Interview mit Papst Franziskus.
SONNTAG, 19. Januar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 19. Januar, 17.05 Uhr, N-TV: Nazi-Jagd. Die Wahrheit über Heinrich Himmler.
SONNTAG, 19. Januar, ZDF NEO: Dresden. TV-Kriegsdrama, D 2006.
SONNTAG, 19. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Das grüne Wunder – Unser Wald. Naturreportage.
MONTAG, 20. Januar, 20.05 Uhr, N-TV: Stalingrad. Was wirklich geschah.
MONTAG, 20. Januar, 21.40 Uhr, 3sat: Berliner Stadtillustrierte. Kaiser Wilhelm II. erklärt den Ersten Weltkrieg.
DIENSTAG, 21. Januar, 20.15 Uhr Uhr, Arte: Brauche Niere, biete Geld. Doku.
DIENSTAG, 21. Januar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte. Das Potsdamer Stadtschloss. Reportage, D 2010.
DIENSTAG, 21. Januar, 22.45 Uhr, RBB: Hinter den Kulissen. Kreischlag.
MITTWOCH, 22. Januar, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Länderzeit. Wenn die Miete unbezahlbar wird.
MITTWOCH, 22. Januar, 13.15 Uhr, 3sat: Spreewald – Labyrinth des Wassermanns.
MITTWOCH, 22. Januar, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Aus Religion und Gesellschaft: Sie Buddhistin, er Christ. Wenn ein Paar unterschiedlichen Religionen angehört.
MITTWOCH, 22. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Einsteins große Idee. Doku, F/GB 2005.
DONNERSTAG, 23. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Die erste Ausgabe der Zeitung „Rheinischer Merkur“ erscheint.
DONNERSTAG, 23. Januar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Der Aufstand der Armen. Thüringer Kommunen vor dem finanziellen Offenbarungseid.
DONNERSTAG, 23. Januar, 15.15 Uhr, HR: Wildes Polen. Tatra, Ostsee und Masuren.
DONNERSTAG, 23. Januar, 22.30 Uhr, SWR: Geheimnisvolle Orte. Honeckers Regierungsbunker.
DONNERSTAG, 23. Januar, 22.30 Uhr, WDR: Walter Kohl. Für den Sohn des Altbundeskanzlers war es ein langer, schwieriger Weg, aus dem Schatten seines Vaters herauszutreten. Porträt.
FREITAG, 24. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 30 Jahren: Die Firma Apple stellt den ersten Makintosh-PC vor.
FREITAG, 24. Januar, 10.15 Uhr, Arte: So entstand der Koran. Doku, F 2009.
FREITAG, 24. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Mit dem Zug von Berlin nach Badgad. Kaiser Wilhelms Traum vom Orient. Die Bahnlinie in den Nahen Osten sollte den britischen und russischen Einfluss schmälern. Doku.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Slopianka, Hildegard, geb. **Zapotka**, aus Kahlfelde, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Steimle, Inge, geb. **Okunek**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Wendt, Karin, geb. **Wiese**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 20. Januar
Wittke, Siegfried, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andresen, Gisela, geb. **Zöllner**, aus Lokehnen, Gemeinde Feddern, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar
Bednareck, Elisabeth, geb. **Barteleit**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Bettermann, Brunhilde, geb. **Guth**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Denda, Irmgard, geb. **Wieschollek**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Freutel, Herbert, aus Kleine Nuhr, Preußlauken Gut, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Hampel, Ursel, geb. **Buse**, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 20. Januar
Herrmann, Siegfried, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Hornberger, Frank, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 18. Januar
Karaschewski, Klaus, aus Treuburg, am 22. Januar
Majewski, Max, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Januar
Rube, Dora, geb. **Wiedom**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 18. Januar
Schreiber, Hildegard, geb. **Holz**, aus Waldau, Kreis Samland, am 22. Januar
Schulz, Ursula, geb. **Bergner**, aus Allenburg, Herrenstraße 53, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Schwarz, Günter, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 23. Januar
Sobczak, Hildegard, geb. **Kraft**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Stadie, Hartmut, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Stange, Frieda, geb. **Adomat**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Stopka, Klaus aus Barteln, Kreis Sensburg, am 19. Januar
Thiede, Rosemarie, geb. **Rudat**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Thiel, Dieter, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Thiess, Annemarie, geb. **Frischmuth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Warncke, Waltraud, geb. **Segendorf**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar
Wieschollek, Richard, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Wischnewski, Erhard, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 24. Januar



Lopian, Alfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, und Ehefrau Christel, geb. **Tiedtke**, aus Groß Stamm, Kreis Sensburg, am 14. Januar



Nothnagel, Inge, geb. **Kuhn**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, und Ehemann Klaus, aus Potsdam-Babelsberg, am 24. Januar

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen" in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte", zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 18 fort:

durchrasseln = nicht bestehen, bei einer Prüfung durchfallen
durchschmieren = dto.
durchschmieren, jemanden = verhauen, „durchbläuen"
durchspenkern = durchsuchen
durchstuken = durcharbeiten, z. B. Wäsche rütteln
durchwuchten = bis zum Morgen durchfeiern
durchschwuchten = dto.
durchwutschen = entkommen
durstern = Durst haben
Duschak = Stock oder Dummkopf
duschig = dümmlich, unaufmerksam, zerfahren
Dusel = Glück haben
Dussel, dusselig = dummer Mensch, ein bisschen zu dumm
Dutt = zusammengestecktes Haar am Hinterkopf der Frau
dwatsch = dumm, blöd
Dwirratsch = zweirädriger Wagen

Redensarten
Danke für Backobst, ich ess lieber Pflaumen = Ablehnung eines Angebots
Nicht auf Deck sein = sich nicht wohl fühlen
Auf den Deckel kriegen = gescholten werden
wie vom Dämelsack geschlagen = verwirrt, ratlos

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.



Aus verschiedenen Bundesländern angereist: BJO-Teilnehmer in Danzig Bild: BJO

BJO-Silvesterfeier in Danzig – Der Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. hat in den Tagen vom 29. Dezember 2013 bis zum 2. Januar 2014 ein feierliches Treffen in Danzig organisiert. Teilnehmer aus verschiedenen Bundesländern, Oberschlesien und Ostpreußen hatten die seltene Gelegenheit, sich während dieser fünf Tage mit der Hansestadt Danzig vertraut zu machen und neue, interessante Bekanntschaften zu schließen. Das Veranstaltungsprogramm beinhaltete nicht nur eine Tour durch Danzig und Zoppot, sondern auch einen Besuch diverser Museen der Stadt. Auch konnte man seltene Baudenkmäler der Stadt bestaunen, zum Beispiel das Rechtstädtische Rathaus, den Artushof und andere. An der Silvesterfeier selbst nahmen über 40 Personen teil. Neben den eigentlichen Teilnehmern schlossen sich der Feier auch Mitglieder der Deutschen Minderheit in Danzig und Vertreter des Bundes der Danziger an. Die Silvesterparty fand im Sitz des Bundes der Deutschen Minderheit in Danzig statt. Rafael Glabikowski



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Montag, 12., bis Sonntag, 18. Mai: Busfahrt der Landesgruppe zusammen mit der AdM Mannheim zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 17./18. Mai in Kassel. Einladung zu einer Fahrt nach Holland und mit Besuch des weltschönsten Frühlingsparks Keukenhof und des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Kassel. Reiseroute: 1. Tag: Busfahrt Mannheim Rotterdam, Stadtbesichtigung und Hafenrundfahrt. 2. Tag: Führung Den Haag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung einer Käserei und der Stadt Gouda. 3. Tag: Besuch Tulpenland Keukenhof inklusive Eintritt. 4. Tag: Amsterdam mit Stadtführung und Grachtenfahrt. 5. Tag: Rotterdam, Kassel-Braunatal, unterwegs Besichtigung der Windmühlen von Kinderdijk. 6. und 7. Tag: Deutschlandtreffen in Kassel und Rückreise. Leistungen: Vier Übernachtungen mit Halbpension im 4-Sterne-Hotel in Rotterdam, zwei Übernachtungen mit Halbpension im Best Western Ambassador in Kassel-Baunatal, Führung und Hafenrundfahrt in Rotterdam, Führung in Den Haag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung Käserei mit Kostprobe, Besuch inklusive Eintritt Tulpenland Keukenhof, Stadtführung und Grachtenfahrt Amsterdam, Eintritt Deutschlandtreffen, Busfahrt Mannheim – Holland – Kassel – Mannheim inklusive aller Rundfahrten. Bei genügender Teilnehmerzahl fährt der Bus über Stuttgart. Preis pro Person im Doppelzimmer 660 Euro, Einzelzimmerzuschlag 148 Euro. Mit der Anmeldung sind 150 Euro auf das Konto der Memellandgruppe Mannheim Kto. 741 570 84, BLZ 670 505 05, Sparkasse Rhein-Neckar Nord, zu überweisen, der Restbetrag bis 25. März. Anmeldung bis spätestens 25. März an Uta Lüttich, 70192 Stuttgart, Feuerbacher Weg 108, Telefon (0711) 854093 oder Uwe Jurgsties, Kirschblütenweg 13, 68542 Heddesheim.

Ludwigsburg – Montag, 20. Januar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 5. Februar, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Hans-Dieter Krauseneck referiert über „Änchen von Tharau". Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Stuttgart – Dienstag, 21. Januar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Gr. Saal, Schloßstr. 92: Wintertreffen der Kreisgruppe und Frauengruppe mit Gedichten und Geschichten zum Winter in Ostpreußen und gemeinsames Singen von Winterliedern. Beiträge der Teilnehmer über ihre Erlebnisse und Erinnerungen zur Winterzeit in der Heimat sind erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 18. Januar, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BAYERN

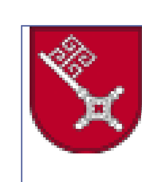
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. Januar, 17 Uhr, Gasthof zur Sommerfrische: Treffen der Gruppe. Bitte anmelden unter Telefon (0981) 85425, damit genügend Grützwurst bestellt werden kann. Bitte beste Laune und lustige Beiträge mitbringen.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation U-1): „Eine Reise auf die Insel Usedom und nach Stettin (Pommern)". Ein Mitglied aus Ansbach berichtet. Gäste sind immer herzlich willkommen.



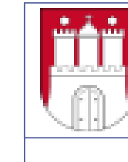


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 1. Februar, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen. Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen. Zur Unterhaltung wurde der vom diesjährigen Sommerausklang bestens bekannte „Männerchor Harmonie Moordeich v. 1912 e.V." eingeladen. Er wird mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien erfreuen. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops od. Gemüseteller): 13 Euro. Eintritt ohne Essen 5 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. - Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter Telefon 3469718. Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

Bremerhaven (Elbing) – Freitag, 24. Januar, 11.30 Uhr, Fischereihafen-Krohn-Eck: Grünkohltour. Essen (14 Euro), 12.30 Uhr: Kleingartenverein Süd. Anmeldung erforderlich unter Telefon (0471) 86176.



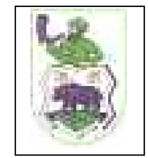
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. bis 18. Mai 2014 in den Messehallen von Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, Zwei Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai, Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai, Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee – gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rückfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Meckelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

KREISGRUPPE



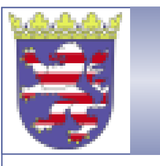
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 15. Februar, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 27. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag „zum neuen Jahr": Erlebnisse, Wünsche, Erwartungen früher und heute.

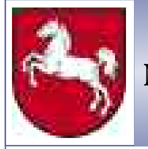


HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Fahrt zum Deutschlandtreffen – Die angekündigte Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel wird durchgeführt, da die Mindestteilnehmerzahl erreicht ist. Es sind noch Plätze frei. Weitere Anmeldungen nehmen Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788, oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327, entgegen.

Kassel – Donnerstag, 6. Februar, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung. Anschließend gestaltet Ruth Barthel den Heimatnachmittag: „Freud und Leid zur Winterszeit".



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 22. Januar, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Filmvortrag über die Aufstellung des Tempelhüters in Trakehnen.

Oldenburg – Bericht – Die Frauengruppe der Ostpreußen und

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Westpreußen in Oldenburg begann das Jahr 2014 mit dem Videofilm „Flucht aus Goldap, das Schicksal einer ostpreußischen Familie“, einer Produktion des Patenschaftsmuseums in Stade, Kreisgemeinschaft Goldap. Großes Interesse fand dieser Fluchtbericht als Dokumentation einer Tagebuchaufzeichnung, der mit stehenden Bildern den Fluchtablauf und die Ankunft in Estebrügge bei Buxtehude beschreibt, unterlegt mit Kommentaren aus dem Tagebuch und erläuternden Interviews zur Bewältigung des Lebens nach dem Krieg. Zum Jahresanfang hörten wir zunächst den Jahresbericht 2013 und das Gedenken an zwei Verstorbene des vergangenen Jahres. Heute führt Gisela Borchers diese Frauengruppe seit zehn Jahren, wofür ihr die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen die silberne Ehrennadel der Landsmannschaft verlieh, übergeben von Otto von Below, dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Weser-Ems. Zusammen mit Margot Zindler, die im Dezember 2013 ihre 50-jährige gestaltende Teilnahme an den Weihnachtsfeiern in der landsmannschaftlichen Arbeit in Oldenburg begehen konnte, bezeugen diese langen Zeiträume eine beständige Kontinuität in unseren Tätigkeiten für die ostdeutsche Kulturarbeit. Beim nächsten Treffen am 12. Februar, 15 Uhr, im Stadthotel Eversten, berichtet Werner Siemund, Delmenhorst, über seine Heimat „Ellerwald und Elbing – eine Orts- und Familiengeschichte“, ein Vortrag mit Bildern. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395. – **Broschüre** – Wer mit großem Interesse die zugesandte Informationsbroschüre zur Thematik „Die Deutschen in Polen – 1918-1939“ von Prof. Dr. Hartmut Fröschle gelesen hat, kann seit einiger Zeit ergänzend eine Broschüre von Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe 1939“ bei der Landesgruppe NRW bestellen.

Bielefeld – Montag, 3. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Dortmund – Montag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Mittwoch, 5. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorporbe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Freitag, 7. Februar, 17.30 Uhr, Brauhaus, großer Saal: Einladung zum Essen. Es gibt Eisbein oder Kassler mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. Preis 13 Euro. Anschließend gibt es ein Unterhaltungsprogramm und Zeit zum Schabbern. Anmeldung ist bis spätestens 3. Februar erforderlich bei Josef Block, Telefon (05241) 34841, oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211, – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt.

Köln – Dienstag, 21. Januar, 14,30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur monatlichen Versammlung. Allen, die nicht kommen können, wünscht der Vorstand ein glückliches Jahr 2014.

Witten – Montag, 20. Januar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Ostpreußische Nächte“ von Alexander Solschenizyn.

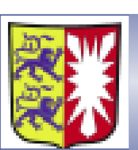


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLESWIG-HOLSTEIN

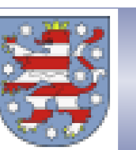
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Extremsportler Wolfgang Kulow aus Lensahn hält einen Vortrag zum Thema: „Mit dem Fahrrad über den zugefrorenen Baikalsee“. Gäste sind herzlich willkommen.

Kiel – Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: **Preußentag.** Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Edmund Ferner, „Die Bedeutung des Preußentages“ und „Rettung über See (Januar–April 1945)“, Hans-Werner Erdt, „Besuch auf entlegenen Soldatenfriedhöfen zwischen Nordkap und Kreta“, Herbert Tennigkeit, „Besinnliches und Heiteres – Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land – Woher kommen die Marjellchens – Ach ja, die Liebe – Derbe und sentimentale Geschichten aus Ostpreußen – Und anderes ...“.

Pinneberg – Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr: „Ostpreußen“. Eine Dia-Multi-Visions-Show. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – 23. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 25. Januar, 15 Uhr, Café Ehlers: Arbeitstagung in Kasseedorf. – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 31. Januar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit „Rückblick 2013 und Überblick aller Veranstaltungen 2014“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Amtswechsel: Die Bundesregierung hat den 54-jährigen Hartmut Koschyk, CSU, am 8. Januar zum Beauftragen für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. In seiner neuen Funktion ist der ehemalige Generalsekretär des BdV und Sohn schlesischer Eltern unter anderem für die Belange der in der Heimat verbliebenen Landsleute zuständig. *PAZ*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Nachruf Sergej Serebrjakow 31. März 1959 – 12. Dezember 2013



Sergej Serebrjakow Bild: KG

Wir trauern um Sergej, der nach einem Schlaganfall im Alter von nur 54 Jahren überraschend verstarb. Noch 14 Tage vorher besuchte er uns in Lübeck und Büdelsdorf. Die Kreisgemeinschaft Ebenrode verdankt ihm seit vielen Jahren umfassende Unterstützung bei ihren Aktivitäten im Rajon Nesterow, bei den Kontakten zu den Landräten, zum Krankenhaus, in Trakehnen, vor allem bei der Vorbereitung und Durchführung des bewährten Jugendaustauschs mit den Rajons Ebenrode und Schloßberg.

Seit mehr als 20 Jahren begleitet er zahlreiche Landsleute in ihr Heimatdorf und in die Rominter Heide, zur Kurischen Nehrung, nach Königsberg. Überall wurde er gelobt und weiter empfohlen. Denn er erwies sich als stets verlässlich, pünktlich und redlich. Vor allem löste er alle logistischen Probleme, schwierige, mit Aufwand verbundene: die Grenzzonen-Erlaubnis, Übernachtungen, Flüge, Transporte in seinem Auto. Er kannte Weg und Steg auch in unbewohnten, kaum noch zugänglichen Teilen der östlichen Kreise.

Vor allem schmerzt aber der bewegende menschliche Verlust dieses allseits beliebten, dankenswert einsatzbereiten Freundes. Er hinterlässt seine Frau und einen neunjährigen Sohn. Die Kreisgemeinschaft Ebenrode hat am Grab einen Kranz niederlegen lassen, und der Familie ihre Anteilnahme ausgesprochen. Aus dem Kreis seiner Kunden wurde die Idee geboren, einen Gedenkstein für Sergej zu setzen. Dieser soll an der Pension im Warner Forsthaus aufgestellt werden, mit einer deutsch-russischen Inschrift. Jetzt schon wollen sich viele seiner Freunde daran beteiligen, sodass der Überschuss seinem Sohn zukommen kann. *D. Wiemer*



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Busreise in den Heimatkreis

Die Heimatkreisgemeinschaft plant vom 23. Mai bis 1. Juni 2014 eine Busreise nach Ostpreußen und insbesondere in den Kreis Gerdauen. Diese kann allerdings nur dann stattfinden, wenn sich mindestens 30 Personen dafür anmelden. Wer mitfahren möchte oder Fragen zur Reise hat, sollte sich bitte bis spätestens 31. Januar bei Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28a, 24977 Langballigholz, Telefon (04636) 8408 (eventuell auf den Anrufbeantworter sprechen) melden. Herr Meyer sammelt die Anmeldungen und gibt sie geschlossen nach Erreichen der Mindestteilnehmerzahl an das Busunternehmen weiter. Von diesem bekommen Sie dann die verbindlichen Anmeldeformulare zugesandt. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen bei Herrn Meyer.

Folgender Reiseverlauf ist geplant: Freitag, **23. Mai**: Abfahrt in Bielefeld, Hannover, Magdeburg und Berlin zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl; Sonnabend, **24. Mai**: Weiterfahrt über Marienburg (Fotopause), Elbing, Frauenburg und den Grenzübergang Heiligenbeil nach Königsberg (Pr.) für drei Übernachtungen; Sonntag, **25. Mai**: Fahrt nach Gerdauen und in den nördlichen Teil des Kreises Gerdauen. Hier soll jeder nach Absprache möglichst an sein persönliches Ziel im Kreisgebiet gelangen. Die erforderlichen Sperrgebietsgenehmigungen organisiert der Reiseveranstalter; Montag, **26. Mai**: Fahrt nach Palmnicken. Nach Besichtigung der Schauwerkstatt des Bernsteintagebaus Weiterfahrt ins Seebad Rauschen zu einem Spaziergang, beispielsweise entlang der Strandpromenade; Dienstag, **27. Mai:** Fahrt über Gerdauen (nach Absprache bis zu drei Stunden Aufenthalt), Darkehmen (Angerapp) und den russisch-polnischen Grenzübergang Goldap nach Lötzen für drei Übernachtungen; Mittwoch, **28. Mai:** Fahrt durch den südlichen Teil des Kreises Gerdauen. Auch hier soll jeder nach Absprache möglichst an sein persönliches Ziel gelangen; Donnerstag, **29. Mai:** Fahrt durch die Johannisburger Heide nach Kruttinnen und Nikolaiken, Weiterfahrt entlang der Schifffahrtsroute nach Lötzen (alternativ: Rückreise nach Lötzen mit dem Schiff über Kanäle und Seen auf eigene Kosten); Freitag, **30. Mai:** Fahrt über Rastenburg zur Wallfahrtskirche Heiligelinde, Weiterfahrt über Bischofstein, Heilsberg, Guttstadt, Wolfsdorf und Mohrungen nach Buchwalde zu einer kurzen Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal, Weiterfahrt nach Allenstein zur Zwischenübernachtung; Sonnabend, **31. Mai:** Fahrt nach Thorn, der Geburtsstadt des Astronomen Nikolaus Copernicus. Hier lohnt ein Spaziergang durch die gut erhaltene und liebevoll restaurierte Altstadt. Weiterfahrt nach Posen zur Zwischenübernachtung; Sonntag, **1. Juni:** Rückfahrt zu den gleichen Haltestellen wie auf der Hinfahrt.

Weitere Informationen zur Reise, zum gestaffelten Reisepreis, zu den Zustiegsorten und -zeiten erhalten Sie direkt bei Herrn Meyer (s.o.) oder auf unserer Internetseite www.kreis-gerdauen.de unter Busreise 2014.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreistagssitzung

Die erste öffentliche Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Lyck, findet in Hagen/Westfalen am 1. Februar statt. Beginn 14 Uhr. Ende: 2. Februar, 12 Uhr. Ort: Haus Kehrenkamp, Delsterner Straße 172, 58091 Hagen. Tagesordnung: 1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Protokollführung. 2. Vorstellung der Kreistagsmitglieder, 3. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 31. August 2013, 4. Wahl eines Kreisältesten, 5. Berichte: a) aus dem Kreisausschuss, b) Kreisvertreterin, c) Karteiwart, d) Senioren- und Glückwunschkartei, e) Archivbetreuerin, f) Redaktion Hagen-Lycker Brief, g) Buchversand, h) AK „Mittlere Generation, 6. Bericht: Arbeitskreis für Familienforschung, 7. Info: Internetseiten: KG Lyck und Mittlere Generation, 8. Kassenbericht 2013, a) allgemein, b) Rowlin, 9. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses, 10. Diesjähriges Kreistreffen in Hagen, Tischbedarf, Sitzordnung, 11. Info: Grabnickbrief, 12. Bericht: Soldatenfriedhöfe und zivile Friedhöfe im Kreis Lyck, 13. Info: Seminar 22./23. März in Bad Pyrmont, 14. Zukunft der KG Lyck: a) innerhalb von Deutschland, b) zur Administration im Heimatgebiet, zum Historischen Museum und zur Deutschen Minderheit, c) Feste Mitgliedschaft KG Lyck, d) Satzungsänderung, 15) Anfragen der Kreistagsmitglieder.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Heimatreise 2014

Die Stadtgemeinschaft plant für das Jahr 2014 eine zehntägige Busreise in die Heimat. Sie wird vom 12. bis 21. Juni unter der Reiseleitung von Vorstandsmitglied Siegfried Dannath-Grabs stattfinden. Folgender Ablauf ist vorgesehen: 12. Juni: 7 Uhr Abfahrt ab Bochum Hbf., 10.15 Uhr Hannover Hbf. ZOB, 12 Uhr Hamburg Hbf. ZOB, S-Bahnhof Bernau bei Berlin zum deutsch/polnischen Grenzübergang Küstrin nach Schneidemühl. Übernachtung im Hotel Gromada. 13. Juni: Weiterfahrt über Marienburg (Fotostop), Allenstein nach Nikolaiken. Übernachtung im Hotel Golebiewski. 14. Juni: Weiterfahrt zum polnisch/russischen Grenzübergang Goldap, Insterburg, Gumbinnen nach Tilsit. Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Kronus. 15. Juni: Tag zur freien Verfügung. Möglichkeit zu Taxifahrten in die Umgebung. 16. Juni: Tagesausflug nach Ragnit mit Stadtführung, Besichtigung des Ostpreußenmuseums Breitenstein und Abstecher zum Memelufer bei Untereißeln. 17. Juni:. Rundfahrt Elchniederung, Heinrichswalde, Kreuzingen. 18. Juni: Weiterfahrt über Königsberg nach Cranz. Übernachtung in Cranz im Hotel Baltische Krone. 19. Juni: Fahrt auf die Kurische Nehrung, Besichtigung der Vogelwarte Rossitten, Abstecher nach Pillkoppen und Dünenwanderung. Übernachtung im Hotel Baltische Krone in Cranz. 20. Juni: Abreise Richtung Braunsberg zur russisch/polnischen Grenze. Weiterfahrt über Frauenburg, Elbing nach Danzig. Mittagessen und weiter nach Kolberg. Übernachtung im Hotel New Skanpol. 21. Juni: Heimreise. Für Auskünfte steht Siegfried Dannath-Grabs zur Verfügung, Telefon (0351) 8037740.

Neujahrskonzert im Ostpreußischen Landesmuseum



Assia Cunego Bild: OL

Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr: Neujahrskonzert.

Das neue Jahr hat bereits begonnen, und es hält vielleicht noch die eine oder andere Überraschung bereit. Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einem Konzert der besonderen Art ein. Mit einem Harfen-Konzert wird die Künstlerin Assia Cunego das Publikum verzaubern. Sie wird Auszüge aus der Suite „Nussknacker und Mäusekönig“ von Peter Tschaikowski in einer Bearbeitung für Harfe spielen. Die literarische Vorlage stammt von E.T.A. Hoffmann, dem 1776 in Königsberg geborenen Schriftsteller, Komponisten und Zeichner. Außerdem stehen Werke von dem litauischen Komponisten und Maler Mikalojus Ciurlionis sowie von Astor Piazzolla auf dem Programm.

Assia Cunego wurde 1983 in Italien geboren. Im Alter von acht Jahren entdeckte sie das Harfenspiel und schloss mit 18 Jahren ihr Harfenstudium mit Auszeichnung ab. Zwei Jahre später absolvierte sie die Meisterklasse bei Prof. Gisèle Herbet in Würzburg. Seitdem begeisterte Assia Cunego ihr Publikum als Solistin in über 2000 Solokonzerten. Eintritt: 5 Euro. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131)75995-0, Telefax (04131) 7599511

35 Jahre Singkreis

Jubiläum in der Kreisgruppe Gütersloh


Bild: Kreisgruppe Gütersloh

Die „Drosseln“: Ostpreußischer Singkreis

Seit 35 Jahren besteht der Singkreis der Kreisgruppe Gütersloh. Obwohl er in den vergangenen Jahren um die Hälfte „geschrumpft“ ist, bleibt der Kreis aktiv und wirkt bei vielen Veranstaltungen der Kreisgruppe mit. Die Teilnehmer des Singkreises zeichnen sich durch ihre Treue zu Ostpreußen und durch Disziplin aus. Sie tragen zum Zusammenhalt der Gruppe bei und leisten eine wichtige kulturelle Aufgabe.

Im August 1978 gründeten elf Ostpreußinnen der Frauengruppe in der Kreisgruppe Gütersloh den Ostpreußischen Singkreis. Damals trafen sie sich in einem Wohnzimmer zu ersten Proben. Liebe zur Musik und Freude am Gesang hat den Singkreis bis heute zusammengeschweißt. Die „Drosseln“, wie Ulla Witt immer zu sagen pflegte, sind miteinander älter geworden, dennoch ist ihre Freude am Singen ungebrochen. Mit den Auftritten haben sie ihren Zuhörern schöne Momente bereitet, die Landsmannschaft bekannt gemacht und in einer Zeit, in der vieles auseinanderläuft, eine wichtige kulturelle zusammenhaltende Aufgabe wahrgenommen. *PAZ*

Zeitzeugen befragt

Broschüre über Allenstein veröffentlicht

Allenstein – Stadt unserer Jugend“ – heißt eine Broschüre des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. Dem 48-seitigen farbigen Druckwerk liegen zwei Audio-CDs mit Originalbeiträgen ehemaliger Allensteiner bei. Gabriela Czarkowska-Kusajda befragte Zeitzeugen zu ausgewählten Örtlichkeiten in der Stadt. Die Initiatorin des Projekts hat Germanistik studiert, war beim Rundfunk tätig und ist Mitarbeiterin des Wojewoden in Allenstein. Sie führte die Gespräche und war für Aufnahme, Schnitt und Bearbeitung zuständig. Die Zusammenstellung der Fotos und des Dokumentationsmaterials übernahmen die Mitarbeiter des Kulturzentrums. Die Herstellung des Werkes wurde von der Stadtgemeinschaft Allenstein unter ihrem Vorsitzenden Gottfried Hufenbach unterstützt und vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert. Die Broschüre „Allenstein – Stadt unserer Jugend“ inklusive der zwei Audio-CDs kann beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen, Schloßstr. 9 91792 Ellingen oder über die Email-Adresse info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 9 Euro zuzüglich der Versandkosten bestellt werden. *mef*

Jugend im europäischen Dialog

Seit 15 Jahren: Haus Schlesien in Königswinter organisiert Praktikumsprogramme

Zusammenarbeit in der Bibliothek: Praktikantin Edyta Gorzad (r.) im Haus Schlesien Bild: D.G.

Bereits seit 1998 läuft in der Königswinterer Kultur- und Bildungsstätte Haus Schlesien ein facettenreiches Praktikantenprogramm. In dieser Zeit haben insgesamt mehr als 100 deutsche und polnische Studenten unterschiedlicher Hochschulen mitgewirkt. 46 deutsche und 54 polnische Studentierende konnten ein fünf- bis sechswöchiges Praktikum im Haus Schlesien absolvieren. Es handelt sich überwiegend um Kunsthistoriker und Germanisten, aber auch Historiker, Soziologen und Volkskundler zeigten Interesse am Austausch.

Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde, bestätigt: „Viele der polnischen Studentinnen haben in ihrer Heimat gute Anstellungen nach dem Studium bekommen. Der lehrreiche Auslandsaufenthalt und die so erworbenen Sprachkenntnisse haben sicherlich dazu beigetragen.“

Das Aufgabenspektrum im Rahmen der Praktika reicht von der Mitarbeit an Ausstellungsprojekten – die meist zweisprachig sind – über Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungsvorbereitungen bis hin zu Inventarisierungen und allgemeinen administrativen Tätigkeiten.

Die jungen Leute knüpfen vor Ort viele Kontakte, unternehmen Aktivitäten in der Umgebung und nehmen gelegentlich auch an den Programmen der Studentenseminare „Schlesische Begegnungen“ teil. Die Dauer des Praktikums beträgt mindestens fünf Wochen als Blockzeit, kann aber im Einzelfall auch über einen längeren Zeitraum semsterbezogen tageweise absolviert werden.

Austausch trägt zur leichteren Berufswahl zu Hause bei

Eine Vergütung wird zwar nicht gezahlt, doch können die Praktikanten an vielen Leistungen des Hauses partizipieren. Haus Schlesien bietet den auswärtigen Gästen freie Unterkunft und Logis während des Aufenthaltes.

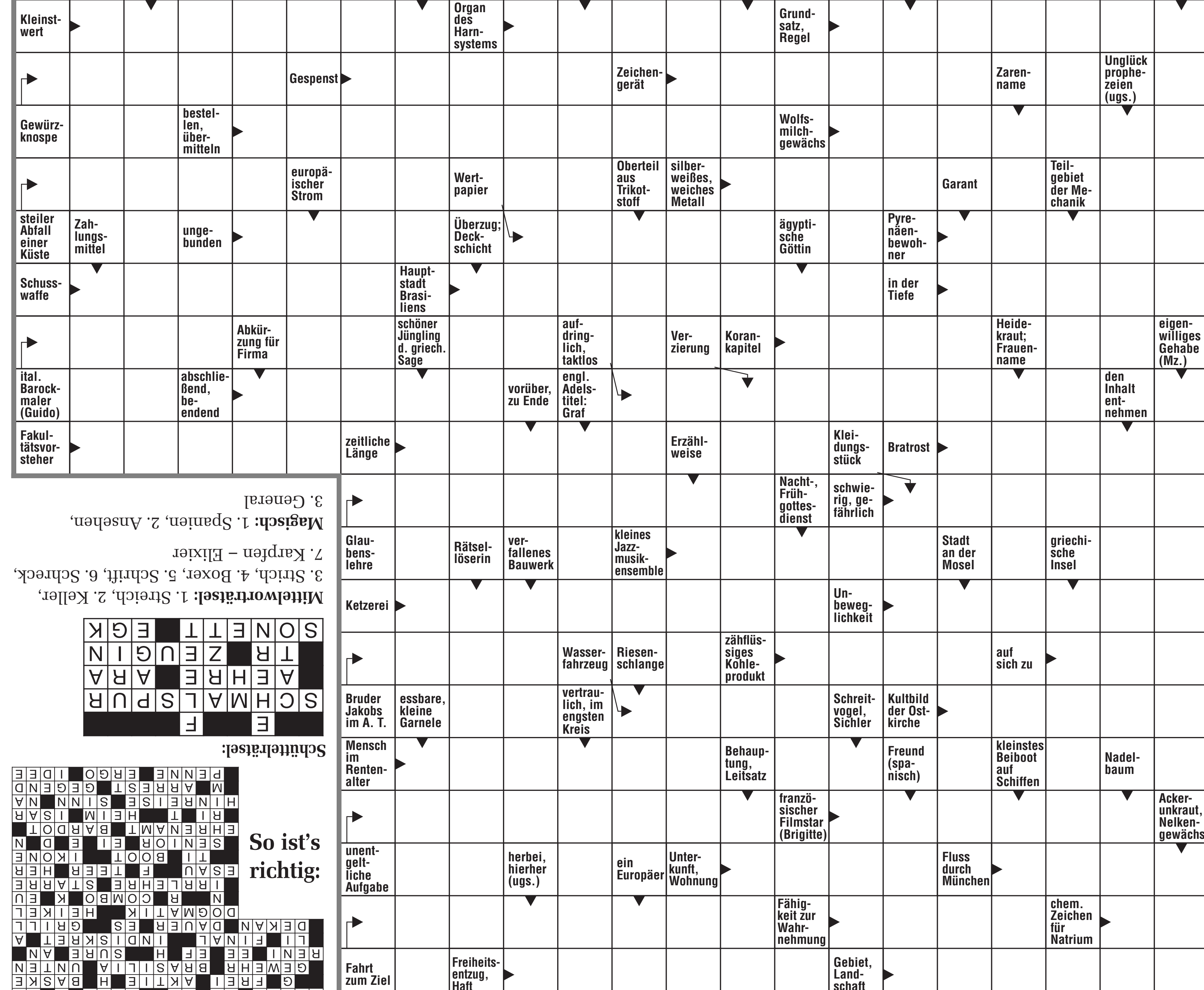
Zu den Praktikantinnen, die seit kurzem im Haus Schlesien weilen, gehört auch Edyta Gorzad aus Tschenstochau, die in Breslau studiert und während des Praktikums ihren Magistertitel am Institut für Germanistik vorbereitet. Parallel studiert sie Geschichte und unterrichtet Deutsch an einer Sprachschule. „Ich bin sehr froh, dass mir meine ‚Doktormutter‘ dieses Praktikum empfohlen hat, denn hier lerne ich sehr viel, was mir in meiner beruflichen Laufbahn helfen wird. Ich bin – wie viele junge Schlesier auch – vor allem an der Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialoges interessiert und will mich in meiner späteren Karriere auch diesbezüglich engagieren.“

Auch Natalia Kuczera aus Oberschlesien belegte im Haus Schlesien ein Praktikum, während sie sich auf ihre Masterarbeit vorbereitete. Die Germanistik-Studentin der Universität Kattowitz beschäftigte sich über fünf Wochen mit Übersetzungs- und Vermittlungsprojekten, recherchierte für thematische Ausstellungen: „Ich habe in dieser Zeit meinen Kenntnisstand, speziell über Ober- und Niederschlesien erweitert und werde meinen Studienkollegen erzählen, wie nützlich solch ein Praktikum für unsere zukünftigen Berufe ist.“ Auch diese junge Deutschlehrerein will sich im grenzüberschreitenden Dialog engagieren.

Großes Interesse wecken die in Königswinter-Heisterbacherrott regelmäßig stattfindenden Seminare unter dem Motto „Schlesische Begegnungen“. Dank Fördermitteln des Bundesministeriums des Inneren werden Gruppen mit jeweils rund 30 Studenten aus Breslau, Oppeln, Kattowitz, Grünberg und anderen zu einwöchigen Programmen eingeladen.

Auch die Ergebnisse der wöchentlichen Arbeitskreisbearbeitungen zu Themen wie „Die Rolle Polens in Europa“, „Die wechselseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen“, „Flucht und Vertreibung“ oder „Minderheiten“ wurden kreativ und inhaltlich fundiert vorgetragen. Hierfür gab es eine Bewertung, die zu den begehrten ECTS-Punkten des Bachelorstudienganges führte. Insofern war jeder angehalten, sich anzustrengen und versorgte sich in der hauseigenen Bibliothek mit entsprechendem Material.

Die Teilnehmer an der Seminarreihe konnten auch ergänzende Exkursionen ins Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, zur Stiftung Adenauerhaus in Rhöndorf/Bad Honnef, nach Köln und Bonn unternehmen. *Dieter Göllner*



Schüttelrätsel

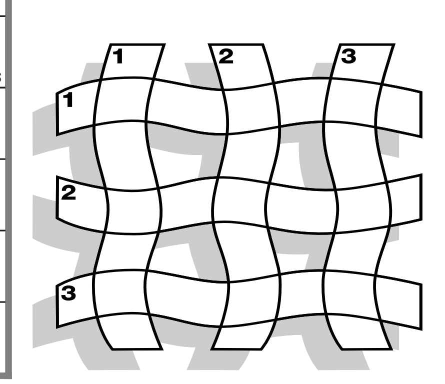
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHLM PRSSU	ACOT		EEHNR	ARTZ		EEFLT	AEGP	GIRU	AKNR
AEEHR						AAR			
ENOS TT			EGIN UZ						
						EGK			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Heil- oder Zaubertrank.

1	HAND		HOLZ
2	WEIN		TREPPE
3	BINDE		PUNKT
4	PREIS		MOTOR
5	KURZ		ZUG
6	KINDER		SEKUNDE
7	SPIEGEL		TEICH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Staat in Europa
2 Ruf, Renommee
3 Offiziersrang

Ein vergessenes Denkmal

»Schlesierstein« bei Homburg an der Saar wiederentdeckt

Ein trauriges Beispiel für ein Denkmal, das an das Leid der deutschen Vertriebnen erinnert, findet sich an der früheren Grenzstation „Eichelscheid“ bei Homburg an der Saar. Dort steht an der vielbefahrenen Landesstraße 119, einem Teilstück der unter Napoleon von Paris nach Mainz geschaffenen Kaiserstraße, ein steinernes Denkmal, das keine Auskunft mehr über seinen Bestimmungsgrund gibt.

Errichtet wurde der sogenannte „Schlesierstein“ im Jahr 1959, dem sogenannten „Weltflüchtlingsjahr“, von der saarländischen Regierung. Der 2,20 Meter hohe Obelisk wies durch die Nennung einiger bedeutender ostdeutscher Städtenamen auf das Schicksal der Heimatvertriebenen hin.



Hier finden sich keine Hinweise mehr über die Bestimmung des Denkmals: Vom sogenannten „Schlesierstein“ wurden sämtliche Buchstaben entfernt Bild: S. B.

Um sich eine Vorstellung von den Ausmaßen des einstigen Deutschlands zu machen, wurden außerdem die ungefähren Entfernungen vom Denkmal zur jeweiligen Stadt genannt: Eger (528 Kilometer), Memel (1423 Kilometer), Danzig (1194 Kilometer), Stettin (847 Kilometer) und Breslau (966 Kilometer). Ein Jahr später folgte die zusätzliche Erwähnung von Kronstadt (1817 Kilometer), Königsberg (1298 Kilometer), Czernowitz (1692 Kilometer) und Temeschburg (1427 Kilometer).

Die feierliche Einweihung dieses Denk- und Mahnmals geschah am 13. Oktober 1959, untermalt durch Reden des sozialdemokratischen Ministers für Arbeit und Sozialwesen Hermann Trittelvitz, des Homburger Oberbürgermeisters Karl Ziegenbein und des Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften, Dr. Karl Löffelmann. Ein Grußtelegramm des amtierenden Berliner Bürgermeisters Willy Brandt und des sozialdemokratischen Politikers Paul Löbe, dem Vorsitzenden des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, rundeten die Feierlichkeiten ab, die auf Initiative der schlesischen Landsmannschaft begangen wurden. Der Standort Homburg bot sich an, da hier ein Landesdurchgangslager für Heimatvertriebene unterhalten wurde. Außerdem bestand eine Patenschaft zwischen der Stadt und der donaudeutschen Landsmannschaft.

Denkmäler für deutsche Opfer sind weitgehend tabuisiert

Im Laufe der folgenden Jahre wurde die Beschriftung des Denkmals durch unbekannte Hand entfernt, sodass es seiner Bestimmung beraubt wurde. Nach weniger als vier Jahrzehnten war die Erinnerung an den Sinn dieses Mahnmals in der Bevölkerung völlig ausgelöscht, selbst Nachfragen im Stadtarchiv und bei Ortsansässigen führten zu keiner Erklärung, warum der Denkmalkorso existiert.

Erst die Bemühungen des Heimatforschers Hans-Joseph Britz und die Veröffentlichung seiner Erkenntnisse im „Saarpfalz-Jahrbuch 2014“ erinnern noch einmal an den geschichtlichen Hintergrund – bislang aber nur auf einem Stück Papier. Bleibt zu hoffen, dass sich Menschen und Verbände finden, die das Denkmal auch sichtbar wieder seiner Bestimmung zurückgeben, etwa durch die Restaurierung der Städtenamen oder zumindest durch Anbringung einer Gedenkplatte. Denn fast täglich werden in der Bundesrepublik Deutschland neue Denkmäler, Erinnerungsstätten und Museen eingeweiht – allerdings meist zu Themen, bei denen sich die Deutschen selbst als „Täter“ verstehen. In der Opferrolle fühlt man sich offensichtlich gar nicht wohl. Daher verwundert es nicht, dass ältere Denkmäler umgewidmet werden, langsam zerfallen oder gar entfernt werden.

Sylvie Becker

Ostpreußen in Briefmarken

Kulturzentrum in Ellingen zeigt umfangreiche Privatsammlung

Ostpreußen – Briefmarkenmotiv in aller Welt“ – diese neue Sonderschau wurde im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eröffnet. In der Ausstellung werden Briefmarken gezeigt, die inhaltlich mit Ostpreußen eine Verbindung haben.

„Eine solche Ausstellung in dieser Form hat es noch nie gegeben“, begrüßte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, die Gäste bei der Eröffnung der neuen Sonderschau. Der Vorschlag dafür kam nach Freybergs Erläuterungen von Briefmarkensammler Arnold Krause aus Krefeld, der eine spezielle Motivsammlung mit der Thematik „Ostpreußen“ besitzt. Daraufhin überlegte man im Kulturzentrum, eine kleine Kabinettausstellung zu dieser Thematik zusammenzustellen. Als die Muster des Sammlers, ein ganzer Ordner mit Briefmarken, eintrafen und nach Durchsicht der umfangreichen Sammlung wurde dieser Plan geändert und eine komplette Sonderausstellung ausgearbeitet.

Der Weißenburger Max Grimm, Student der Geschichte in Eichstätt, überarbeitete während eines Praktikums die zugehörigen Texte und stellte die philatelistischen Details wie die Katalognummer des Michelkataloges, Erscheinungsdatum, Druckart, Nennwert, Farbbenennung, Nominalwert und Auflagenhöhe hinzu. Diese Daten projizierte der Grafiker des Museums, Bernhard Denga, zusammen mit den gescannten Markenbildern auf 24 Tafeln, die diese Ausstellung nun umfasst.

24 nationale Postverwaltungen sind in der Ausstellung mit ihren Druckerzeugnissen vorhanden, von den Ålandinseln über die Französischen Süd- und Antarktisgebiete bis hin nach Ghana, vom Deutschen Reich über die Sowjetunion und Polen bis zu den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Sehr unterschiedlich ist dazu die Themenwahl: Neben Personen, die in Ostpreußen geboren sind oder dort gewirkt haben, werden geschichtliche Themen, die Landschaft und Kultur mit Trachten, Städten, Bauwerken und Sehenswürdigkeiten sowie Sportereignisse gezeigt. Darüber hinaus sind die Abbildungen ein Stück nationaler Selbstdarstellung der Staaten, in denen die Briefmarken erschienen.



Findet großes Interesse: Briefmarkenschau mit Motiven aus der Heimat Bild: mef

Beispiele für ostpreußische Personen sind der Chemienobelpreisträger Otto Wallach aus Königsberg, der Maler Lovis Corinth aus Tapiau und natürlich Nikolaus Copernicus, der sowohl auf polnischen wie auch auf indischen Marken abgebildet ist. Nicht zu vergessen natürlich der Schuhmacher Wilhelm Voigt, der seinen „Hauptmann von Köpenick“ zwar in Berlin zum Besten gab, jedoch in Tilsit geboren ist.

Lovis Corinth auch auf indischen Marken

Motive aus der Geschichte beleuchten die Marken über die Bernsteinstraße, Bischof Adalbert von Prag und die Schlacht von Tannenberg. Zar Peter der Große besuchte Königsberg und Zar Alexander I. schloss den Frieden von Tilsit. Die Schlachten Napoleons bei Preußisch Eylau und bei Friedland sind in prächtigen Farben abgebildet und eine Marke der Freien Stadt Danzig ist dem Seedienst Ostpreußen gewidmet.

Bei Landschaft, Natur und Sport ergänzen Briefmarken mit Abbildungen der Kurischen Nehrung, der Masurischen Seenplatte, der Memel und des Segelns sowie des Eissegelns die Präsentation, in der Elchmarken nicht fehlen dürfen. Erm- und memelländische Tracht auf Marken des Deutschen Reiches, Polens und Litauens, die Burg Allenstein, der Frauenburger Dom, Heilsberg, Elbing, der Leuchtturm in Kahlberg, die Marienburg und das Seebad Cranz sind ebenfalls auf den kleinen Bildchen zu finden. „Die Ausstellung ist ohne ideologische Scheuklappen gestaltet und auf Wachstum angelegt“, so Wolfgang Freyberg in seinen Worten an die Besucher. Gäste dürfen nach einem Besuch gerne weitere interessante Marken vorschlagen, die dann in die Präsentation aufgenommen werden können. Neben den großformatigen Rahmen sind zum Thema passende echte Briefmarken sowie Ersttagsblätter, Erst- tags- und Numisbriefe in den Vitrinen der Ausstellung zu finden.

Manfred E. Fritsche

„Ostpreußen – Briefmarkenmotiv in aller Welt“ im Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloss Ellingen, Schloßstr. 9, 91792 Ellingen, ist bis 20. Juli Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr, ab April Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr, geöffnet.

Unter wilden Tieren

Forschungsabenteuer in der Zentralafrikanischen Republik: Zwei Studenten lassen seltene Tierarten in Fotofallen laufen

Hic sunt leones. Hier sind Löwen. So bezeichneten Kartografen im Römischen Reich unbekanntes Land jenseits der Grenzen. Meist lag es in Afrika.

Als der Schweizer Biologiestudent Thierry Aebischer darüber grübelte, welche Gegend Afrikas denn eine spannende Forschungsarbeit abwerfen könnte, kam er nicht vom Chinko-Becken los, dem fast menschenleeren Südosten der Z.A.R., der Zentralafrikanischen Republik.

Das Chinko-Becken ist ein Mosaik großer Waldsavannen und tropischer Regenwälder – dreimal so groß wie die Serengeti. Die schachbrettartige Struktur aus Savanne und Wald macht es zum Brennpunkt der Artenvielfalt. „Fluss der Elefanten“ heißt der Chinko bei den Einheimischen. Einst sagten sich dort Zehntausende der Dickhäuter mit Giraffen und Nashörnern gute Nacht. Was, fragte sich Aebischer, kreucht und fleucht dort heute noch durch den Busch?

„Wo ich auch anfragte, hörte ich immer nur: ‚Wir wissen nichts‘“, erzählt Aebischer. Wissenschaftliche Daten zu dem Gebiet von der Größe Österreichs gab es kaum. Über 100 Jahre war die Region nicht mehr erforscht worden.

Zusammen mit dem Wiener Studenten Raffael Hickisch entspann Aebischer die Idee von der Expedition ins Niemandsland. Mancher würde sagen: die fixe Idee. Nur Fotos eines schwedischen Großwildjägers namens Erik Mararv, der am Chinko ein Jagdcamp unterhält, gaben eine Ahnung, welcher Schatz dort verborgen liegt.

„Also fragten wir bei Erik ganz frech an, ob er an Forschung in seiner Jagdzone interessiert ist“, erzählt Aebischer. 2011 besuchten sie Mararv in Schweden. Der 28-Jährige, der sonst nur betuchte Jäger aus Europa und den USA seine Gäste nennt, setzte sie über Risiken und Nebenwirkungen ins Bild und lud sie in die Wildnis ein. Hütten, Transport, Verpflegung – alles stand zur Verfügung.

Die beiden 26-Jährigen schrieben auf, was das alles kosten würde: Ferngläser, Kamerafallen, Träger, Fährtenleser, Jagdführer für 70 Tage, Flüge, Medikamente, Satellitentelefon. Auf 51836 Dollar kamen sie. Die Suche nach Sponsoren war frustrierend. Alle winkten ab: vom WWF bis zu den Großkatzenschützern von Panthera. Zu gefährlich, zu aufwendig, mit dem Mini-Etat nicht zu machen, hieß es.

Wilderer und Rebellen behindern Forschung

Ziel war es, Großsäugetiere und ihre Habitate am Chinko zu erfassen und Populationsgrößen abzuschätzen. Zweimal reisten die zwei nach Zentralafrika und blieben je drei Monate. 100 Kamerafallen setzten sie ein, über 200000 Bilder sind dabei entstanden.

Ihre Entdeckungen waren aus zoologischer Sicht spektakulär. Insgesamt wiesen Aebischer und Hickisch 62 mittlere und große Säugetierarten nach, darunter zehn Primatenarten, 23 Huftierarten und 21 Spezies an Raubtieren – vom Löwen bis zum Serval.

Zum „Fototermin“ erschienen selbst Arten, die afrikaweit oder regional als ausgerottet galten. Allen voran der Afrikanische Wildhund. In Zentralafrika war er längst ein Phantom. Durch Lehrbücher geistern zwar Rumpfbestände, bloß hatte sie seit Jahrzehnten kein Wissenschaftler gesehen. Die Fotonachweise geben neue Hoffnung für die Art, deren Bestand afrikaweit auf nur noch 1400 Tiere im Fortpflanzungsstadium geschätzt wird.

Das Duo konnte per Kamerafalle auch die Existenz einer Mungoart, der Listigen Manguste, nachweisen, die seit 20 Jahren nicht mehr gesichtet worden war. Gleich drei Schweinearten koexistieren am Chinko – Warzenschwein, Pinselohrschwein und das seltene Riesenwaldschwein. Ungewöhnlich auch: Mit dem Sudanbüffel, dem Afrikanischen Waldbüffel sowie dem Wald- und Savannenelefanten gibt es dort gleich jeweils zwei Unterarten.

Die Chinko-Expedition wurde das reine Abenteuer. In der Trokkenzeit war es tags bis zu 45 Grad heiß. Moskitos verbreiten Malaria, Tse-Tse-Fliegen die Schlafkrankheit. Das Duo schluckte und impfte alles, was die Tropenmedizin hergab. Aebischer fing sich trotzdem die Malaria tropica ein. Aus Wildfleisch, das ihnen Jäger überließen, machten sie Trockenfleisch. In den Jagdcamps schliefen sie in Lehm- und Holzhütten, abseits nur im Zelt. „Nachts hörten wir Löwen und Hyänen“, sagt Aebischer. „Das Lagerfeuer vorm Zelt durfte nie ausgehen.“

Manchmal begleiteten sie Jagdführer, oft waren sie im Busch aber nur zu zweit unterwegs. Hickisch meint, dass es die Sinne schärfen hilft. Eines Morgens begegneten sie einem Leoparden, der aber schnell die Flucht ergriff, anderntags liefen sie einer Schwarzen Mamba über den Weg, die sich drohend aufrichtete.

In die Fotofalle getappt: Eine Rotte afrikanischer Riesenwaldschweine Bild: Chinko Project, Aebischer/Hickisch

Sorgen bereiteten die politische Lage und die Wilderei. Seit Jahren metzeln Wilderer in Zentralafrika Elefanten nieder. Über 90 Prozent der Bestände in der Z.A.R. sind erloschen. Zur Trockenzeit fallen Banden aus dem Sudan auch ins Chinko-Becken ein. Auf den Märkten werden Buschfleisch, Felle und Elfenbein zu Geld gemacht. Kein gutes Omen lieferten die Kamerafallen: Auf Pfaden, die Elefanten nutzen, waren Wilderer zu sehen. Denen begegneten die zwei ab und an. „Wir hatten immer Angst, dass sie uns für Militär halten“, so Aebischer.

Zu den Wilderern gesellen sich am Chinko Viehnomaden. Deren Rinder und Ziegen fressen das Grün und schleppen Rinderpest oder die Maul- und Klauenseuche ein. „Leider töten die Viehhirten aus dem Sudan auch jeden Löwen, den sie sehen“, sagt Aebischer. Und sie versorgen sich mit Buschfleisch per Kalaschnikow. Ein Feuerstoß und eine halbe Antilopenherde ist hin.

In die Gewehrläufe gucken in der Z.A.R. nicht nur Antilopen. Während der zweiten Tour der Jungforscher griffen Rebellen zu den Waffen und übernahmen die Macht in der ehemaligen französischen Kolonie. Um den Konflikt zwischen christlichen Milizen und muslimischen Rebellen zu entschärfen, will die EU jetzt Truppen dorthin entsenden. Bis dahin versinkt das bettelarme Land mit seinen fünf Millionen Einwohnern weiter im Chaos.

Aebischer, Hickisch und Mararv wollen am Chinko nun 17600 Quadratkilometer in ein Biosphärenreservat verwandeln. Mararv hatte das Land auf 15 Jahre vom Staat gepachtet. Das Management soll auf das „Chinko Nature Management“ übergehen, das Reservat in drei Zonen gesplittet werden: im Zentrum eine menschenleere Kernzone, eingerahmt von einer Pufferzone für Patrouillen, rundherum eine Zone für Trophäenjagd und Safaritourismus. „Der Nutzen durch die Jagd ist größer als der Schaden“, meint Aebischer. *Kai Althoetmar*

Heute schon gebastelt?

Früher bereits totgesagt, liegt Handarbeit plötzlich wieder voll im Trend – Kreative Ablenkung vom Alltag ist das Ziel

Sie hatten schon ihr eigenes Ende vor Augen, doch seit einigen Jahren erfreuen sich die Hersteller von Handarbeitsbedarf plötzlich wieder einer wachsenden Nachfrage. Ob Stricken, Nähen oder Basteln – der Hamburger Trendforscher Peter Wippermann sieht einen neuen Trend hin zum Selbermachen.

Die Terminkalender der jungen Frauen von heute sind gut gefüllt. Trotzdem fügen immer mehr von ihnen ihrem engen Zeitplan ein neues Hobby hinzu. Denn neben Beruf, Familie, Haushalt und Sport entdecken immer mehr das Handarbeiten für sich. Während bei der einen freitags immer der Strickkreis angesagt ist, besucht die andere donnerstags einen Nähkurs. Galt Handarbeiten vor zehn Jahren noch als unmodern und als etwas, was nur Großmütter und Öko-Anhänger interessiert, erleben die Tätigkeiten jetzt eine Renaissance, vor allem wenn sie mit gemeinsamen Treffen verbunden sind. Handarbeiten, das in den 80er Jahren vor allem bei grün angehauchten Bürgern angesagt war, heißt jetzt aber nicht mehr unbedingt so, denn, wie so viele Trends, kommt auch dieser aus den USA und so heißt basteln auch nicht mehr basteln, sondern „craften“, ist aber weitgehend dasselbe, auch wenn es eben moderner klingt. Das englische „craft“ bedeutet „Handwerk“.

Und so sitzen immer mehr junge Mütter, aber auch Studentinnen zusammen und entdecken das Selbermachen. Laut einer repräsentativen Studie der Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg geben 58 Prozent der befragten Frauen Handarbeiten als Hobby an. Ein Viertel von ihnen soll laut Umfrage der „Initiative Handarbeit“ unter 40 Jahre alt sein. Nur so erklärt sich auch, dass die Hersteller von Handarbeitsprodukten eine wachsende Nachfrage vermelden können. So ist der Gesamtmarkt für Handarbeitsbedarf 2012 um 15 Prozent auf rund 1,2 Milliarden Euro Umsatz gewachsen. Und das Wachstum kann durchaus weitergehen. Sogar über Facebook vermelden die Frauen die Ergebnisse ihrer Handarbeit und stecken sich damit sozusagen gegenseitig mit dem Virus an, der einen dazu bringt, die eigene Kreativität zu entdecken und die handwerklichen Fertigkeiten auszubauen.



Nicht mehr allein Omis Sache: Immer mehr junge Frauen lernen nähen Bild: Pfaff

Und während viele Volkshochschulen noch vor zehn Jahren Nähkurse aus ihrem Programm streichen wollten, sehen sie sich jetzt einer unerwarteten Nachfrage gegenüber. Manche Kurse sollen bereits kurz nach Terminierung ausgebucht sein, so dass immer mehr private Anbieter in die Lücke springen. Und die Angebote sind vielfältig. Während die Einen Kurse anbieten, in denen es darum geht, aus Alttextilien neue zu machen, da man umweltbewusst leben und Ressourcenschonung betreiben will oder aber der billigen Textilherstellung in Asien misstraut, lehren die Anderen das Schneidern von A wie Auftrennen bis Z wie Zuschneiden.

Die Motive fürs Handarbeiten sind unterschiedlich. Während die Erste – Handarbeiten ist auch heute überwiegend Frauensache – individuelle Kleidung haben will, die Zweite ihre umweltbewusste Einstellung ausleben will, schätzt die Dritte die Möglichkeit, ihre Kreativität auszuleben.

So manche möchte vielleicht auch einfach mal einige Stunden für sich ohne Familie haben und gönnt sich daher die wöchentliche Auszeit im Nähkurs. Auch wird Handarbeiten schon mal als „wahre Burnout-Prävention“ bezeichnet, weil es nach dem hektischen Alltag der Gegenwart zur Entschleunigung beiträgt. „Während man an einer Sache arbeitet, kann man so schön nachdenken“, wird eine Nähkursteilnehmerin im „Hamburger Abendblatt“ zitiert.

Aber natürlich ist auch dieser Trend inzwischen wissenschaftlich erforscht. Der Professor für Kommunikationsdesign an der Folkwang Universität der Künste in Essen, Peter Wippermann, hat sich im Auftrag der „Initiative Handarbeit“ bereits mit dem Thema befasst. Er ist überzeugt, dass die Tatsache, dass sich immer weniger Menschen direkt

Basteln sorgt für Entschleunigung

mit der Herstellung von Dingen befassen, dafür gesorgt hat, dass eine neue Sehnsucht nach Handgemachtem entstanden sei. Zudem könnten viele in ihrem Beruf kaum etwas beeinflussen. Bei Handarbeiten hingegen bestimmten sie selbst, wo es lang gehe. Auch führe die zunehmende Gleichschaltung der Mode infolge der Globalisierung dazu, dass das Bedürfnis des Einzelnen nach Individualität zunehme. Und da der Alltag immer komplexer, schneller und digitaler werde, wünschten sich immer mehr Menschen einen Moment der Entschleunigung. Weil sich auch nicht jeder für Yoga begeistern kann, entdecken eben immer mehr Menschen ihre Liebe zur Handarbeit. *Rebecca Bellano*

Guerilla-Krieg mit Nadel und Faden

Besucher in Aachen wundern sich über bestrickte Fahrräder oder Laternenpfähle. In der Stadt soll es die aktivsten Anhänger des „Guerilla Knittings“ geben. Auch wenn der Begriff nicht jedem etwas sagt, das Ergebnis dieser Kunstform hat man schon häufig gesehen – und zwar in Form von bestrickten oder behäkelten Gegenständen.

Was angeblich im Jahr 2005 mit einer überstrickten Türklinke in Texas begonnen haben soll, hat sich von da an zu einer richtigen Bewegung avanciert. Auf der Internetseite www.aachenstricktschön.de kann man einige Ergebnisse dieser Kunstform entdecken. Vom überstrickten Poller, Fahrrad, Geländer oder Baumstamm ist hier einiges zu entdecken. Und auf jeden Fall sieht es schön bunt aus. Das ist auch das Hauptmotiv der meisten Guerilla Stricklieseln.

Viele wollen mit ihrem Hobby auch eine politische Botschaft verbreiten. Hier handelt es sich um Feministinnen, die die mit Frauen in Verbindung gebrachte Handarbeit vom Privaten ins Öffentliche tragen wollen. Was das wiederum bewirken soll, außer dass entsprechende Damen auf sich aufmerksam machen wollen, bleibt ihr Geheimnis. *Bel*

Hochzeit statt Krieg

Heiratspolitik der Hohenzollern

Am 30. Oktober 1594 erwarb Johann Sigismund, seines Zeichens Markgraf und späterer Kurfürst von Brandenburg, durch das Eingehen einer Zweckehe mit der Erbtochter Anna von Preußen den Anspruch auf den Besitz des gleichnamigen Herzogtums, das er dann tatsächlich auch erhielt, als sein Schwiegervater 1618 starb. Dieser Umstand allein ist bereits mehr als geeignet, die enorme Bedeutung der Heiratspolitik für das Haus Hohenzollern und die Entwicklung Brandenburg-Preußens zu illustrieren: Strategisch geschickte Eheschließungen trugen mit dazu bei, den territorialen Besitz zu vermehren, obgleich ein derart einträglicher „Coup" wie die Herstellung der brandenburgisch-preußischen Personal-union kein zweites Mal gelang.

Allerdings erschöpfte sich die Bedeutung der Heiraten der Hohenzollern nicht allein darin, das Herrschaftsgebiet auf alternative, das heißt friedliche Weise zu vergrößern. Hierüber gibt der Berliner Historiker Daniel Schönpflug in „Die Heiraten der Hohenzollern. Verwandtschaft, Politik und Ritual in Europa 1640 bis 1918" ausführlich, wenn auch streckenweise unnötig kompliziert beziehungsweise theoretisierend, Auskunft und schließt damit eine bis heute klaffende Lücke in der einschlägigen Forschungsliteratur über Preußen.

So weist er in seiner Studie über insgesamt 88 Vermählungen im Zeitraum zwischen dem 9. Oktober 1645 und dem 11. März 1916 darauf hin, dass die Hohenzollern stets sehr darauf geachtet hätten, Ehebünde möglichst mit Mitgliedern einflussreicher regierender Häuser wie der Oranier, Welfen und Romanows einzugehen. Dies sorgte zum einen für einen kontinuierlichen Anstieg des eigenen Prestiges, zum anderen gewann Brandenburg-Preußen aber so ernstzunehmende Bündnispartner.

Gleichzeitig zeigt Schönpflug aber auch die Grenzen beziehungsweise Risiken der politischen Wirkung von dynastischen Heiraten. Nicht selten nämlich fehlten aufgrund der geringen Auswahlmöglichkeiten geeignete Kandidatinnen oder Kandidaten für eine Eheschließung mit den Hohenzollern, was potenziell reizvolle außenpolitische Wunschkonstellationen verhinderte.

Darüber hinaus entwickelten aber auch die zustandegekommenen Ehebündnisse zumeist nur eine Kurzzeitwirkung, indem sie beispielsweise politische Absichten auf symbolische Weise verdeutlichten – aber das war es dann in der Regel bereits. Dazu kamen die unerwünschten „Nebenwirkungen" wie im Falle der Vermählung von Luise Ulrike von Preußen, der Schwester Friedrichs II., mit dem schwedischen Thronfolger im Jahre 1744, hinter der die Absicht stand, eine preußisch-schwedisch-russische Dreierallianz zu schmieden. Diese Eheschließung wurde von England als verkappter diplomatischer „Denkzettel" empfunden, was dann entsprechende negative Auswirkungen auf die Beziehungen mit Preußen hatte.

Nicht jede Ehe brachte die gewünschte Folge

Letztendlich entfalteten die meisten Heiraten der Hohenzollern eine derartige Mehrfachwirkung, welche oft auch nicht im Voraus kalkulierbar war, so dass der dynastische Ehebund zu einem insgesamt doch recht unzuverlässigen Instrument der brandenburgisch-preußischen Außenpolitik geriet.

Andererseits freilich vermerkt Schönpflug positiv, wie sehr die Hochzeiten zwischen den Angehörigen der Hohenzollerndynastie und Mitgliedern ausländischer Herrscherhäuser zur Reduzierung von Nationalismus und Xenophobie in Preußen beitrugen, obwohl die pompösen Zeremonien natürlich jede Menge Geld verschlangen, welches sicher anderswo besser angelegt gewesen wäre. Aber die heutigen Hausmittel gegen Phänomene wie Ausländerfeindlichkeit sind ja auch nicht zum Nulltarif zu haben – ganz abgesehen von der Effektivität. Fazit: Ein durchaus erhellendes Werk, welches dem Leser allerdings einiges an unnötiger Anstrengung abverlangt.

Wolfgang Kaufmann

***Daniel Schönpflug: „Die Heiraten der Hohenzollern. Verwandtschaft, Politik und Ritual in Europa 1640 bis 1918"**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, gebunden, 336 Seiten, 59,99 Euro*



Eher Prügelknabe, denn Prinz

Historiker arbeiten sich an Heinrich von Preußen ab

Das soll Mutterliebe gewesen sein? Auch bei dem Aufsatz „Im Schatten des großen Bruders – Prinz Heinrich von Preußen und Kaiser Wilhelm II. in ihrem privaten und politischen Beziehungen" fällt es schwer, dem britischen Historiker John C. G. Röhl zu folgen. Der 1938 in London geborene Sohn eines Deutschen und einer Engländerin ist Hauptvertreter der These, dass Kaiser Wilhelm II. die Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg trägt und diese Überzeugung durchzieht auch seinen in dem Buch „Prinz Heinrich von Preußen. Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier" enthaltenen Beitrag. Gleichzeitig ist die Mutter der beiden Brüder, die Tochter der Queen Victoria, für den Autor eine liebende Mutter, die „eingeschlossen in den Kerker ihres weiblichen Körpers", wie Röhl schreibt, das Beste für ihre Kinder wollte. Völlig verblendet schreibt er, wie die Mutter versucht hat, über ihre Kinder Einfluss zu erlangen, und bemerkt nicht, dass es keineswegs als liberal bezeichnet werden kann, wenn jemand seine formen will, dass sie den eigenen Interessen dienen und wenn diese aus der Reihe tanzen, sich bei der eigenen Mutter zu beklagen. Es spricht auch nicht für die Herausgeber des Buches, Rainer Hering und Christina Schmidt, dass sie bei ihrem Buch über den Preußen-Prinz Heinrich den bekennenden Preußen-Hasser Röhl unkommentiert gleich den ersten Aufsatz in dem schön illustrierten Sammelband gewährt haben.

Auch fragt man sich, warum Edwina Herzogin zu Mecklenburg von Posern, die Urenkelin von Prinz Heinrich, ein Grußwort verfasst hat, denn viele der in dem Buch enthaltenen Beiträge gehen in eine ähnliche Richtung wie der von Röhl. Preußenfreundliche Positionen, wie sie beispielsweise der renommierte britische Historiker Christopher Clark vertritt, kommen in dem Buch nicht vor. Dieses Ungleichgewicht sorgt für Unmut und es ist schade, denn es gibt der Veröffentlichung einen bitteren Beigeschmack. So wirft Jann Markus Witt in „Prinz Heinrich von Preußen als Marineoffizier" dem Kaiserbruder vor, dass er unpolitisch gewesen sei und das Flottenrüstungsprogramm von Großadmiral Alfred von Tirpitz nie grundsätzlich infrage gestellt habe. Gleichzeitig wird aber kritisiert, dass sich Kaiser Wilhelm II. zu sehr in die aktive Politik eingemischt habe. Was also bei dem einen als schlecht gilt, wird von dem anderen gefordert. Wo ist da die Logik?

Ob zu viel oder zu wenig Machthunger – alles wird kritisiert

Leider wird auf die Details des Wettrüstens mit Großbritannien, das jedoch als eindeutig negativ dargestellt wird, nicht näher eingegangen, und so fragt sich der Leser, wie denn bei einem Wettrüsten nur einer alleinschuldig sein kann. Zudem wird Heinrich vorgeworfen, dass er nicht besonders intellektuell gewesen sein soll, gleichzeitig wird aber von ihm verlangt, dass er im Gegensatz zu anderen die Folgen des Flottenrüstungsprogramms hätte absehen sollen. Konsequent ist auch dies nicht. Zudem wird betont, dass er bewusst nur die repräsentative Position des Generalinspekteurs der Marine erhalten habe, da er trotz seiner Leidenschaft für alles Maritime nur begrenzte operativ-strategische Fähigkeiten besessen hätte.

In weiteren Aufsätzen werden Heinrichs Beziehungen zum Deutschen Flottenverein, hier als „Pflichtehe" bezeichnet, und zum Fernen Osten beschrieben. Immerhin bezüglich seines Engagements in China und Japan kommt der Weltumsegler Heinrich gut davon. Hier heißt es lobend, das Heinrich „‚nur' ein Seemann war und über alle Arten deutscher Machtgelüste und unkluger diplomatischer Interventionen hinaus mit persönlicher Integrität so viel mehr erreichte als Politik aushecken konnte, nämlich Vertrauen". Allerdings ist der Kontext dieses Beifalls ziemlich vergiftet.

Sehr aufschlussreich liest sich der Beitrag über die Reise des Preußen-Prinzen 1902 in die USA. Autor Volker Berghahn geht hierin auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen ein und bietet einige interessante Details. Auch Miriam Schneider hat sich Mühe gegeben zu erklären, inwieweit Prinz Heinrich im Deutschen Kaiserreich eine Populärgestalt war. Herausgeberin Christina Schmidt befasst sich in „Technik, die begeistert" mit Heinrich als Fortschrittsfreund, der unter anderem 1910 als 38. Deutscher seinen Pilotenschein machte, ein Autonarr war und sogar einen Scheibenwischer entwickelte. Auch die Beiträge über die Wohnsitze Heinrichs, das Kieler Schloss und Gut Hemmelmark, sind lesenswert, trösten aber nicht über die politisch-motivierten Aufsätze im ersten Teil des Buches hinweg.

Rebecca Bellano

***Rainer Hering, Christina Schmidt (Hrsg.): „Prinz Heinrich von Preußen. Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier"**, Wachholtz, Neumünster 2013, gebunden, 232 Seiten, 35 Euro*



Mehr als nur zu dunkler Teint

Afro-Deutscher erinnert sich an seine schwierige Jugend im Dritten Reich

Die schmerzliche Erfahrung von Ausgrenzung bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung war für Theodor Michael in seiner Kindheit und Jugend ständiger Begleiter. Geboren 1925 in Berlin als Kind eines 1937 verstorbenen Kameruners und einer deutschen Mutter, gehörte er im Dritten Reich zu dem als „rassisch minderwertig" gebrandmarkten Personenkreis und wurde praktisch aus der Gesellschaft ausgestoßen. Michael überlebte den Krieg und mehrere Lageraufenthalte. Doch lange missglückte ihm der Einstieg in ein geregeltes Berufsleben. Einerseits fehlte ihm eine Berufsausbildung, da sie ihm verwehrt worden war, andererseits dauerten die Benachteiligungen aufgrund seiner Hautfarbe an.

In seinen Memoiren „Deutsch sein und schwarz dazu. Erinnerungen eines Afro-Deutschen" hebt er hervor, dass er allen Widrigkeiten zum Trotz und gleichsam als Selbstschutz eine prinzipientreue Haltung beibehielt, die er als preußische Grundeinstellung bezeichnet. In den Notzeiten aufgrund von Arbeitslosigkeit hat er sich bestimmt nicht träumen lassen, dass er einmal als Regierungsrat beim Bundesnachrichtendienst (BND) in den Ruhestand treten würde.

Nach Kriegsende schlug sich Michael in den Westen Deutschlands durch. 1946 traf er in Frankfurt die Krankenschwester Elfriede, deren Eltern in Oberschlesien zurückgeblieben waren. Sie verliebten sich und heirateten; Ende 1947 kam ihr erster Sohn zur Welt. Eine Auswanderung in die USA erschien dem Autor angesichts der Probleme, mit denen sich die sogenannten gemischtrassigen Paare in den USA damals konfrontiert sahen, nun nicht mehr angeraten: „Da war es besser, sich den bekannten und vertrauten Problemen in der schwierigen, aber dennoch geliebten Heimat zu stellen." Die Liste der Tätigkeiten und Berufe, die er in Ermangelung anderer Gelegenheiten ausgeübt hat, ist lang. Häufig waren es Jobs als Theater- und Filmschauspieler. Am Anfang stand „der kleine Negerjunge im Baströckchen aus der Völkerschau ... Das Baströckchen wurde mir immer nachgetragen, auch als ich erwachsen war."

Ganz unerwartet eröffnete sich ihm 1958 die Chance, auf dem zweiten Bildungsweg ein Studium an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg aufzunehmen, einer damals einmaligen Einrichtung in der deutschen Hochschullandschaft. Nach Abschluss des Studiums und einer mehrjährigen Tätigkeit als Journalist und Afrika-Spezialist erhielt er 1971 eine Anstellung beim BND in Pullach bei München. 1987 wurde er auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt.

Ein Schlusswort von Manfred Kock, dem ehemaligen Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, rundet diesen nachdenklichen und informativen Rückblick auf ein langes, bewegtes Leben ab.

Dagmar Jestrzemski

***Theodor Michael: „Deutsch sein und schwarz dazu"**, Deutscher Taschenbuchverlag, München 2013, broschiert, 200 Seiten, 14,90 Euro*



Oft ohne Führer, jedoch nie ohne Glauben

Historiker und Sohn des ehemaligen Präsidenten des Evangelischen Kirchentags über die Kirche in Preußen

Für eine preußische Kirchengeschichte hätte es kaum einen Berufeneren geben können als Rudolf von Thadden, den langjährigen Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen. Sein Vater Reinold (1891–1976) aus dem pommerschen Adelsgeschlecht der Thaddens war in den 1930er Jahren Mitglied der Bekennenden Kirche und Mitunterzeichner der Barmener Erklärung. Nach dem Krieg gründete er den Evangelischen Kirchentag, dessen Präsident er von 1949 bis 1964 war.

Die preußische Kirchengeschichte seines Sohnes Rudolf ist auch mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 (Luthers Thesenanschlag vor 500 Jahren) geschrieben. Zwar ist Sachsen das Geburtsland der Reformation, doch die Kirche in Preußen wurde im Verlauf der Geschichte doch zur größten, den Protestantismus bestimmenden Organisation in Deutschland. Mitte des 16. Jahrhunderts waren Brandenburg und weitgehend auch Ostpreußen lutherisch geworden. Der Vater des Großen Kurfürsten war 1613 zum Calvinismus übergetreten, also „Reformierter" geworden. Ein calvinistisch geprägter Hof stand damit gegen das Gros der lutherischen Untertanen, was in der Folgezeit, wie der Autor schön zeigt, zur gerühmten Toleranzpolitik der preußischen Herrscher beigetragen hat (dass es Kämpfe zwischen beiden Glaubensrichtungen – zumal an der Universität Königsberg – gegeben hat, bleibt unerwähnt).

Oberster Repräsentant der protestantischen Kirche in Preußen war bis 1918 der jeweilige Landesherr – mit teilweise problematischen Folgen für die Kirche, war sie doch allzu fest an den Staat gebunden. Der Zusammenschluss von Lutheranern und Reformierten zur „Altpreußischen Union" im Jahr 1817 ging nicht mit einer spirituellen Erneuerung einher; liberale, kirchenreformerische Strömungen blieben Randerscheinungen, das Schlagwort vom „Bündnis von Thron und Altar" beschreibt treffend die Lage in Preußen bis 1918.

Politik der Toleranz war die Folge

Das Werk ist nicht nur ein Buch über evangelische Kirchengeschichte. Spätestens ab 1815 waren die Katholiken durch die Landgewinne Preußens nicht mehr zu ignorieren. Thadden schildert, wie spannungsreich das Verhältnis der katholischen Kirche zum preußischen Staat war; der Kulturkampf unter Bismarck war das deutlichste Zeichen.

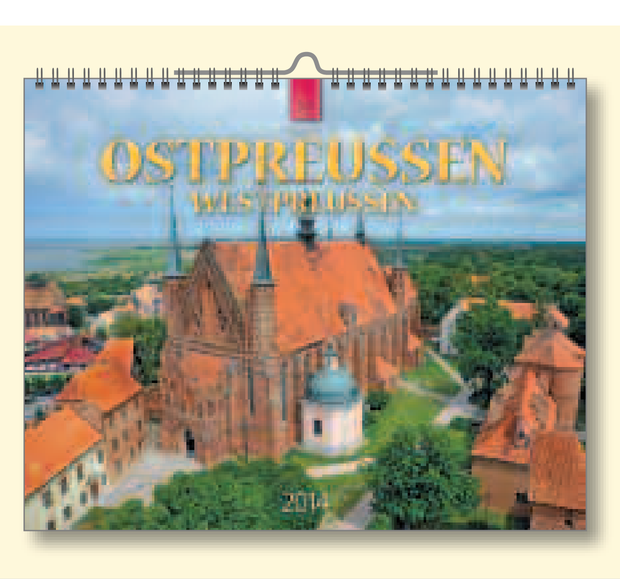
Nach 1918 war die evangelische Kirche in Preußen im wahrsten Sinne des Wortes führerlos; nur mühsam fand sie sich in der Republik zurecht. Beide Kirchen waren um Besitzstandswahrung bemüht. Thadden stellt lapidar fest: „Zur Auflösung der Weimarer Republik trugen auch große Teile der preußischen Pfarrerschaft bei."

Wenigstens in der NS-Zeit, als das Regime über die „Deutschen Christen" die Kirche zu vereinnahmen suchte, regte sich Widerstand, der anfangs in der Bekennenden Kirche, später im Widerstand durch Personen wie Dietrich Bonhoeffer deutlich wurde. Auch die katholische Kirche stellte sich in Personen wie dem Berliner Kardinal von Preysing oder dem Münsteraner Erzbischof von Galen dem Regime entgegen.

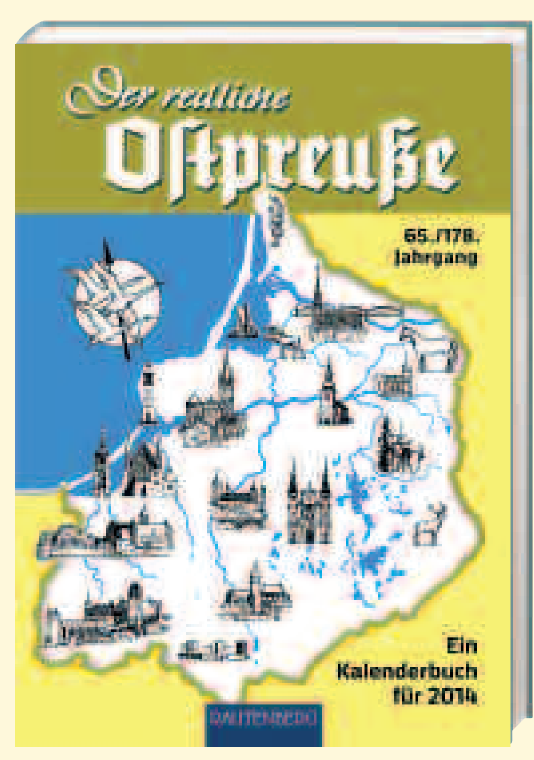
Mitunter wirkt die sehr nüchtern gehaltene Darstellung etwas einseitig: Für die 300 Jahre von 1550 bis 1850 stehen genau so viel Seiten zur Verfügung wie für die zwölf Jahre NS-Zeit. Auch hätte man sich bei aller Knappheit doch etwas mehr direkte Zeugnisse gewünscht: Die Amtsenthebung Paul Gerhardts etwa, der seinem Luthertum trotzig treu blieb, erregte 1666 ganz Berlin; der Union von 1817 waren heftige Dispute vorausgegangen; der Kulturkampf ab 1870 wurde von einer bösen Publizistik beiderseits begleitet; die Barmer Erklärung von 1934 hätte wenigstens in einigen Kernsätzen zitiert werden können. Derartige Auflockerungen fehlen leider, so dass der gelehrsame Text etwas trocken bleibt.

Dirk Klose

***Rudolf von Thadden: „Eine preußische Kirchengeschichte"**, Wallstein, Göttingen 2013, gebunden, 264 Seiten, 24,90 Euro*



Großformat-Kalender
Ostpreußen 2014
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Schwarzort, Marienwerder, Pillkoppen, Elbing, Allenstein, Memel, die Marienburg, den Dom von Frauenburg, Nikolaiken, den Friedrichkanal bei Elchwerder und die Bischofsburg in Rößel. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535131 27,95 €



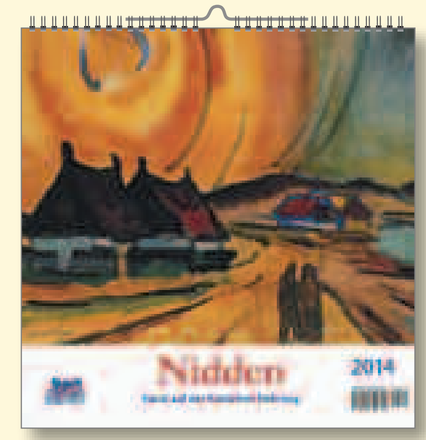
Der redliche Ostpreuße 2014
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2014, jetzt mit 16 Seiten mehr Inhalt. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten sowie Erzählungen und Gedichten von: Eva Schwimmer, Hedy Groß, Charlotte Keyser, Agnes Harder, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Hermann Sudermann, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter von Sanden-Guja, Bogumil Goltz, Walter Scheffler, Renate Dopatka, Agnes Miegel, Erminia von Olfers-Batocki, Eva Maria Sirowatka, Wilhelm Matull, Hildegard Rauschenbach, Ernst Wiechert, Grete Fischer u.v.m.
Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten.
Nr. P 533167 Gebunden 9,95 €



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Orden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert über die noch heute eindrucksvollen Bauten, aber auch über die mächtigen Ruinen. Zu den absoluten Höhepunkten einer Burgenreise gehören dabei neben der Marienburg u. a. Heilsberg (Lidzbark Warmiski), Rößel (Reszel), Allenstein (Olsztyn) und die Ordensburg und Ordensdom in Marienwerder (Kwidzy). Einzelne Kapitel des Buches berichten u. a. über verschwundene Burgen, berühmte Hochmeister, die besondere Architektur, das Leben auf einer Deutschordensburg und die spezielle Geschichte der Marienburg.
160 Seiten, 32 historische und 185 farbige Abbildungen, 24 x 30 cm, gebunden mit Schutzumschlag,
Nr. P 533158 Bildband 24,95 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2014
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußen aus der Erinnerung“.
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0641 22,60 €



Kunst-Postkarten-Kalender Nidden 2014
Mit 12 Kunst-Postkarten bekannter Maler der Künstlerkolonie Nidden. Spiralbindung. Format 16,6 x 17,4 cm
Nr. P A0612 Kalender 6,95 €

Vorher € 4,95
Jetzt € 2,45



Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol
108 Gramm vakuumverpackt
Nr. P A0647 2,45 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535209 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535208 Kalender 14,95 €



Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0635 Bernsteinanhänger ohne Kette 39,90 €
Nr. P A0649 Bernsteinanhänger mit Kette 79,90 €
(Silberkette 45 cm Länge)



Bernsteinohrhänger mit Silberumrandung
Bernsteinohrhänger in Silber gefasst passend zum nebenstehenden Bernsteinanhänger mit Silberumrandung
Nr. P A0636 Bernsteinohrhänger 39,90 €



Kartenmäppchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535212 Kalender 14,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €



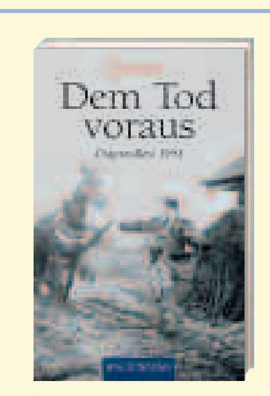
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Gertrud H. Pastenaci/ Stefan Pastenaci (Hrsg.)
Die Gärten meines Lebens
Lebenserinnerungen einer Ostpreußin
20 S/W-Abbildungen.
288 Seiten/Geb.
Nr. P 533161 16,95 €

Die Erinnerungen von Gertrud Pastenaci sind ein warmherzig und lebendig geschriebenes Zeitdokument. In ihnen schildert sie in kurzen tagebuchartigen Abschnitten ihre behütete Kindheit als Pfarrerstochter in Heiligenkreuz im Samland, die jäh durch die Wirren des Ersten Weltkrieges unterbrochen wird und ihr Leben an der Seite ihres Mannes, des Journalisten und Schriftstellers Kurt Pastenaci, mit dem sie ihre geliebte Heimat Ostpreußen verlässt, um mit ihm nach Berlin zu ziehen. Ihr Leben dort wird überschattet von der Herrschaft der Nationalsozialisten, während der sie die Verhaftung ihres Mannes und vieler Freunde erleben muss.



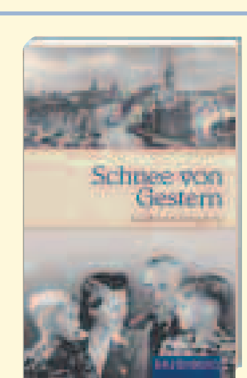
Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Alfred Rubbel (Format 24 x 30 cm)
Im Panzer IV und Tiger an der Ostfront
Das persönliche Kriegstagebuch des Alfred Rubbel 1939 – 1945
252 Seiten/395 Abbildungen
Nr. P 540008 Geb. 24,95 €

Als Alfred Rubbel, am 28. Juni 1921 in Tilsit geboren, sich im Alter von 18 Jahren freiwillig zur Wehrmacht meldet, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliches Soldatenschicksal ihn erwartet. Nach seiner Versetzung zur Panzerwaffe beginnt für den jungen Soldaten mit dem „Unternehmen Barbarossa“ der Russlandfeldzug. Zunächst als Lade-, dann als Richtschütze erlebt er den schnellen Vorstoß nach Osten. Nach Umschulung auf den Panzer VI „Tiger“ erfolgt seine Kommandierung zur Tigerabteilung 503, mit der er nun als Panzerkommandant bei der Operation „Zitadelle“ und bei der Öffnung des Kessels von Tscherkassy zum Einsatz kommt.



Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
Kindheit in Königsberg
20 S/W-Abbildungen.
192 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlsituierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen einer Ostpreußin
60 S/W-Abbildungen.
320 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Mein Kampf« findet Absatz

München – Die Bemühungen des Freistaats Bayern, Hitlers Buch „Mein Kampf“ aus dem Verkauf fernzuhalten, sind im Internetzeitalter offenbar kaum noch erfolgreich. Zumindest die englische Übersetzung findet bei Vertreibern elektronischer Bücher (E-Books) erheblichen Absatz. So führt „Mein Kampf“ bei Amazon in den Kategorien „Faschismus“ und „Propaganda und Politische Psychologie“ sogar die Bestseller-Liste der E-Books an. *H.H.*

Sündiger Mufti entlassen

Kirgisien – Nachdem ein Video im Internet aufgetaucht war, das den Mufti (islamischen Rechtsgelehrten) Rachmatullah Egemberdijew bei sexuellen Handlungen mit einer jungen Frau zeigte, musste er seinen Hut nehmen. Zwar erklärte der Mufti, es habe sich um seine zweite Frau gehandelt, mit der er nach den Gesetzen der Scharia verheiratet sei, dies verstößt jedoch gegen kirgisisches Gesetz, das Vielweiberei verbietet. *MRK*

ZUR PERSON

Lämmchen für die Löwen?

Wohin geht die Reise mit ihr? Dies interessierte dieser Tage nicht nur den Straßburger Wirtschafts- und Währungsausschuss, der **Sabine Lautenschläger** nach ihren Positionen befragte, bevor das EU-Parlament sie als Nachfolgerin von Jörg Asmussen ins Direktorium der Europäischen Zentralbank berief. Und die 49-Jährige war sich bewusst, welche Brisanz die Frage hatte, schließlich ist die Euro-Krise keineswegs vorüber und sie soll mit ans Steuer der EZB, um die Gemeinschaftswährung durch künftige Unwetter zu navigieren. „Ich werde meine eigene Position haben“, erwiderte sie diplomatisch, auch wenn ihre folgenden Antworten belegten, dass sie eher Bundesbank-Präsident Jens Weidmann als Asmussen nahe steht.

Die Juristin Lautenschläger gilt nicht ohne Grund als Expertin in Fragen der Bankenaufsicht. Schon 1995 verschlug es sie zur deutschen Bankenaufsichtsbehörde. Erst als Pressesprecherin, später als Abteilungsleiterin für den Bereich Großbanken, machte die Mutter einer Tochter fleißig ihre Arbeit, erkannte aber die Anzeichen der herannahenden Bankenkrise nicht, so dass gleich mehrere deutsche Großbanken ungebremst in die Pleite rasten und nur noch vom Staat gerettet werden konnten. Seit 2011 ist sie nun Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank und agierte auch hier äußerst unauffällig.



Und so ist die Freude darüber, dass Lautenschläger die Phase der Niedrigzinsen bald beendet sehen möchte, das Anleiheprogramm der EZB als Gefahr für den Reformeifer der Krisenländer betrachtet und Staatsanleihen in Bankbilanzen nicht als risikofrei bewertet, begrenzt. Bisher ist Lautenschläger nie dadurch aufgefallen, dass sie ihre Auffassung auch gegen Widerstand durchgesetzt hat, doch den wird sie als Deutsche bei der EZB erfahren. *Bel*



Meisterprüfung

Heiße Kartoffel

Warum in Berlin niemand an 1914 erinnern will, wieso »Erster Weltkrieg« Unwort werden muss, und was noch auf uns zukommt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

In Berlin ist ein putziger Streit entbrannt. Ganz Europa widmet sich mit erheblichem Aufwand dem Gedenken zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914. Da sollte man doch meinen, dass auch die Bundesregierung groß auffährt. Schließlich sind deutsche Politiker sonst immer mit voller Hingabe dabei, wenn es irgendeines historischen Datums zu gedenken gilt.

Diesmal jedoch ist alles anders: In Berlin kann man sich bislang nicht einmal darauf einigen, welches Ministerium überhaupt zuständig ist fürs Gedenken an 1914. Das Innenministerium will nicht und verweist auf das Außenamt. Das fühlt sich aber nur zuständig für deutsche Beteiligungen an Veranstaltungen im Ausland. Für inländische Feiern sei das Kulturstaatsministerium verantwortlich. Und das Kanzleramt? Das schließlich schiebt die Sache wieder ans Außenministerium.

Was haben die bloß alle? Ich kann's Ihnen sagen: Die haben Angst, nackte Angst. Wovor? Das klärt der Rückblick in die allerjüngste Vergangenheit. Noch vor wenigen Jahren hätten sich die Minister darum gerauft, wer die Federführung übernehmen und die großen Auftritte genießen darf. Denn das hätte ihnen die Gelegenheit gegeben, mit theatralischer Geste die deutsche Hauptverantwortung an der Mutter aller Katastrophen des 20. Jahrhunderts zu besingen und die namenlose Schuld, die die Deutschen damals für immer auf sich geladen hätten und deretwegen sie nun umso mehr dankbar sein sollten, dass die anderen Völker uns erlauben, ihre Euro-Rechnungen zu begleichen.

1998 noch hatte Kanzler Schröder wenigstens eine Einladung zur Siegesfeier am 11. November in Paris dankend abgelehnt. Die Niederwerfung des eigenen Landes mitfeiern? Das konnte nicht mal der sich vorstellen.

2009 aber war die offiziöse deutsche Betrachtung des Ersten Weltkriegs endlich auf der Höhe ihrer Erbärmlichkeit angekommen. Nachfolgerin Merkel riss die letzte Schamgrenze der nationalen Selbstachtung nieder, fuhr im November jenes Jahres an die Seine und sagte die bewegenden Worte: „Wir werden nicht vergessen, wie viel die Franzosen durch Deutsche zu leiden hatten ... Frankreich hat Deutschland die Hand zur Versöhnung gereicht. Deutschland wird das Frankreich nie vergessen.“ Deutsche Täter, französische Opfer, alles klar.

Wohlgemerkt, es ging um den Ersten Weltkrieg und die Folgejahre. In Versailles haben sie uns also „die Hand gereicht“? „Abgehackt“ kommt der Wahrheit näher.

Solche Reden wie Merkel damals würden auch alle anderen Kabinettskollegen jetzt gern halten. Doch seit 2009 hat sich einiges geändert. Angeführt von dem Historiker Christopher Clark hat die Forschung die These von der Hauptschuld Deutschlands am Krieg in verblüffend kurzer Zeit als giftigen Hokuspokus aus der anglo-französischen Propaganda-Küche entlarvt.

> 2009 war unsere Selbstbezichtigung auf der Höhe ihrer Erbärmlichkeit angekommen

Nun wissen die Berliner Ministeriellen nicht mehr, was sie sagen sollen. Die für Gedenkjahre bewährte Devise „Worum geht's? Keine Ahnung, egal: Die Deutschen sind schuld“ funktioniert nicht mehr. Mit der schwülstigen Selbstbezichtigung, die ihnen sonst so wonnig über die bebenden Lippen perlt, stünden sie auf einmal wie die Deppen da. Was anderes können sie aber nicht.

Denn die Alternative, auch „Wahrheit“ genannt, liefe aus Sicht der Selbstbezichtiger geradewegs auf geschichtspolitische Landesverteidigung hinaus. Das kommt nicht infrage.

So eine Zwangslage kann einem schon den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Daher geht die Zuständigkeit fürs Gedenkjahr herum wie eine heiße Kartoffel. Einer ganzen Heerschar von Dummschwätzern, die jahrzehntelang die Hetze der damaligen Feinde nachgeplappert haben, geht es nicht besser. Statt Einsicht zu zeigen, glotzen sie lieber betreten in die Luft oder wechseln rasch das Thema.

Was für ein Desaster! Das darf nie wieder passieren. Wie kann man solchen Peinlichkeiten für die Zukunft nur vorbauen? Für ein „Gesetz gegen die Relativierung der deutschen Hauptschuld am Ersten Weltkrieg“ ist es leider zu spät. Es muss aber etwas geschehen, rollt doch schon das nächste Ungemacht heran: 2018 kommt mit 100 Jahre Kriegsende alles noch einmal hoch. Und dann 2019, 100 Jahre Vertrag von Versailles! Du liebe Zeit.

Was tun? Vorschlag: Man sollte die Vokabel „Erster Weltkrieg“ zum „Unwort des Jahres“ küren. Was Unwort wird, bestimmen vier Sprachwissenschaftler, ein Journalist und ein Vertreter „aus dem Bereich Kultur und Medien“, wie die „FAZ“ erklärt. Die Auswahl solle „das Sprachbewusstsein und die Sprachsensibilität in der Bevölkerung fördern“. Auf Deutsch: Sprachverbote verhängen.

Auf diese Weise lässt sich jede Debatte ersticken, denn was wir nicht mehr benennen können, kann auch nicht diskutiert werden und verschwindet so aus dem öffentlichen Bewusstsein. Haben wir „Erster Weltkrieg“ aus unserem Wortschatz gelöscht, kann man der Ereignisse von 1918/19 nur mehr in schwurbeligen Umschreibungen gedenken, die jedes Interesse verdorren lassen. So wird dann niemand mehr daran erinnert, wie die von pathologischem Rachedurst getriebenen Briten und Franzosen der jungen deutschen Republik in Versailles Wunden schlugen, die bekanntlich nicht mehr verheilen sollten. Oder wie erst die Amerikaner durch ihren Kriegseintritt 1917 jenen Siegfrieden ermöglichten, der den Nazis das Tor zu deutschen Politik aufstieß.

Zum „Unwort des Jahres 2013“ wurde diese Woche übrigens die Vokabel „Sozialtourismus“ erwählt. Grund: Es ist viel zu viel über Leute gesprochen worden, die allein wegen der hiesigen Sozialleistungen nach Deutschland kommen. „Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu“, mahnt uns die Jury-Vorsitzende Nina Janich. Das „prinzipielle Recht“ auf deutsche Sozialleistungen, aha.

Besonders verwirrt hat viele Deutsche die CSU-Parole „Wer betrügt, der fliegt“. Die einen sehen darin einen Angriff auf die „prinzipiellen Rechte“ von Ausländern in Deutschland. Die anderen wissen nicht recht, was die Bayern-Union damit eigentlich meint. Die müssen doch gar nicht „betrügen“, da sie deutsche Sozialleistungen mit richterlichem Segen und dem der EU-Kommission doch ohnehin erhalten.

Dass sich die EU-Kommission da überhaupt einmischt! Die haben doch zurzeit viel wichtigeres zu tun, sprich: Posten zu verteilen. Derzeit laufen sich nämlich die Kandidaten für die Nachfolge von Kommissionspräsident José Manuel Barroso warm. Ex-Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker („Wenn es ernst wird, muss man eben lügen“) würde gern als Kandidat der Bürgerlichen antreten und der Deutsche Martin Schulz für die Sozialisten. Juncker freut sich auf einen öffentlichen Zweikampf mit Schulz. Das würde „Leute mobilisieren, die sonst möglicherweise nicht zur (EU-)Wahl gehen“, hofft der Luxemburger. Da könnte er recht behalten, aber vielleicht anders, als er denkt. Zu der Wahl im Mai treten etliche „Euro-kritische“ Parteien an, die Typen wie ihm oder Schulz gern die Ohren langzögen, und es gehen viele Leute zu den Urnen, die diesen Parteien dabei gern helfen.

Merkel indes will beide nicht. Die Kanzlerin möchte die französische Präsidentin des bekanntlich von der US-Regierung beherrschten Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, zur Chefin in Brüssel machen. Außerdem hält die CDU-Vorsitzende gar nichts von einem öffentlichen „Wahlkampf“ um den Posten, wie Juncker ihn erträumt. Wie immer soll alles in kleiner Runde ausgekungelt und dem Publikum später präsentiert werden.

In Brüssel wundert man sich übrigens, dass Merkel mit Lagarde eine Ausländerin gegen ihren eigenen Landsmann Schulz in Stellung bringt. In anderen Ländern sei so etwas, Parteigrenzen hin oder her, undenkbar. Tja, bei uns ist das „normal“.

MEINUNGEN

***Dirk Maxeiner** und **Michael Miersch** fürchten hinter der Forderung des EU-Parlaments, dass jeder das **Recht auf ein Girokonto** haben solle, eine Vorbereitung auf die **Abschaffung des Bargelds**. Sie warnen in der „Welt“ (9. Januar):*

„Bargeld ist eine Bastion des freien Bürgers gegen seine fortschreitende Versklavung. Deshalb wird es zunehmend geächtet: Finanzminister Wolfgang Schäuble bezeichnet es als ‚intransparentes Zahlungsmittel‘, das vor allem ‚Geldwäschern‘ zugutekomme, die dessen Herkunft verschleiern wollten ... Der Staat träumt von Bürgern, die noch nicht einmal mehr ein Fahrrad bar bezahlen dürfen. Wer künftig kein Girokonto besitzt, obwohl er das Recht darauf hat, macht sich höchst verdächtig. Die Menschen sollen sich vor staatlichen Zugriffen und unsicheren Banken nicht mehr ins Bare flüchten können.“

*Der Journalist und Sprachkritiker **Wolf Schneider** protestiert im Interview mit der „Thüringer Allgemeinen“ (10. Januar) gegen **feministische Sprachverhunzung**:*

„Ich habe dieser Sprache öffentlich den Krieg erklärt ... Ich finde sie Schwachsinn, von Alice Schwarzer durchgesetzter und von Gewerkschaften betriebener und von Betriebsräten, Politikern und leider auch Theologen übernommener Schwachsinn. Dazu muss ich sagen: Diese Sprache geht von der törichten Vorstellung aus, das natürliche Geschlecht habe etwas mit dem grammatischen Geschlecht irgendetwas zu tun ... Es war eine ungeheuer geschickte PR-Kampagne einer Gruppe militanter Feministinnen, die diese Sprache durchgesetzt haben.“

***Nikolaus Blome** kritisiert im „Spiegel“ vom 6. Januar die mangelnde **Reformbereitschaft der Großen Koalition**:*

„Man kann ja verstehen, wenn eine Regierung auf günstige Konjunktur wartet, um Luft zu haben für etwas Großes. Heute wartet sie aber auf eine Krise, die ihr die Luft nimmt – um keuchend dann zu bewerkstelligen, was überfällig ist.“

***Jasper von Altenbockum** beleuchtet in der FAZ vom 13. Januar kaum beachtete Hintergründe der Debatte um **Homosexualität als Unterrichtsstoff**:*

„Der Streit in Baden-Württemberg dreht sich aber ganz offenbar nicht um Ziele wie Toleranz, Pluralismus und Aufklärung. Geschürt werden Ängste davor, dass nach dem Muster des ‚Gender Mainstreaming‘ sich eine Ideologie in den Schulen festsetzen könnte, die Jugendlichen einhämmert, nichts sei biologisch, alles sei nur sozial bedingt, also Sache von Prägung, Überzeugung und Milieu. Wie viele andere Ideologien ist auch diese in ihrer unerbittlichen Ausprägung nicht ohne Grausamkeit gewesen – und bis heute geblieben. Zum Beispiel wäre da absolute Intoleranz und das Bedürfnis zu erwähnen, seine Gegner wenigstens moralisch zu vernichten.“

***Berichtigung:** Die Meldung „3000 Militante nach Rumänien“ aus Nummer 2 stammt vom Sender „Stimme Russlands“, nicht vom britischen „Telegraph“. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen, d. Red.*